

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

2.2014
www.libmag.de
7,90 EURO



SCHWERPUNKT

WAS EUROPA UNS BEDEUTET

ALLEIN GEGEN DIE MAFIA:
30 JAHRE COMMISSARIO
CORRADO CATTANI

SPACE INC.:
MILLIARDÄRE EROBERN
DEN WELTRAUM

ROTE HILFE:
WIE DER VEREIN LINKE
GEWALTÄTER UNTERSTÜTZT

UNITI – Der Mineralölmittelstand

Wir repräsentieren und versorgen in Deutschland*



66 Prozent
... der freien Tankstellen,



51 Prozent
... des Schmierstoffmarktes,



... täglich
4 Millionen
Kunden an ihren Tankstellen,



34 Prozent
... des Tankstellenmarktes,



22 Millionen
... Menschen mit Wärme,



80 Prozent
... des Marktes für Flüssige und Feste Brennstoffe.

* Alle Angaben sind Circa-Angaben (Stand Januar 2014)



Der Mineralölmittelstand
im Portrait

Energie bewegt uns 
UNITI

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. · Jägerstraße 6 · 10117 Berlin
Tel.: (030) 755 414-300 · Fax: (030) 755 414-366 · info@uniti.de · www.uniti.de



„UNTER DEM
EINDRUCK DER
URKATASTROPHE DES
20. JAHRHUNDERTS
ERSCHEINT DIE
EUROPÄISCHE
EINIGUNG ALS NOCH
GRÖßERES WUNDER.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Als ich anlässlich des Interviews mit Alexander Graf Lambsdorff im Rahmen unseres Europa-Schwerpunkts in Bonn war, nutzte ich die Gelegenheit und besuchte die zu Recht hochgelobte Ausstellung „1914. Die Avantgarden im Kampf“ in der Bundeskunsthalle. Weder Fotos noch Filme oder andere Dokumente aus der Epoche des Ersten Weltkriegs haben mich je so berührt wie die Bilder und Skulpturen der zeitgenössischen Künstler. Plötzlich erschien dieses sonst abstrakte geschichtliche Ereignis zeitlich wie menschlich zum Greifen nah, und unter dem Eindruck der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts erscheint die europäische Einigung als noch größeres Wunder. Das Gespräch über Europas blutige Vergangenheit und die vergleichsweise überschaubaren Probleme der Gegenwart lesen Sie ab Seite 10.

Vom gleichen Kontrast ließ sich auch unser Illustrator André Slob für das Titelbild inspirieren. Sein Comic „Der Pool“ gehört zu den sieben Finalisten des Wettbewerbs „Animate Europe“, den die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ausgelobt hatte. Die



Finalisten sind in einem Sammelband erschienen und gehen in einer Ausstellung auf Europareise (Seite 91).

Ein anderes Jubiläum begehen Serienfans dieses Jahr: Der Straßenfeger „Allein gegen die Mafia“ lief vor 30 Jahren an und rückte das Problem der organisierten Kriminalität erstmalig ins öffentliche Bewusstsein. Ab Seite 34 blicken wir zurück und sprechen mit Michele Placido, dessen Commissario Cattani die Rolle seines Lebens wurde, über die Mafia damals und heute.

Die Konventionen des Tourismus verändern aktuell Richard Branson und Jeff Bezos, deren Firmen Virgin Galactic und Blue Origin Weltraumreisen für jedermann anbieten wollen. Sie sind nicht die einzigen Privatunternehmer, die das All erobern wollen. Ab Seite 48 porträtieren wir ihre Milliardärskollegen und ihre höchst realen Unternehmen, deren Geschäftsmodelle der Science-Fiction entstammen.

„Wer einsam ist, der ist frei“, meinte Walter Kempowski zu Lebzeiten. Für uns antwortet sein Freund, der unvergleichliche Fritz J. Raddatz, auf Seite 90. Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre! ●

Fairer Wettbewerb ist eine öffnende Kraft



Bei der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Walter-Eucken-Instituts erinnerte Bundespräsident Gauck daran, dass die „Neoliberalen“ um Eucken gerade gegen das reine „Laissez-faire“ gearbeitet haben, das dem Neoliberalismus heute so häufig unterstellt wird. Hier eine Auswahl von Zitaten aus der Rede – sowie einige Reaktionen.

Es lohnt zu erklären, was Wettbewerb vor allem ist, jedenfalls dann, wenn er fair ist: Dann ist er eine öffnende Kraft. **Er bricht althergebrachte Privilegien und zementierte Machtstrukturen auf** und bietet dadurch Raum für mehr Teilhabe, mehr Mitwirkung.

Ungerechtigkeit gedeiht [...] gerade dort, wo Wettbewerb eingeschränkt wird: durch Protektionismus, Korruption oder staatlich verfügte Rücksichtnahme auf Einzelinteressen, dort, wo die Anhänger einer bestimmten Partei bestimmen, wer welche Position erreichen darf, oder wo Reiche und Mächtige die Regeln zu ihren Gunsten verändern und damit willkürlich Lebenschancen zuteilen.

Für manche ist schon die Notwendigkeit, das eigene Leben frei zu gestalten, mehr Zumutung als Glück. Freiheit, sie hat nicht nur die schöne, die Chancen eröffnende Seite. Sie löst auch aus Bindungen, sie

weckt Unsicherheit und Ängste. [...] So klingt das Wort „Freiheit“ bedrohlich für jemanden, der sich nicht nach Offenheit, sondern nach Überschaubarkeit sehnt.

Damit wünsche ich mir auch etwas mehr historisches Bewusstsein und **Anerkennung für das breite Spektrum des Liberalismus in unserem Land**, das von Eucken und seiner Vorstellung von einem ordnenden Staat bis hin zu Friedrich August von Hayek reicht, der „spontanen Ordnungen“ mehr zutraute als dem Staat.

Es war nicht nur ein Wirtschaftswunder, sondern es war auch ein Freiheitswunder, was da passierte. **Die Deutschen konnten sich – zumindest im Westen – mit Markt und Wettbewerb befreunden.** Die Freiburger Schule hatte einen großen Anteil daran!

Auch wenn alle nach den gleichen Spielregeln spielen dürfen, kommt es doch darauf an, mit welcher Ausstattung man das Spielfeld betritt. Was würden wir sagen, wenn ein Mittelgewichtsboxer gegen einen aus der Schwergewichtsklasse antreten müsste [...] **Chancengerechtigkeit hat also Voraussetzungen, die außerhalb des Wettbewerbs liegen.**

Euckens Denken jedenfalls war ebenso gegen das „Laissez-faire“ des 19. Jahrhunderts wie gegen die totalitären Anmaßungen des 20. Jahrhunderts gerichtet. Das war damals nicht nur ein Widerspruch gegen den Zeitgeist. Es war auch ausgesprochen mutig.

[Reaktionen:]



Unser Bundespräsident, der Freiheitskämpfer Pastor Gauck, hat den Schafspelz abgelegt. In einer Rede, die so klingt, als wäre sie von der Deutschen Bank und von Nestlé gesponsert, beklagt er sich, dass der Begriff Neoliberalismus in Deutschland so negativ besetzt sei.

[KONSTANTIN WECKER]

HÖRT AUF DEN PRÄSIDENTEN!

[DOROTHEA SIEMS, DIE WELT]

*Unerwartete Worte des Bundespräsidenten: Dass er die Freiheit verteidigt - erwartbar.
Dass er mehr Wettbewerb fordert, überrascht dann doch. Seine Freiburger Rede hat das Potenzial für eine anregende Debatte.*

**[MICHAEL SCHMIDT UND
STEPHAN-ANDREAS CASDORFF, TAGESSPIEGEL]**

Die habituelle und irgendwie schicke Verachtung des Neoliberalismus hat [...] zu tun mit dem immer noch latent obrigkeitshörigen Denken in der deutschen Mentalität: Wichtiger als Freiheit ist, dass der Staat uns versorgt.

[ROBERT LEICHT, DIE ZEIT]

Der Bundespräsident ging mit dem großen Bonus eines Freidenkers in sein Amt. Doch bislang hat Joachim Gauck nur in Plattitüden der politischen Korrektheit gesprochen.

Jetzt findet er plötzlich zu Haltung und Klartext. Gut so!

[WOLFRAM WEIMER, HANDELSBLATT]

Später, als die Republik gefestigt war, freundeten sich die meisten Kritiker von Markt und Wohlstand dann doch mit diesem Staat und seiner Wirtschaftsordnung an. Aber es blieb ein matter Pakt. [...]

Das ist das eigentliche Wunder: **Die Marktwirtschaft hat weder im Volk noch bei den wirtschaftlichen Eliten wirklichen Rückhalt.**

Und sie funktioniert doch.

[THOMAS SCHMID, DIE WELT]

Der protokollarisch erste Mann im Staat lobte Institutionen wie das Bundeskartellamt und die Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission. Das tut niemand, der gegen Regeln wäre. Im Gegenteil, Gauck ging noch weiter und attackierte die Macht der global agierenden Internetkonzerne.

**[MARCEL FÜRSTENAU,
DEUTSCHE WELLE]**

STANDARDS

3

EDITORIAL

6

INHALT

8

#LIBERALMAGAZIN

28

FREMDSEHEN

42

MIERSCHS MYTHENLESE

Die Welt ist besser als ihr Ruf

45

ZENTRALMOTIV

General Kießling

46

WUTPROBE

Das verkaufte Kind

47

AUTOREN DER FREIHEIT

Alexander Grau

55

STEUERVERSENKUNG

DES QUARTALS

66

LAGEBERICHT

Volksabstimmungen



79

BÜCHER

85

IMPRESSUM

86

WOLFGANG

GERHARDT TRIFFT

Nicola Beer

89

FREIDENKER

Kreuzworträtsel

90

ZITATE DER FREIHEIT

Fritz J. Raddatz



SCHWERPUNKT

Europa

Bürokratisch, undemokratisch, schwerfällig - der Ruf der Europäischen Union ist nicht der beste. Zudem lebt in weiten Teilen der Bevölkerung der Wunsch nach nationaler Identität fort, was Populisten vom rechten Rand für ihre Zwecke nutzen. Dabei ist die Union eine große zivilisatorische Errungenschaft: Sie hat Europa Frieden gebracht - und jedem von uns viele Freiheiten eröffnet.

10

„LIBERALE POLITIK WIRKT“



Warum das Verhältnis vieler Westdeutscher zur Freiheit dem von Fischen zum Ozean entspricht, erklärt der Spitzenkandidat der FDP für die Europawahl, Alexander Graf Lambsdorff. Ein Interview.

VON DAVID HARNASCH

15

DANKE, BRÜSSEL!

Ob es um Wohnen, Arbeiten oder das Erbringen von Dienstleistungen geht - in der EU herrscht Freizügigkeit.

Diese Erfolgsgeschichte muss der Staatenbund weiterschreiben. VON MARC ETZOLD

18

STUDENTISCHER SAMBAZUG

Warum Erasmusstudenten im Ruf stehen, Völkerverständigung als alkoholische Dauerparty zu interpretieren.

VON IVO BOZIC

22

LIBERALE KOMMISSARE

Acht der 28 EU-Kommissare gehören zum liberalen Lager. Eine Übersicht aus gegebenem Anlass.

VON JULIE CANTALOU

24

„ES WAR DER TRAUM MEINES LEBENS“



Mechthild von Alemann war 1979 eine der Abgeordneten, die einen Platz im ersten EU-Parlament erringen konnten. Für *liberal* erinnert sich die 77-Jährige an seine Anfänge.

VON BORIS EICHLER

26

„FREIE MENSCHEN IN EINER FREIEN MARKTWIRTSCHAFT“

Der Vorsitzende der Liberalen Internationalen, Hans van Baalen, über das liberale Nord-Süd-Gefälle in der Union und die Rolle des deutschen Liberalismus in Europa.

VON BORIS EICHLER

Illustration: Luke Ellison

GESELLSCHAFT



- 30 ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN**
Die Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe unterstützt Angeklagte aus dem linken Spektrum. Doch wer kooperiert oder Reue zeigt, dem versagt der Verein jede Hilfe.
VON KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

- 34 DER KRAKE**
Vor 30 Jahren trat Commissario Cattani seinen Dienst an. Gegen die Ausstrahlung von „Allein gegen die Mafia“ liefen in Italien nicht wenige Politiker Sturm. Ein Rückblick.
VON SANDRO MATTIOLI

- 38 BLITZMARATHON**
Unglaubliche 14 stationäre Blitzer auf nur 23 Kilometer Bundesstraße: Was nach Überwachungsstaat klingt, findet sich tatsächlich auf einer Bundesstraße in Mittelhessen.
VON AXEL VOM SCHEM

- 40 WAHLEN OHNE GRÜNDERVATER**
Wenn Südafrika 20 Jahre nach dem offiziellen Ende der Rassentrennung in Kürze zum fünften Mal an die Wahlurnen geht, ist viel von dem Enthusiasmus der ersten freien Wahl verpufft. Eine Analyse.
VON WOLFGANG DRECHSLER



liberal IM ABONNEMENT
Alles dazu auf
den Seiten **71** und **99**

WIRTSCHAFT



- 48 SPACE INC.**
Die NASA will raus aus der Raumfahrt, private Anbieter stoßen in die Lücke. Ein Markt, der risikofreudige Milliardäre anzieht. Doch viele Rechtsfragen sind ungeklärt.
VON CHRISTINE MATTAUCH

- 56 ZUG UM ZUG**
Mit historischen Lokomotiven, die sie eigenhändig restauriert hat, betreibt Barbara Pirch das kleinste Bahnunternehmen Deutschlands. Über eine willensstarke Frau, die auch auf Abwegen die Spur hält.
VON MIRKO HACKMANN

- 60 GEISSEL DER MARKTWIRTSCHAFT**
Preisabsprachen gab es schon immer, aber nun fliegen immer mehr Kungelrunden auf. Rund 250 Millionen Euro Bußgeld pro Jahr fließen in den Bundeshaushalt. Den Schaden aber trägt vor allem der Konsument.
VON KAPKA TODOROVA

KULTUR



- 68 ICH ALS LEBENDIGE PERSON**
Ein Job an der Supermarktkasse ist alles andere als brotlose Kunst. Warum, offenbart eine Erzählung.
VON MARLEN PELNY

- 72 WIRKSTOFF**
Die Fotokünstlerin Sarah Schönfeld hat berausende Bilder von Drogen gemacht. Im Fokus ihrer eindringlichen Arbeiten stehen Auflösungserscheinungen: von Menschen, Orten, Grenzen. Ein Gespräch in Berlin.
VON RALF KALSCHUR

- 80 SWING IN THE CITY**
In Metropolen wie Berlin, London und Amsterdam entdecken Tausende junger Menschen Mode, Musik und Tanz aus der Epoche um die beiden Weltkriege neu. Lindy Hop heißt ihre Liebe, die nun wieder die Welt überrollt.
VON KAPKA TODOROVA

- 91 EUROPA WIE AUS DEM BILDERBUCH**
Unter dem Motto „Animate Europe“ hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Comic-Wettbewerb ausgelobt. Unter den Gewinnern: „Der Pool“.
VON ANDRÉ SLOB

APP-VERSION

Wenn Sie noch tiefer in die Debatten zur Freiheit eintauchen wollen, empfehlen wir Ihnen die App-Version von *liberal*. Sie ist als iPad- und Androidversion für Abonnenten gratis erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

Video Bildergalerie Audio(slide) Leseprobe Link



PROTESTSPIRALE

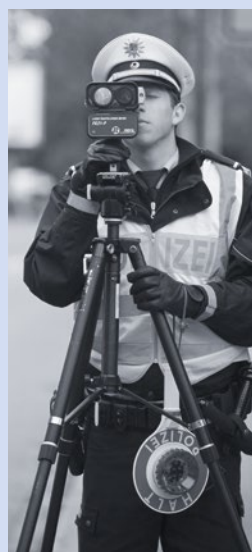
Die feministische Protestgruppe „Femen“ hat sich so erfolgreich internationalisiert, dass schon fast in Vergessenheit geraten ist, in welchem Land die Bewegung entstanden ist – der Ukraine. Nach Meinung von Mitgründerin Inna Schewtschenko ist „der klassische Feminismus eine kranke alte Frau, er funktioniert nicht mehr. Er ist in der Welt der Konferenzen und Bücher stecken geblieben.“ Der Worte sind also genug gewechselt. Deshalb sind die Femen-Feministinnen zum tätigen Protest, meist mittels Teilentblößung, übergegangen, wie hier vor einer Moschee in Paris. Dies hat offenkundig einen der Moschee-Besucher dazu veranlasst, sein Missfallen ebenfalls mit Taten statt nur mit Worten kundzutun.

RANKING

BLITZER-MILLIONÄRE

1	STUTTGART 7,9 MIO.
2	DORTMUND 7,0 MIO.
3	DÜSSELDORF 5,3 MIO.
4	FREIBURG 4,1 MIO.
5	MANNHEIM 3,4 MIO.
6	NÜRNBERG 2,8 MIO.
7	FRANKFURT 2,7 MIO.
8	BONN 2,5 MIO.
9	MÜNCHEN 1,9 MIO.
10	PFORZHEIM 1,4 MIO.

Blitzer-Einnahmen in Euro (fest installierte und mobile Messstellen) aus dem Jahr 2012



Der Fall der Düsseldorferin Constanze Gutzeit sorgte 2013 für ein gewaltiges Medienecho. Das Ordnungsamt der NRW-Landeshauptstadt stellte der 29-Jährigen einen Bußgeldbescheid über 132 Euro wegen zu schnellen Fahrens zu. Obwohl sie gar nicht im geblitzten Auto gesessen hatte und der Wagen nicht einmal ihr gehört. Was war passiert? Auf der A 44 war ein Pkw mit 111 Kilometern pro Stunde statt der erlaubten 80 erwischt worden. Die Halterin des Autos, die zunächst ein Knöllchen erhielt, hatte mit der Begründung Einspruch eingelegt, sie selbst habe nicht am Steuer gesessen – den Namen der tatsächlichen Fahrerin nannte sie aber auch nicht. Die eifrigen Beamten machten sich daher auf die Suche, glaubten – nach einem Fotoabgleich – in der Facebook-Freundesliste des Sohnes der Halterin fündig geworden zu sein und wurden aktiv. Gutzeit wehrte sich, konnte sie doch für den besagten Abend ein Alibi vorweisen. Das Ganze endete schließlich vor Gericht – und dort wie das Hornberger Schießen. Die 29-Jährige wurde freigesprochen, die Stadt musste klein beigeben. Fazit: Beim Thema Blitzen verstehen die Kommunen offenbar keinen Spaß und kämpfen um jeden Euro. Warum? Weil es leicht verdientes Geld ist. Wie viel genau dabei rumkommt, behalten einige Städte allerdings lieber für sich, demnach gibt es auch keine verlässliche Gesamtsumme für Deutschland. Einige auskunftsfreudigere Kommunen sind jedoch Blitzer-Millionäre – Stuttgart liegt an der Spitze. Am effizientesten arbeiten die Ordnungshüter allerdings in Freiburg: Bei der Auswertung des Bußgelds pro zugelassenem Pkw kommt die Stadt im Breisgau auf stolze 47,38 Euro, noch vor der Schwabenmetropole mit 28,07 Euro. Besonders reizvoll für die Kommunen: Die Einnahmen sind nicht zweckgebunden. Statt Löcher im Asphalt werden damit jene im kommunalen Haushalt gestopft. Wo Sie 14 fest installierte Blitzer auf nur 23 Kilometern Bundesstraße beachten müssen, lesen Sie auf Seite 38.

Quelle: Deutscher Anwaltverein (DAV), Kraftfahrt-Bundesamt. Umfrage unter 150 Städten, nur 34 haben bislang geantwortet. Unter anderem verweigerte Berlin, das die meisten Messanlagen besitzt, Aussagen zu machen.



VOLKES STIMME

„WAS SCHÄTZEN SIE AN EUROPA?“

1

Martin Burkert, 75, pensionierter Richter, Spalt:

Am meisten liebe ich am vereinigten Europa den nach schlimmsten Kriegen endlich herrschenden Frieden. Besonders erfreut mich das steigende Zusammengehörigkeitsgefühl, sei es durch die gemeinsame Währung oder den Wegfall der Grenzkontrollen. Unter den vielen Wundern, die ich erleben durfte, sind der Fall der Mauer und die Osterweiterung mit die größten.

2

Martin Kraetke, 31, Lead Content Engineer
An Europa schätze ich vor allem die unterschiedlichen kulturellen Einflüsse, die Einwanderer aus ihren Heimatländern mitbringen. Nur durch sie kann Europa wirklich zusammenwachsen. Ich finde daher auch das Recht auf Freizügigkeit gut, weil es eben EU-Bürgern erlaubt, in anderen EU-Ländern zu leben und zu arbeiten.

3

Christiane Nolteneus, 52, Musikerin, Bremen:

Mich begeistert die kulturelle Vielfalt der Kulturen, in der Musik, bildenden Kunst, Malerei, Architektur und den Geisteswissenschaften. Besonders positiv erscheint mir zudem das historisch gewachsene Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit in Europa. Die Grundlagen für ein Gefühl der europäischen Verbundenheit entstehen schon in der Jugendzeit. Umso mehr freuen mich Programme, die das Bewusstsein für die gemeinsame europäische Geschichte und die Verantwortung für die Zukunft stärken.

4

Miriam Sinno, 23, Volontärin, Berlin:

Europa bedeutet für mich vor allem ungehindertes Reisen, ein Gefühl transnationaler Verbundenheit mit Menschen aus ganz Europa. Binnenmarkt und gemeinsame Währung sind schön, doch die Bürokratie stört. Um Europa zu jener Friedensmacht zu

machen, als die es den Nobelpreis verliehen bekam, braucht es angesichts der südlich wütenden Kriege mehr als wohlfeile Worte Lady Ashtons.

5

Gisela Dittmer, 50, Pfarrerin, Falkensee:

Europa bedeutet für mich vor allem eine Verbundenheit zwischen den Menschen. Das konnte ich konkret spüren, als ich das Pfarrhaus für junge Spanier zur Verfügung stellte, die über ein EU-Programm in einer hiesigen Kita arbeiten konnten. Allerdings ist mir das Primat der Wirtschaft in der EU mitunter zu ausgeprägt. Viele europäische Firmen haben jahrelang gute Geschäfte mit Syrien gemacht, und heute werden die syrischen Flüchtlinge aus der „Festung Europa“ herausgehalten. Hier müssten jene stärker zur Verantwortung gezogen werden, die vorher profitiert haben. Insgesamt ist die EU weiterhin ein wunderbarer Traum, dessen Erfüllung sich jedoch als langer Weg erweist.

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



„Liberaler Politik wirkt“

Als Spitzenkandidat wird **Alexander Graf Lambsdorff** die FDP in die Europawahl führen. Im Interview spricht er über die bis heute währende Tragkraft des europäischen Gründungsimpulses, erläutert, wieso sich der Liberalismus heute nicht mehr hinter nationale Grenzen zurückziehen kann und erklärt, warum das Verhältnis vieler Westeuropäer zur Freiheit dem der Fische zum Ozean entspricht. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**

HALLO!

Wenige hundert Meter von Ihrem Bonner Büro entfernt findet in der Bundeskunsthalle die Ausstellung „1914 - Die Avantgarden im Kampf“ statt, wo europäische Werke der beginnenden klassischen Moderne in den Kontext des Ersten Weltkriegs gestellt werden. Angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der etwa Erasmusstudenten aus ganz Europa heute dauerhafte Freundschaften schließen, ist es schwer vorstellbar, dass diese Urkatastrophe gerade mal ein langes Menschenleben zurückliegt. Was bedeutet Europa 2014 für Sie vor dem Hintergrund von Europa 1914?

Die Ausstellung ist wirklich bemerkenswert, ich habe sie zusammen mit Liberalen aus dem Rhein-Sieg-Kreis besucht. Das europäische Projekt dient nicht nur dem Zweck, eine Wiederholung von 1939-1945 zu verhindern, sondern auch von 1914-1918. Man darf nicht vergessen, dass Europa trotz der traumatischen Erfahrung des Ersten Weltkriegs eine halbe Generation später schon wieder in den Abgrund stürzte, und dann auch in den zivilisatorischen Abgrund. Die Menschen damals waren nicht dümmer oder unzivilisierter als wir heute. Trotzdem sind diese Katastrophen passiert, was umso beunruhigender ist. Das bedeutet, dass der Gründungsimpuls Europas, die Sicherung unseres Friedens, philosophisch und intellektuell nach wie vor trägt. Allerdings kann dieser Impuls politisch kaum noch fruchtbar gemacht werden, da er für die junge Generation abstrakt und weit weg von der eigenen Lebenserfahrung ist.

Es kommt aber näher. Eine Kindheitserinnerung sind mir die ZDF-Sendungen „Damals - vor vierzig Jahren“, in denen Wochenschauen aus den letzten Kriegsmonaten und der Nachkriegszeit gezeigt wurden. Das erschien mir als Kind unvorstellbar weit weg, ist aber heute - obwohl ich ja weitere 30 Jahre von den Geschehnissen entfernt bin - greifbar nahe, weil es in Bezug steht zu meiner eigenen Lebensspanne. Und plötzlich ist auch 1914 nicht mehr fern, sondern vorgestern.

Das ist ein interessantes Paradoxon: mit zunehmender Entfernung wächst das Verständnis für ein Ereignis, seine potenzielle Nähe wird besser verstanden. Das hat mit dem Reifeprozess und dem Willen zu tun, sich mit diesem auseinanderzusetzen. Meine Kinder besuchen Schulen, die sich glücklicherweise darum kümmern. Meine Tochter war in Flandern auf dem Schlachtfeld von Ypern, mein Sohn hat gerade „Im Westen nichts Neues“ durchgenommen. Auch wenn das bei Teenagern nicht sofort fruchtet, wird doch ein Saatkorn gelegt, das dann 20 Jahre später vielleicht aufgeht - und man versteht, dass der friedenssichernde Zweck der EU so zentral ist. Deshalb wehre ich mich immer gegen den Satz „Die EU ist kein Selbstzweck“. Der Frieden ist ein Selbstzweck. Da der Zweck der europäischen Einigung die Friedenssicherung ist, ist auch sie durchaus ein Selbstzweck.

Meinen Sie, dass man in Westdeutschland viele Europäische Errungenschaften, auch weil sie uns »

»MODERNER
LIBERALISMUS KANN
SICH NICHT MEHR
HINTER NATIONA-
LE GRENZEN ZU-
RÜCKZIEHEN, ER
MUSS EUROPÄISCH
GEDACHT WERDEN.«

**ALEXANDER
GRAF LAMBSDORFF**





»AUCH DAS IST EINE
GENUIN LIBERALE
ZIELSETZUNG,
FREIHEIT UND
VERANTWORTUNG
ZUSAMMENZU-
BRINGEN.«

faktisch geschenkt wurden, für selbstverständlich erachtet, die in den Ländern Osteuropas viel intensiver wertgeschätzt werden?

Ja, und das ist auch eine Generationenfrage - wenn man so will, eine kontinentale Generationenverschiebung. Bei uns sind mehrere Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Europa aufgewachsen, das wir heute kennen: persönliche Freiheit, wirtschaftlicher Austausch, politischer Ausgleich. Dieser große Raum der Freiheit ist für uns wie ein Ozean für Fische. Die bemerken das Wasser, in dem sie schwimmen, auch nicht. Das ist in Mittel- und Osteuropa ganz anders: Dort hat die jetzt aktive Generation ihre Freiheit selber erkämpft und in der EU abgesichert. Man weiß also viel mehr, was man an Europa hat, da reicht ein Blick ins Baltikum.

Haben Sie denn kein Verständnis für die Euroskeptiker und Europakritiker? Die gibt es ja auch in Osteuropa.

Ja und nein. Skepsis ist eine liberale Tugend, kritisches Hinterfragen der Motor des Fortschritts in offenen Gesellschaften. Insofern habe ich jedes Verständnis

für Kritik, soweit sie sich als Teil eines offenen Erkenntnisprozesses zur Friedenssicherung und Wohlfahrtsmehrung versteht. Da, wo solche Kritik aber antieuropäisch und populistisch ist, wo sie die Sinnhaftigkeit der europäischen Einigung prinzipiell infrage stellt, da geht sie an die Existenzgrundlage der europäischen Völker. Moderner Liberalismus kann sich nicht hinter nationale Grenzen zurückziehen, er muss europäisch gedacht werden. Deshalb muss man natürlich nicht alles gut finden, was aus Brüssel kommt, oder die EU gar für eine perfekt funktionierende Organisation halten, davon ist sie weit entfernt. Aber den Einigungsprozess in Europa als solchen infrage zu stellen gefährdet die Existenzgrundlage unseres Landes. Für diese Art der Kritik, die oftmals auch als Spielart des deutschen Patriotismus daherkommt und doch sein genaues Gegenteil ist, habe ich kein Verständnis.

Dann befassen wir uns doch konkret mit der Verbesserung der Organisation: Wie wollen Sie beispielsweise die Stellung des Parlaments stärken?

Was man heute schon konkret tun kann, um das Parlament zu stärken, wurde auch getan. Das Parlament wurde durch den Lissaboner Vertrag noch einmal gestärkt. Aber das Initiativrecht, also die Möglichkeit für das Parlament, Gesetzesvorschläge einzubringen, war im Vertrag von Lissabon ursprünglich nicht angelegt. Nun haben wir das so gelöst: Wenn das Parlament die Kommission auffordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, und diese sich weigert, muss sie diese Weigerung schriftlich begründen ...

... was peinlich werden kann.

... was ausgesprochen peinlich wird, wenn die Begründung nicht trägt. Und da die Kommission das Parlament an verschiedenen Stellen in der Gesetzgebung benötigt, findet hier ein permanenter Interessenausgleich statt, denn sonst würde das Parlament schlicht die Zusammenarbeit einstellen oder gar zum schärfsten Mittel greifen, der Absetzung der Kommission. Dieses Recht hat das Parlament, was viele gar nicht wissen.

Welche Lektionen nehmen wir aus der Eurokrise mit? Ist die Krise überhaupt vorbei?

Oh nein, die ist nicht vorbei. Ich habe die Stabilitätspolitik der letzten Bundesregierung für richtig gehalten, in nahezu allen ihren Komponenten. Als sich kurz nach der Lehman-Brothers-Pleite die Situation in Griechenland zuspitzte, wäre es töricht und verantwortungslos gewesen zu riskieren, dass dort alles in Brand gerät. Das wäre „Lehman“ in viel größerer Dimension gewesen. Also musste zunächst der Brand gelöscht werden. Anschließend wurden die Löscharbeiten mit der klaren Aufforderung versehen, das Haus für die Zukunft feuerfest zu machen. Und da haben wir einiges erreicht. Die Maßnahmen der Troika aus IWF, Kommission und EZB waren ja Klassiker liberaler Wirtschaftspolitik: Arbeitsmärkte flexibilisieren, Dienstleistungsmärkte liberalisieren, öffentliche Haushalte ausgleichen, Staatsbetriebe privatisieren, Bürokratie abbauen - all diese Dinge hätten auch aus dem Lambsdorff-Papier stammen können. Und genau diese Politik hat sich als richtig erwiesen. Also ist die erste Lektion aus der Eurokrise: Liberale Politik wirkt. Daher sollten sich mehr Länder auf liberale Wirtschaftspolitik besinnen, das wäre für die Stabilisierung der Eurozone das Beste.

Das mag sachlich stimmen, trifft aber trotzdem nicht auf ungeteilte Begeisterung bei den betroffenen Ländern.

Da wir nicht erst seit Thomas Jefferson wissen, dass Menschen keine Engel sind, muss man Kontrollmechanismen einziehen. 2003/2004 wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgerechnet von Frankreich und Deutschland erstmalig ausgehebelt, und zwar auf Betreiben der rot-grünen Bundesregierung. Das darf sich nicht wiederholen! Eine grundsätzlich gelungene Neuerung ist das sogenannte „Europäische Semester“. Die Mitgliedsstaaten der Eurozone müssen ihren Haushalt für das kommende Jahr bei der Kommission schon Monate zuvor vorlegen, damit diese prüfen kann: Wird dieser Haushalt der Verantwortung gerecht, für die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sorgen? Die Freiheit der Mitgliedsstaaten, ihre eigene Haushaltspolitik zu betreiben, wird also mit der Verantwortung für die Stabilität der gemeinsamen Währung zusammengeführt. Auch das ist eine genuin liberale Zielsetzung, Freiheit und Verantwortung zusammenzubringen.

Eine andere Krise, die noch nicht ausgestanden ist, ist die der FDP. Wie steht die Partei aktuell da?

Die Bundestagswahl liegt gut vier Monate zurück. Wir haben seitdem einen gelungenen Dreisprung geschafft mit dem Sonderparteitag und der Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden und einer komplett neuen Führungsmannschaft in Berlin Ende 2013; mit einem bundesweit beachteten Dreikönigstreffen in Stuttgart ...

... das trotz explodierender Mietforderung der Staatstheater zustande kommen konnte. Interessant, wie schnell man Freunde verliert, wenn man der Macht nicht mehr nahe ist.

(lacht) Da ist auch der Verwaltung des Staatstheaters sicher nicht Menschliches fremd. Aber seien wir ehrlich: Wir hatten ja wirklich Sorge, ob wir das Theater überhaupt voll kriegen. Es kamen dann über 1.400 Leute, die Feuerwehr musste weitere Gäste abweisen. Und die Reden waren - jede auf ihre Art - sehr gut. Im Januar gab es dann den Europaparteitag hier in Bonn, wo die FDP mich als Spitzenkandidat ins Rennen geschickt hat, in vollem Bewusstsein, dass von mir keine Fundamentalkritik an der europäischen Einigung oder an der Euro-Stabilisierungspolitik zu hören sein wird. Zudem haben wir uns einstimmig auf ein Europaprogramm verständigt. Nach den schweren Auseinandersetzungen in den letzten Monaten, gerade in der Europapolitik, war das Ergebnis ermutigend und ein Zeichen der Geschlossenheit der FDP.

Es ging ja nicht nur um Personen, sondern auch darum, für welche Inhalte die Partei antritt.

Für das Programm gilt das Gleiche. Wir hatten in der Programmkommission angedacht, die im Grundsatzzprogramm genannte bundesstaatliche Perspektive für Europa nicht ins Wahlprogramm zu übernehmen. Damit wollten wir vor allem denjenigen in der Partei entgegenkommen, die sich mit einer föderalen Vision für Europa schwertun. Der Parteitag hat dieses langfristige Ziel dann doch mit überwältigender Mehrheit ins Wahlprogramm übernommen. Das zeigt, dass sich dieses Thema erledigt hat. Das höchste Beschlussgremium der FDP will Europa, steht zur EU und hat die bundesstaatliche Perspektive klar bestätigt. Ich freue mich darüber. Gleichzeitig sind die kritischen Passagen zu einzelnen EU-Politiken prononciert und klar. »



»WIR HABEN EINE AUFSTELLUNG, DIE UNS IM WETTBEWERB SOWOHL MIT DEN PARTEIEN DER GROSSEN KOALITION ALS AUCH DER NATIONALEN PROTESTBEWEGUNG AFD SEHR ORDENTLICH POSITIONIERT.«

Wir haben also eine Aufstellung, die uns im Wettbewerb sowohl mit den Parteien der Großen Koalition als auch der nationalen Protestbewegung AfD sehr ordentlich positioniert.

Und welche Lektionen gilt es aus der Krise der Partei zu lernen?

Die Diskussionskultur in der FDP war in meinen Augen verkümmert. Die Führungsgremien verstanden sich im Wesentlichen als Bestätigungsgremien, lebhaft Diskussionen gab es dort kaum. Wir haben es auch an Seriosität vermissen lassen, beginnend bereits mit dem „Projekt 18“ und einer sogenannten „Kanzlerkandidatur“. Das passte nicht zu einer bürgerlichen Partei, die sich an Wähler mit einem hohen Bildungsstand wendet. In der letzten Legislaturperiode war das zentrale Glaubwürdigkeitsproblem der FDP, dass wir die Eurostabilisierung bei allen entscheidenden Abstimmungen weit überwiegend mitgetragen haben, aber im Diskurs nach außen so getan haben, als würden wir eigentlich alles ablehnen. In diese Glaubwürdigkeitslücke ist die Partei gestürzt. Die letzte Wahlkampfwoche brachte das Fass dann zum Überlaufen. Aber die Analyse darauf zu beschränken würde entschieden zu kurz greifen.

Wie soll die Arbeitsteilung zwischen Ihnen und Ihren Kollegen im Parlament aussehen?

Nach der Katastrophe des 22. September ist es ein bemerkenswertes Signal der Stabilität, dass alle Europaabgeordneten, die erneut angetreten sind, von ihren jeweiligen Landesverbänden wieder aufgestellt wurden. Das zeigt, dass die Partei unsere Arbeit im Europaparlament schätzt. Natürlich ist nicht jeder mit allem einverstanden. Aber die große Linie scheint doch auf breite Akzeptanz zu stoßen. Ich freue mich über den volkswirtschaftlichen Sachverstand Michael Theurers genauso wie über seine Verwurzelung in der Heimat als ehemaliger Oberbürgermeister. Wenn wir von Subsidiarität sprechen, verkörpert er dies wie kaum ein anderer. Gesine Meißner war im Niedersächsischen Landtag Vorsitzende des Sozialausschusses, sie engagiert sich in der evangelischen Kirche, eine Sozialliberale, die unserem Team guttut. Nadja Hirsch ist überzeugte Bürgerrechtlerin, sie kämpft gegen Vorratsdatenspeicherung und wird für den Landesverband Bayern nach dessen Ausscheiden aus dem Landtag umso wichtiger sein. Wolf Klinz ist unser allseits respektierter Mister Euro, der im Wirtschafts- und Währungsausschuss gerade bei der Verschärfung des Stabilitätspakts erfolgreich gewirkt hat, beispielsweise hinsichtlich der automatischen Sanktionen für Defizitsünder. Britta Reimers ist Landwirtin und hat selbst über hundert Kühe im Stall stehen, sie ist damit für die Agrarpolitik gesetzt, wohin ja immer noch fast 40 Prozent des europäischen Haushalts fließen. Und mit Alexandra Thein steht eine Rechtsanwältin und Notarin für das Feld der Rechtspolitik, auch hier zeigt die FDP hohe Kompetenz. Mit diesem Team kann man ganz hervorragend arbeiten! ●

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

studierte Geschichte, Politik und Staatsrecht in Bonn und Washington D.C. Der gelernte Diplomat ist Vorsitzender der FDP im EP, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und Vizepräsident der ALDE-Partei. Im Mai 2014 wird er die deutschen Liberalen als Spitzenkandidat in die Europawahl führen.



Danke, Brüssel!

Die Bürger Europas können innerhalb der Länder der Gemeinschaft leben und arbeiten, wo sie wollen. Europäische Firmen dürfen ihre Dienstleistungen in der gesamten Union anbieten. Und selbst die Bauern der EU lieben die einst verhasste Gurkenverordnung. Brüssel hat bereits einige Erfolgsgeschichten geschrieben. Nun muss es weitergehen mit der Liberalisierung. // TEXT // **MARC ETZOLD**

BONJOUR!

LÄNDER-
GRENZEN
SOLLEN
KÜNFTIG
AUCH FÜR
MOBILFUNK-
ANBIETER
IRRELEVANT
SEIN.



Es ist ein Projekt von historischen Ausmaßen: Bis zu 400.000 Jobs könnten europaweit entstehen, das Bruttoinlandsprodukt EU-weit um zusätzliche 120 Milliarden Euro im Jahr wachsen. Damit rechnen Ökonomen, sollten die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA erfolgreich verlaufen.

Derzeit stocken die Gespräche zwar. Umweltaktivisten und Verbraucherschützer warnen öffentlichkeitswirksam vor Genmais und Chlorhähnchen, die nach Europa gelangen könnten, sollten sich Brüssel und Washington auf ein Abkommen einigen. Zudem fürchten sie, dass die Rechtsstandards in Europa hinter laxeren Regelungen aus den USA zurückstehen müssten. Und auch wenn ein Teil der Verhandlungen zum sogenannten Investitionsschutz ausgesetzt wurde, rechnen Beobachter nicht damit, dass die Gespräche scheitern werden. Das Freihandelsabkommen ist das jüngste Brüsseler Großprojekt, das die Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts vorantreiben soll - in diesem Fall mit einer zusätzlichen Komponente: der Öffnung hin nach Amerika.

Die europäische Liberalisierungspolitik beginnt im Jahr 1952 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Gründungsländer bringen den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt auf den Weg, verständigen sich auf mehr Wettbewerb bei der Kohle- und Stahlproduktion, den freien Zugang zum Markt und niedrige Preise. Um dies zu gewährleisten, wird eine neue staatliche - supranationale - Ebene geschaffen: die europäische.

Auch die Idee der Arbeitnehmerfreizügigkeit findet sich schon im EGKS-Vertrag. „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, jede auf die Staatsangehörigkeit gegründete Beschränkung hinsichtlich der Beschäftigung anerkannter Kohle- und Stahlfachar-

»

beiter [...] zu beseitigen“, heißt es in dem Abkommen. Den Gründungsvätern der EU ist klar gewesen, dass die wirtschaftliche Liberalisierung in Europa nur dann erfolgreich sein würde, wenn die Bürger grenzüberschreitend leben und arbeiten könnten. Im Jahr 2014 kann sich nun jeder EU-Bürger aussuchen, in welchem Mitgliedsland er leben (Personenfreizügigkeit) beziehungsweise arbeiten (Arbeitnehmerfreizügigkeit) möchte. Die letzten Hürden sind zum Jahreswechsel gefallen - zumindest auf dem Papier.

Denn vor allem Facharbeiter und Hochqualifizierte haben in der Praxis noch immer große Probleme, sich in einem anderen EU-Mitgliedsland als ihrer Heimat einen Job zu suchen. Sogenannte reglementierte Berufe, darunter Apotheker oder Ärzte, dürfen nur mit bestimmten Qualifikationen ausgeübt werden. Oft sind die Abschlüsse aus unterschiedlichen europäischen Staaten einander aber nicht gleichgestellt, sodass qualifizierte Bewerber aus dem Ausland das Nachsehen haben.

Ende vergangenen Jahres hat die EU-Kommission reagiert. Abschlüsse sollen einfacher anerkannt und unnötige Zugangsbegrenzungen zu Jobs für Hochqualifizierte abgebaut werden. Doch dies kann noch Jahre dauern. Zunächst wird eine Liste erstellt, welche reglementierten Berufe es in den jeweiligen Mitgliedsländern überhaupt gibt und wie die entsprechenden Zugangsbedingungen aussehen. Dann - so die Hoffnung in

Brüssel - können sich Jobsuchende im europäischen Ausland gezielter bewerben.

Nach Angaben der EU-Kommission entstehen die meisten Jobs in Europa derzeit im Dienstleistungsbereich. Diese machen mehr als zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung in der Union aus. 2006 wurde dieser wachsende Markt mithilfe der Dienstleistungsrichtlinie zumindest teilweise liberalisiert. Ein gemeinsamer Binnenmarkt kann nur dann entstehen, wenn Dienstleistungen grenzüberschreitend verfügbar sind - so der Grundgedanke.

Unter die Richtlinie fallen Dienstleistungen aus den unterschiedlichsten Bereichen, wie Handel und Vertrieb, Bau und Handwerk, Tourismus und Gastronomie, Unternehmensberatungen, die IT- und Immobilienwirtschaft sowie freie Berufe (unter anderem Rechts- und Steuerberater, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftsprüfer).

Deutschland auf der Anklagebank

Ausgenommen wurden hingegen Finanzdienstleister, elektronische Kommunikationsdienste, Verkehrs-, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, die vom Staat oder von beauftragten Anbietern erbracht werden. Ebenfalls ausgeschlossen sind Leiharbeitsagenturen, private Sicherheitsdienste, Glücksspielanbieter sowie Notare und Gerichtsvollzieher.

Um eine möglichst hohe Produktivität zu erreichen, wurden Verwaltungsverfahren

vereinfacht und Bürokratie abgebaut. Zudem gibt es nun sogenannte „einheitliche Ansprechpartner“, die als Kontaktstelle für Dienstleistungsunternehmen fungieren. Über sie müssen Zulassung und andere Formalien „problemlos aus der Ferne und elektronisch“ abgewickelt werden können, wie es in der Richtlinie heißt. Die Kommission geht davon aus, dass die Unternehmen, auf welche die Richtlinie angewendet wird, für rund 40 Prozent des BIP und der Beschäftigung in der EU stehen. Die nicht unter diese Regelung fallenden Berufe im Dienstleistungsgewerbe bleiben geschützt.

Die dreijährige Umsetzungsfrist der Richtlinie endete im Dezember 2009. Erst seit Mai 2012 haben aber alle Mitgliedsstaaten die Richtlinie offiziell in nationales Recht umgesetzt. Neben Griechenland und Österreich wurde auch Deutschland von der Kommission verklagt, weil es die Richtlinie zunächst nicht vollständig implementiert hat.

Das „Centre For European Reform“, ein Londoner Think Tank, das den europäischen Integrationsprozess kritisch begleitet, beanstandet immer wieder, dass die Nationalstaaten noch immer zu viele Möglichkeiten hätten, neue Hürden aufzustellen, die ausländische Firmen abschrecken und heimische Unternehmen schützen. Die Dienstleistungsrichtlinie bleibe daher weit hinter den Erwartungen zurück.

Der Luftverkehr ist ein Wirtschaftszweig, bei dem die Liberalisierung zwar weit vorangeschritten ist und der oft als Vorbild für andere Bereiche genannt wird. Seit Mitte der 90er-Jahre dürfen Flugunternehmen aus ihren EU-Heimatstaaten alle europäischen Ziele ansteuern und die Preise frei gestalten.

Heute sieht sich die EU allerdings mit dem Problem konfrontiert, dass der europäische Luftraum von allen 28 Mitgliedsstaaten jeweils einzeln kontrolliert wird. Jedes Land hat seinen eigenen nationalen Luftraum, den es nach eigenen Regeln und mit einer eigenen nationalen Flugsicherung überwacht und steuert.

„Zersplittert und ineffizient“ nennt das die Kommission. Seit fast 25 Jahren arbeitet sie am sogenannten „Einheitlichen Europäischen Luftraum“. Das jetzige System führe zu

DAS FREIHANDELS-
ABKOMMEN IST
DAS JÜNGSTE
EU-GROSSPROJEKT.
DAS DIE
LIBERALISIERUNG
VORANTREIBEN
SOLL.



SEIT 25 JAHREN
ARBEITET DIE
KOMMISSION AM
EINHEITLICHEN
EUROPÄISCHEN
LUFTRAUM.



höheren Kosten für Unternehmen und Kunden, längeren Flugzeiten, häufigeren Verspätungen und unnötigen Emissionen. Die Kommission befürchtet zudem eine Kapazitätskrise im europäischen Luftraum, sollte die Zahl der Flüge in den nächsten 10 bis 20 Jahren um 50 Prozent steigen, wie allgemein angenommen wird. Zum Vergleich: Das US-amerikanische Flugverkehrssystem bewältigt zu ähnlichen Kosten die doppelte Anzahl von Flügen - mit zwei Dritteln weniger Kontrollzentren als die EU.

Auf der Schiene stellt sich die Situation hingegen anders dar: Zwar fahren mittlerweile sowohl der französische TGV wie auch der deutsche ICE von Köln nach Paris. Verbindungen von Deutschland nach London sind seit Jahren in Planung. Die Beispiele zeigen aber, dass ein einheitlicher europäischer Schienenverkehr noch in weiter Ferne ist. Das liegt zum einen an den uneinheitlichen

Signal- und Schienensystemen, die in den jeweiligen Mitgliedsstaaten verwendet werden. Zum anderen kritisiert Brüssel, dass vor allem Deutschland ein europäisches Bahnsystem blockiere. Seit Jahren sperren sich Bahn und Regierung gegen Bestrebungen aus Brüssel, das Schienennetz und den Bahnbetrieb in Deutschland zu trennen. Nach Ansicht der Kommission könnte aber nur eine Entflechtung einen grenzüberschreitenden Bahnbetrieb ermöglichen.

Ländergrenzen sollen künftig auch für Mobilfunkanbieter irrelevant sein. Ein Gesetzespaket der Kommission sieht vor, dass die Anbieter ab Sommer dieses Jahres die Roaming-Gebühren schrittweise abschaffen. Brüssel setzt dabei auf Freiwilligkeit durch Zwang. Weigern sich die Unternehmen, müssen sie den Kunden wählen lassen, welches Netz er im Ausland nutzt. Bislang hat der Verbraucher darauf keinen Einfluss. Brüssel

geht davon aus, dass die Kosten für dieses Verfahren so hoch wären, dass die Mobilfunkunternehmen von sich aus auf die Roaming-Gebühren verzichten. Spätestens 2016 sollen diese dann innerhalb der EU Geschichte sein.

Geliebte Gurkenverordnung

Die Reformen im Bereich Luftverkehr und Mobilfunk sind Positivbeispiele für erfolgreiche Liberalisierungen, die wir Brüssel danken. Negativbeispiele lassen sich jedoch auch finden. Die EU-Agrarsubventionen sind ein solcher Fall. 44 Milliarden Euro schüttete die Kommission im Jahr 2012 an Agrarsubventionen aus, ein Drittel des Gesamthaushaltes. Die Berechnungsformel ist einfach. Je größer die Fläche, je größer also der Agrarbetrieb, desto mehr Geld bekommt ein Bauer.

Das Problem daran: Je größer die Betriebe sind, desto weniger benötigen sie die Subventionen. Der ursprüngliche Sinn, europaweit eine gleichermaßen gute Versorgung mit Agrarprodukten sicherzustellen und die Einkommen der Landwirte zu stabilisieren, wird so ad absurdum geführt. Seit Jahren ist das Problem bekannt. Steuergelder von EU-Bürgern werden dennoch Jahr für Jahr genutzt, um massive Verzerrungen auf dem Agrarmarkt herbeizuführen.

Auf wenig Verständnis stieß auch die Gurkenverordnung, die vor einem Vierteljahrhundert beschlossen wurde. Eine Normgurke musste demnach „gut geformt und praktisch gerade sein“ und durfte eine maximale Krümmung von zehn Millimetern aufweisen. Zwar wurde die Verordnung 2009 abgeschafft. Sie steht aber weiterhin für den Regulierungswahn der EU. Dennoch finden sich heute praktisch keine krummen Gurken im Handel. Die Landwirte wollen sie selbst nicht mehr. Genormte Gurken lassen sich international besser verkaufen. Und auch die Verpackungsindustrie profitiert, wenn die Gurke in Standardkartons passt. ●



MARC ETZOLD arbeitet als Wirtschaftsjournalist für *Handelsblatt* und *Wirtschaftswoche* in Düsseldorf. Zuvor war er für den *Tagesspiegel* und *Cicero Online* tätig und hat die Google-Initiative zur Bundestagswahl 2013 mitkonzipiert und umgesetzt.
redaktion@libmag.de

Studentischer Sambazug

Erasmusstudenten stehen in dem Ruf, ihre Semester so zu verbringen wie amerikanische Hochschüler den Spring Break in Florida: als alkoholselige Dauerparty mit ausschweifenden sexuellen Exzessen. Auch das dient natürlich der Völkerverständigung. Gleichwohl haben es viele der Austauschstudenten satt, sich auf dieses Bild reduzieren zu lassen. Eine Erkundung in akademischen Grenzbereichen. // TEXT // IVO BOZIC



Der AStA der Freien Universität Berlin (FU) war ganz und gar nicht erfreut, „ausdrücklich“ distanzierte er sich „von dieser Veranstaltung und der Art der Bewerbung“. Ein Plakat warb unter dem Bild eines äußerst knapp bedeckten Frauenbusens mit der Zeile „AStA meets Erasmus“ für eine kommerzielle Studentenparty Ende Dezember in einer Diskothek in Berlin. Offenbar sollten vor allem Studenten des internationalen Austauschprogramms Erasmus angesprochen werden. Es wurde gar der Eindruck erweckt, die Party stehe in Verbindung mit dem Programm: „Durch unseren Tandemstand verbinden wir deutsche Studenten mit Austauschstudenten. Dank der Beer-Pong-Tische können sich die verschiedenen Länder direkt auf der Party untereinander messen.“ Bei Beer-Pong handelt es sich nicht um ein Forschungspraktikum, sondern um ein albern-trinkspiel, bei dem man Tischtennisbälle in Pappbecher werfen soll. Und die Abkürzung „AStA“ stand bei dieser Party nicht etwa für den Allgemeinen Studierendenausschuss, sondern für „Alle Studenten trinken Alkohol“. Kein Wunder also, dass sich der echte AStA beschwerte.

Verwundern kann allerdings auch nicht, dass ein Partyveranstalter ausgerechnet

Erasmusstudenten als Zielgruppe ins Auge fasst. Ihren Ruf als EU-geförderter Easyjetset, der in der Hauptstadt die Clubs unsicher macht, haben sich die Studenten schließlich in vielen Semestern fachübergreifend ertrunken. Die besoffenen katalanisch sprechenden Studentengruppen aus Barcelona beispielsweise sind aus dem Berliner Nachtleben kaum mehr wegzudenken. Ständig werden Erasmus-Weihnachts- und Silvesterpartys sowie Semester-Auftakt- und -Abschlusspartys angeboten, die gut besucht sind. Die Facebookseite „Erasmus Party in Berlin“ hat rund 5.900 Freunde.

Gleichzeitig sind das aber gern gehegte Vorurteile. Geschichten über ungehemmte junge Studentinnen, die in Berlin angeblich auf allen Tischen tanzen, werden eben gerne erzählt. „Erasmus, Orgasmus!“ titelte etwa *Die Zeit* 2012 und schrieb: „Es wird Zeit, Erasmus als das zu begreifen, was es eben auch ist: ein Undercover-Sambazug durch den Kontinent. Vielen Studenten geht es nicht primär ums Kennenlernen fremder Wissenschaftssysteme, sondern um den Typen, der im Club neben einem tanzt.“ *Die FAZ* schrieb im November: „Nachhaltiges Trinken macht die Pflege der Fremdsprache entbehrlich. [...] Für viele ist das Auslandsstudium aber nur eine einzige Party - mit ungeahnten Abgründen.“



„ALLE
DEUTSCHEN
WOLLEN
IMMER NUR
ENGLISCH
MIT MIR
REDEN.“

Ruby (Australien)



Tatsächlich gibt es Internetseiten wie „erasmusconfession.com“, auf denen Studenten anonym von ihren ausgiebigen Trinkgelagen und dem vielen Sex, den sie angeblich während ihres Auslandsaufenthalts hatten, berichten. Doch vieles klingt auch arg nach Aufschneiderei. User 472 berichtet: „Ich war in Hannover, sechs Monate. Ich trank viel, sehr viel. Es ist immer ‚beer o'clock‘ in Deutschland. Ich hatte die beste Zeit meines Lebens. Ich bin durch ganz Deutschland gereist und habe viele interessante Leute getroffen, Party die ganze Zeit. Ich hatte vor, ein paar nette deutsche Mädchen kennenzulernen, traf dann aber stattdessen eine wundervolle Italienerin. Es gibt keine bessere Möglichkeit zu reisen, Party zu machen und neue Leute kennenzulernen - und, ich glaube, zu studieren ... ein bisschen.“

Dass die Lehre des Hedonismus beim Erasmusstudium nicht zu kurz kommt, dient durchaus dem Europäischen Gedanken, denn ein paar gemeinsame Wodka-Mate oder erst recht eine kleine Liebesaffäre sind offensichtlich weitaus völkerverbindender

als ein miteinander besuchtes Seminar zur „Mathematischen Modellierung biologischer Systeme“. Dennoch fühlen sich manche Erasmusstudenten durch den vorherrschenden Fokus der Berichterstattung stigmatisiert. Ruby zum Beispiel räumt freimütig ein, dass sie in

„ICH BIN GLÜCKLICH, DASS ICH NICHT NACH HEIDELBERG GEGANGEN BIN.“

Sabrina (Italien)



Berlin gerne feiern geht, aber darauf reduzieren will sie sich nicht.

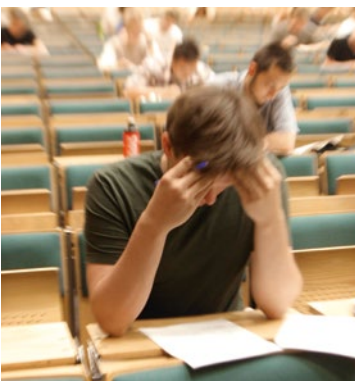
Berlin besonders beliebt

Ruby, Sabrina, Alex, Amarens und Nina sitzen im „Dada“, einem Falafelrestaurant im Ausgehviertel in Mitte. Sie sind alle 21 Jahre alt. Das ist nicht ungewöhnlich, denn in vielen Ländern ist es üblich, den Erasmus-Auslandsaufenthalt im dritten Studienjahr zu absolvieren. Ruby stammt aus Australien, studiert Germanistik in Melbourne und hat als Kind zwei Jahre in Leipzig gelebt. Sie spricht schon gut Deutsch, ist aber vor allen »

Erasmus Plus

Seit Anfang des Jahres werden die bisherigen EU-Programme zur Förderung von Lernaufenthalten im Ausland unter dem Namen „Erasmus+“ gebündelt. Programme wie „Erasmus“ für Studenten, „Leonardo da Vinci“ für Auszubildende und „Comenius“ für Schüler wurden zusammengeführt. Das neue EU-Programm hat eine Laufzeit von sieben Jahren und ist mit einem Budget in Höhe von 14,7 Milliarden Euro ausgestattet. Mit den Stipendien sollen bis zu fünf Millionen Menschen einen Teil ihres Bildungswegs im Ausland absolvieren können. Seit 1987 wurden mit Erasmus drei Millionen Studierende gefördert, darunter über 400.000 aus Deutschland. Bisher profitieren insgesamt 10 Prozent aller Studierenden in Europa vom Erasmusprogramm. Bis 2020 sollen es 20 Prozent sein. Das Austauschprogramm „Leonardo da Vinci“ ermöglichte seit 1995 rund 118.000 deutschen Auszubildenden, 21.000 Arbeitnehmern und 19.000 Lehrkräften und Ausbildern einen Auslandsaufenthalt zu Lernzwecken. Über das Programm „Comenius“ für den schulischen Bereich waren seit 2007 rund 400.000 Lehrkräfte und Schüler an Projektaktivitäten deutscher Schulen beteiligt.

(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)



Dingen hier, weil sie ihre Sprachkompetenz weiter verbessern möchte. „Es ist aber sehr schwierig, hier Deutsch zu lernen“, meint sie, „weil die Stadt so international ist. Alle Deutschen wollen immer Englisch mit mir reden, und sie sprechen alle sehr gut Englisch.“

Auch die anderen in der Runde legen Wert darauf, nicht nur wegen der Partys in Berlin zu sein. Sie zeigen sich auch an den anderen kulturellen Angeboten Berlins interessiert: Theater, Konzerte, Museen, Kunst. „Hier gibt es so viele tolle Ausstellungen“, schwärmt Amarens. Dass es viele Rabatte für Studenten gibt, findet sie ebenfalls prima. Berlin ist bei europäischen Erasmusstudenten besonders beliebt. 3.146 Studenten kamen im Jahr 2011/12 in die Hauptstadt. Nach München, das an zweiter Stelle der Beliebtheitsskala liegt, gingen mit 1.450 nicht einmal halb so viele. Die Organisation „Youthful Cities“ hat Berlin im vorigen Jahr zur besten Stadt Europas für junge Leute gekürt. Berlin liegt demnach in Sachen Angebote und Lebensqualität für Menschen zwischen 15 und 29 Jahren deutlich vor großen Metropolen wie New York, Paris oder London.

Auch Amarens und Nina haben sich für Berlin entschieden. Sie sind beide aus den Niederlanden. Amarens erklärt, sie wolle das Erasmusprogramm nutzen, um eine Sprache

zu lernen, und zwar entweder Deutsch oder Französisch. „Und Berlin war billiger als Paris“, sagt sie lächelnd. Auch für Nina waren es pragmatische Gründe, wenn auch andere. „Ich konnte schon Deutsch und hatte keine Zeit, eine neue Sprache zu lernen“, erklärt sie. „Lieber wäre ich nach Skandinavien, nach Norwegen, gegangen, aber das war leider schon ausgebucht.“ Sie fügt hinzu: „Außerdem wäre es auch ziemlich teuer geworden dort.“

Sabrina ist aus Überzeugung in Berlin. Sie kommt aus einem kleinen Städtchen in

Kalabrien und studiert Englisch und Spanisch. Sie wollte unbedingt nach Berlin, weil sie sich für Geschichte interessiert, außerdem hat sie so viel Gutes über die Stadt gehört. Dass Berlin so billig sei, kann sie jedoch nur bedingt teilen. So etwas ist eben sehr relativ. „Für mich ist es nicht so billig hier. In dem Dorf, aus dem ich komme, da ist es wirklich billig zu leben“, sagt sie. Ohne Erasmus hätte



„ICH
FREUE
MICH
SCHON
AUF DEN
SOMMER
UND ALL
DIE SEEN.“

Alex (England)

sie sich keine sechs Monate Berlin leisten können, aber das geht den anderen genauso.

Sabrina ist jedenfalls froh, nicht woanders gelandet zu sein. „Ich hätte auch Heidelberg für meinen Erasmusaufenthalt wählen können. Ich war am Anfang fünf Tage dort, weil eine Freundin von mir in Heidelberg lebt. Doch dann kam ich nach Berlin, und nun bin ich sehr, sehr glücklich, dass ich mich nicht für Heidelberg entschieden habe.“ Auch für Alex aus Manchester war von Anfang an klar, dass sie am liebsten nach Berlin möchte. Die junge Britin ist ganz begeistert von der Stadt. „Ich freue mich schon auf den Sommer und all die Seen, die sollen so toll sein, hat man mir erzählt.“ Sie hat Glück: Ihr Erasmusjahr dauert tatsächlich ein ganzes Jahr, für die anderen ist es nach fünf bis sechs Monaten schon wieder vorbei. Und das ist natürlich tragisch, wenn man im September oder



„IN BERLIN GIBT ES SO VIELE TOLLE AUSSTELLUNGEN.“

Amarens (Niederlande)

Oktober nach Berlin kommt und im März schon wieder abreisen muss, bevor der Berliner Frühling begonnen hat.

30 % study, 60 % beer, 10 % wurst

Auch auf den Internetseiten des Erasmusprogramms, auf denen Studenten Erfahrungen austauschen, schwärmen fast alle von der deutschen Hauptstadt. Bei Userin Arantxa liest sich das so: „Ich hatte eine andere Option, aber alle erzählten mir, was für eine wunderbare Stadt Berlin für Studenten sei: billig, voll von jungen Leuten, viele englischsprachige Berliner, wundervolle Technoclubs, großartige Partys - und das alles im Zentrum von Europa.“ Und Thorsten fasst seine Erlebnisse in Berlin so zusammen: „30 % study, 60 % beer & 10 % wurst.“

Die fünf Studentinnen in der Falafelbar unterhalten sich über eines ihrer größten Probleme - obwohl, so ein richtiges Problem sei es nun auch wieder nicht. Alle sind sich einig, dass es sehr schwierig sei, echte Berli-

ner kennenzulernen. Meist hängen sie daher mit anderen Erasmusstudenten herum. Ruby zeigt Verständnis für die wenig gastfreundlichen Deutschen: „Die Berliner haben ja auch ihr eigenes Leben. Und wir sind hier nur sechs Monate und dann wieder weg. Warum sollten sie sich für uns interessieren?“ So schlimm sei das am Ende aber auch nicht. „Man trifft dafür ständig andere Erasmusstudenten von überall her. Das ist ja auch sehr schön“, sagt Alex, und die anderen stimmen ihr zu. Immerhin haben einige von ihnen deutsche Mitbewohnerinnen und so zumindest ein wenig Kontakt zu Einheimischen.

Über die Frage, wie sinnvoll so ein Erasmussemester im Ausland fürs Studium ist, gehen die Meinungen auseinander. Alex findet: „Gut fürs Studium und gut für die Lebenserfahrung.“ Amarens, die in den Niederlanden deutsche Literaturwissenschaften studiert, meint, der Aufenthalt sei gut für ihren Lebenslauf, für ihr Studium aber nicht unbedingt nötig: „Es ist ja egal, wo ich Kafka lese.“ Nina sagt, das Erasmussemester bringe ihr für ihr Studium nichts. Denn eigentlich studiere sie Medizin, hier an der Humboldt-Uni aber Geschichte. Sechs Monate lang. Das hat sie interessiert, das wollte sie unbedingt machen. Danach geht's aber weiter mit dem Medizinstudium in Amsterdam. Vom deutschen Bildungssystem hält sie wenig. „Die Studenten sollen ständig Referate halten und miteinander diskutieren“, klagt sie, „die Dozenten sagen gar nichts.“ Die Dozenten sind ihrerseits aber auch nur mäßig begeistert von den Erasmusstudenten. Wenn die sich halbwegs akklimatisiert und zurechtgefunden haben an der Uni, reisen sie schon wieder ab, klagen einige Lehrende.

Vielleicht sind die Erasmusstudenten aber auch nur zuweilen etwas unkonzentriert, weil sie ein Kater plagt. Hin und wieder müssen die Studenten schließlich etwas dafür tun, dass das Klischee der immerzu feiernden Erasmuswelt nicht verblasst. ●



IVO BOZIC ist Redakteur und Mitherausgeber der Wochenzeitung *Jungle World*. Hätte das Erasmusprogramm zu seiner Studentenzeit schon existiert, hätte er in Barcelona gefeiert.
redaktion@libmag.de

Erasmus Planet

Derzeit nehmen Universitäten in 27 EU-Ländern sowie in Kroatien, Mazedonien, Island, Liechtenstein, Norwegen, der Schweiz und der Türkei am Austauschprogramm Erasmus teil. Bei den Studierenden ist Spanien das beliebteste Ziel, dort wurden gleichzeitig auch die meisten Stipendien vergeben. Auf Platz zwei der beliebtesten Erasmusländer folgt Frankreich, dann kommen Deutschland, Großbritannien und Italien. Großbritannien nahm beinahe doppelt so viele Studierende auf, wie es ins Ausland schickte. Von den deutschen Studenten wollen die meisten nach Spanien, gefolgt von Frankreich und Italien. Aber auch die direkten Nachbarländer Dänemark, Polen und die Niederlande sind beliebt.

Erasmus Money

Die durchschnittliche Stipendiumshöhe liegt beim Erasmusprogramm bei 252 Euro, doch die Zahl schwankt innerhalb Europas enorm. Ein deutscher Student erhält im Durchschnitt monatlich 213 Euro, ein spanischer 123 und ein lettischer 641 Euro. Die Höhe des „Mobilitätszuschusses“, wie die Stipendien offiziell heißen, variiert von Jahr zu Jahr abhängig von der Bewilligungssumme der Europäischen Kommission. Sie hängt aber auch von der jeweiligen genauen Aufenthaltsdauer des Studenten im Ausland ab, die ebenfalls variieren kann. In zahlreichen Ländern existieren zusätzlich nationale Programme, aus deren Mitteln die europäisch finanzierten Stipendien aufgestockt werden.

Liberales Kommissare

HELO!

Cecilia Malmström

Freizügigkeit ist ein Eckpfeiler der EU. Als Kommissarin für das Ressort „Inneres“ hat die Schwedin Cecilia Malmström (45) in den letzten fünf Jahren unser Recht auf freie Mobilität in der EU verteidigt. Gleichzeitig arbeitete sie unermüdlich für den Schutz der EU- Bürgerinnen und Bürger – sei es vor Kriminalität, Waffengewalt, Extremismus oder Cyberkriminalität. Derzeit bemüht sie sich um ein effizienteres und gerechteres europäisches Asyl- und Migrationssystem, beruhend auf Solidarität und Respekt für die Grundrechte.



Was viele nicht wissen: Acht der 28 EU-Kommissare kommen aus dem liberalen Lager. Die Mitglieder der Kommission der Europäischen Union, die EU-Kommissare, werden von den Regierungen der EU-Staaten nominiert und vom Europäischen Parlament bestätigt. Sie kümmern sich vor allem um die Durch- und Umsetzung europäischen Rechts. Nicht minder wichtig: Die Kommission hat das Initiativrecht für neue Rechtsakte. Die Kommissionsmitglieder sollen in ihren Entscheidungen unabhängig sein und nur die gemeinsamen Interessen der Union, nicht die ihrer jeweiligen EU-Herkunftsstaaten, vertreten. *liberal* stellt sie vor. // ZUSAMMENGESTELLT VON JULIE CANTALOU

Máire Geoghegan-Quinn

Die Irin Máire Geoghegan-Quinn (63) war nicht nur die zweite Frau in der irischen Geschichte überhaupt, die einen Ministerposten erhielt, sie ist auch seit 2010 EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft. Während ihrer Amtszeit konnte sie die Mittel für das Programm für Wissenschaft und Innovation „Horizont 2020“ erheblich erhöhen. Von Investitionen in Wissenschaft und Wettbewerbsfähigkeit sei Europas Fähigkeit abhängig, ein Innovationszentrum zu bleiben, betont Geoghegan-Quinn. Ohne Innovation könnten weder neue Arbeitsplätze geschaffen, noch die bestehenden gesichert werden.



Janez Potočnik

Umweltkommissar Janez Potočnik (55) meinte unlängst: „Unsere größte Herausforderung ist es, die Basis für eine bessere Wachstumsqualität aufzubauen, die es uns ermöglicht, innerhalb der Grenzen unseres Planeten zu leben.“ Dabei setzt der slowenische Ökonom auf Ressourceneffizienz, nachhaltige Produkte und Produktionsmethoden. Potočnik erhielt 2013 für seine Bemühungen, die Nahrungsmittelverschwendung in Europa bis 2020 zu halbieren, den „Champions of the Earth“-Preis der UN.



Androulla Vassiliou

Mehr als drei Millionen junge Europäer haben seit 1987 vom Erasmus-Programm der Europäischen Kommission profitiert. Die zypriotische EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou (70), hat während ihres Mandats sichergestellt, dass dieses Programm nicht nur weitergeführt, sondern ausgebaut wurde. „Erasmus für alle“ soll im Zeitraum 2014 bis 2020 rund fünf Millionen Menschen die Möglichkeit eröffnen, im Ausland zu lernen und zu studieren. So wird die „Generation Erasmus“ in einigen Jahren zur Schaffung einer paneuropäischen Identität beitragen.



Siim Kallas

Der Este Siim Kallas (65) ist seit 2010 Vizepräsident der Europäischen Kommission. Als Verkehrskommissar setzt er sich für den Abbau technischer und administrativer Hürden ein und verknüpft Flughäfen, Bahnnetze, Häfen, Energienetzwerke und Pipelines quer durch Europa. Kallas will den Wettbewerb auf der Schiene ankurbeln. Dadurch sorgt er für schnellere Verbindungen und sinkende Ticketpreise.



Neelie Kroes

Die niederländische Vizepräsidentin der Kommission Neelie Kroes (72) streitet für die Vollendung des Binnenmarktes im Bereich der Telekommunikation. Als Kommissarin für die Digitale Agenda hat sie beispielsweise die Roaming-Gebühren sukzessive gesenkt – sehr zum Ärger der über 40 großen Telekommunikationsunternehmen in den 28 Mitgliedsstaaten. Dazu meint sie: „Es ist doch absurd, dass wir in Europa die Ausweiskontrollen an den Grenzen abgeschafft haben, aber bei jeder Auslandsreise erinnert uns eine Warn-SMS daran, dass Telefonieren und Surfen jetzt sündhaft teuer wird.“



Karel De Gucht

Der belgische Handelskommissar Karel De Gucht (60) hat das Unmögliche geschafft: Er trieb die Verhandlungen zu einem Transatlantischen Investitions- und Handelsabkommen maßgeblich voran. Bei der Ankündigung der Verhandlungen konstatierte der liberale Flame: „Dies ist das günstigste Stimulierungspaket, das man sich vorstellen kann.“ Die positiven Auswirkungen des Freihandelsabkommens könnten Europa in der Tat helfen, aus dem Teufelskreis von Schulden, Rezession und Produktivitätskrise herauszufinden. Ein solches Abkommen mit den USA führt nach Berechnung von Experten zu einem jährlichen Anstieg des europäischen Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent.



Olli Rehn

Dem Finnen Olli Rehn (51) kommt als Kommissar für Wirtschaft und Währung eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise zu. Nicht nur die Krisenstaaten, sondern alle EU-Mitglieder müssen im Rahmen des Europäischen Semesters ihre Haushaltsentwürfe zur Prüfung an Brüssel schicken. Dies habe einen „glaubwürdigen Rahmen eingeführt, um vernünftige Haushaltspolitiken sicherzustellen und Strukturreformen für Wachstum und Arbeit voranzubringen“, meint der liberale Vizepräsident der Kommission. Sein Grundsatz lautet: „Jeder Schritt hin zu mehr Solidarität muss von Schritten hin zu mehr Verantwortung begleitet werden.“



„Für mich war es der Traum meines Lebens“

Aus neun Staaten bestand die Europäische Gemeinschaft, als die Wahlberechtigten aus den damaligen Mitgliedsländern 1979 das erste supranationale Parlament der Welt

wählten. Mechthild von Alemann war eine der 400 Abgeordneten, die einen Platz im Europäischen Parlament erringen konnten. Für *liberal* erinnert sich die 77-Jährige an seine Anfänge. // TEXT // **BORIS EICHLER**

DIA DUIT!

Eine solche Wahl habe es in der Bundesrepublik noch nie gegeben, schrieb im Juni 1979 *Die Zeit*. „Keine Regierung galt es zu stürzen oder im Amt zu halten, kein Personalplebiszit über einen Kanzler und einen Kandidaten fand statt, die Gegenstände des politischen Meinungsstreits blieben so vage und abstrakt wie die Wahlkampfparolen.“

Aber: Das Europäische Parlament war zum ersten Mal frei gewählt und unter den deutschen Abgeordneten fanden sich auch vier Liberale – für so viele Parlamentarier reichten die sechs Prozent, die die FDP seinerzeit erzielte. Martin Bangemann, Mechthild von Alemann, Heinrich Jürgens und Ulrich Irmer vertraten fortan den deutschen Liberalismus an den damals schon drei Standorten Brüssel, Luxemburg und Straßburg.

„Es war alles unglaublich aufregend. Für mich war das der Traum meines Lebens“, sagt Mechthild von Alemann heute. „Damals war das Parlament noch klein, es gab nur etwas mehr als 400 Abgeordnete. Die Liberalen hatten 40 Mandate. Das war natürlich



„DIE PARTEI-
EN HATTEN SO
VIELE FRAUEN
AUF DIE LIS-
TEN GESETZT,
WEIL DIE
MÄNNER EU-
ROPA NICHT
SO WICHTIG
FANDEN.“

Mechthild von Alemann

können Sie Ihren Einfluss geltend machen. Wenn die Themen erst im Plenum waren, war es schon zu spät, noch etwas zu ändern.“

Dazu kamen nicht unwichtige Details in der Parlamentsarbeit, die anders als in der Heimat gestaltet waren. „Im Europäischen Parlament sprechen Sie ja nicht als Oberlehrer vom Pult aus an das Parlament, sondern Sie sprechen von Ihrem Platz aus“, erklärt von Alemann. „Das ist nicht nur technisch interessant, sondern auch viel schwieriger. Sie müssen sich sehr konzentrieren, denn Sie haben kein Pult, auf dem Sie ein Manuskript ablegen könnten.“ Zudem

etwas intimer als heute, man lernte sich schnell kennen.“ Selbst für erfahrene Parlamentarier brachte die supranationale Parlamentsarbeit viel Neues. Da war zunächst das Sprachenproblem. Für Mechthild von Alemann zeigte sich schnell die Notwendigkeit, Französisch zu lernen. „Im Plenum wurde zwar übersetzt, aber die informellen Gespräche führten die Parlamentarier auf Französisch – und da

unterschied sich die Arbeit in der Fraktion von dem, was von Alemann bislang kannte. So fiel es keiner Fraktion leicht, das, was man sozialdemokratische oder liberale Politik nennen konnte, von den nationalen Interessen zu trennen, die für viele Abgeordnete prioritär waren.

„Die Fraktionszugehörigkeit spielte im Europäischen Parlament nicht eine so große Rolle wie auf nationaler Ebene. Diese Freiheit haben wir aber auch genossen“, erinnert sich von Alemann. „Die Franzosen fühlten sich oft eher ihren Landsleuten im Parlament als der liberalen Fraktion verbunden. Hier habe Martin Bangemann, von 1979 bis 1984 Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion, sehr viel zusammenhalten können, weil er schon zuvor als Europaabgeordneter tätig war und vor allem, so von Alemann, „brillant französisch sprach“. Es habe immer wieder Situationen gegeben, in denen die Belgier oder Franzosen sagten: „Hör mal, damit können wir nicht nach Hause kommen.“ Bangemann habe dann aber doch einen Weg oder Umweg zu einer Lösung gefunden. „Dabei hat ihm sicher seine beeindruckende Statur geholfen.“

Bangemann war es auch, der schon vor der ersten Wahl ausgehandelt hatte, dass die

Europa liberal



Plakat zur Europawahl 1979: Hans-Dietrich Genscher, Mechthild von Alemann und Martin Bangemann.

Liberalen den ersten Präsidenten des Europäischen Parlaments stellen würden. Das war sehr symbolträchtig, ebenso, dass es dann eine Frau wurde. Heute würden die großen Fraktionen diesen Posten nicht mehr aus den Händen geben.“

Jene Frau, die erste Parlamentspräsidentin, gehört zu den prominenten Europäerinnen dieser Zeit und steht bis heute wie kaum eine andere für den europäischen Einigungsprozess: die Französin Simone Veil. Für Mechthild von Alemann beinhaltet die Zusammenarbeit mit Simone Veil jedoch eine weitere Dimension. Denn Zusammenarbeit mit Veil, das war auch Zusammenarbeit mit einer Überlebenden von Auschwitz. „Für sie bedurfte es zunächst einiger Überwin-

dung, mit einer jungen Deutschen wie mir Kontakt zu haben“, erinnert sich von Alemann. „Aber es ging. Aus irgendeinem Grunde waren wir uns zugetan. Wir haben oft über den Holocaust gesprochen. Das hat mich sehr geprägt und war auch eine persönliche Bereicherung für mich.“

Gelegenheit, sich mit anderen Parlamentarierinnen auszutauschen, gab es übrigens rechnerisch nicht häufig: Der Frauenanteil lag 1979 bei gerade einmal 16 Prozent. Was heute mager klingt, war aber zu einer Zeit, als Männer im Bundestag 92 Prozent der Abgeordneten stellten, ein Erfolg. Von Alemann: „Die Parteien hatten so viele Frauen auf die Listen gesetzt, weil die Männer Europa eher nicht so wichtig fanden.“ ●

Wie alles begann

1979 wird das Europäische Parlament (EP) zum ersten Mal direkt gewählt. Zuvor hatten die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten ihre eigenen Abgeordneten entsandt, die dann nationale und Europaabgeordnete zugleich waren. 1979 gehören nur neun Mitgliedsstaaten zur Europäischen Gemeinschaft (EG) – die EU gibt es noch nicht, sie wird erst 1992 gegründet. Im Juni 1979 entsenden die Mitgliedsstaaten 410 Abgeordnete nach Straßburg. Bis heute sind Staaten mit einer relativ geringen Einwohnerzahl überproportional stark im EP vertreten, während bevölkerungsreiche Länder unterrepräsentiert sind. Das Europäische Parlament ist nicht nur das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union, sondern die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit. Das Parlament ist gemeinsam mit dem Rat als Gesetzgeber tätig, übt gemeinsam mit ihm Haushaltsbefugnisse aus und nimmt die politische Kontrolle wahr. Des Weiteren soll es beratend tätig werden und den Kommissionspräsidenten wählen. Die Liberalen sind im Europäischen Parlament zur „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) zusammengeschlossen.



Europawahlkampf 1979: Mechthild von Alemann, Barthold C. Witte und einige Wahlhelfer mit FDP-Fähnchen

„Freie Menschen in einer freien Marktwirtschaft“

Im Vergleich zum Abschneiden der FDP bei der jüngsten Bundestagswahl dürfen liberale Parteien bei der Europawahl auf ein gutes Ergebnis hoffen. Im Interview spricht der Vorsitzende der Liberalen Internationalen, Hans van Baalen, über das liberale Nord-Süd-Gefälle, unterschiedliche Strömungen innerhalb des freiheitlichen Lagers und die Rolle des deutschen Liberalismus in Europa.



// INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

HANS VAN BAALEN

Der Niederländer Hans van Baalen ist seit 2009 Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) im Europaparlament und seit diesem Jahr auch Vorsitzender der Liberalen Internationalen. In seiner Heimat gehört er der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) an.



Herr van Baalen, über liberale Parteien außerhalb Deutschlands ist den meisten Deutschen nicht viel bekannt. Verteilt sich der organisierte Liberalismus gleichmäßig über den Kontinent oder gibt es weiße Flecken?

Weißer Flecken gibt es nicht, aber eine ungleichmäßige Verteilung. In Nordwesteuropa gibt es große liberale Parteien, zum Beispiel in den Niederlanden die VVD mit 41 von 150 Sitzen als führende Regierungspartei, dazu mit der D66 eine zweite liberale Partei. Auch in Großbritannien haben wir inzwischen eine starke liberale Partei. Die Libdems sind als Koalitionspartner eine führende Kraft in Großbritannien. Gut sieht es auch in Dänemark aus und natürlich in Deutschland, denn ich gehe davon aus, dass die FDP nur vorübergehend nicht im Bundestag vertreten sein wird. Die FDP wird dorthin zurückkehren und auch stark im neuen Europaparlament vertreten sein, das ist meine Überzeugung.

Demnach sind die Liberalen im Süden eher dünn gesät?

Die Liberalen im Süden tragen oft nicht einmal das Wort „liberal“ im Parteinamen, wie in Italien oder Frankreich. In Spanien gibt es nur in Katalonien eine

starke liberale Partei. In Österreich gibt es mit Neos eine neue, erfolgreiche liberale Kraft. In Ungarn hatten wir damals mit Fidesz und SZDSZ führende liberale Parteien. Fidesz ist jetzt eine konservative Partei und SZDSZ besteht leider nicht mehr. Ich bin aber insgesamt zuversichtlich und glaube, dass es im neuen Europaparlament eine ALDE-Fraktion mit erneut etwa 85 oder 90 Mitgliedern geben wird.

Gibt es eine Erklärung für das liberale Nord-Süd-Gefälle in Europa?

Es gibt Erklärungsansätze. Zum Beispiel fällt auf, dass die Liberalen dort stärker sind, wo sich der Protestantismus durchgesetzt hat. Das hat nicht direkt religiöse Gründe, aber die Tugend der Sparsamkeit ist im Protestantismus ebenso verwurzelt wie bei den Liberalen, für die grundsätzlich das Ethos gilt, für sein Brot zu arbeiten und keine Schulden zu machen; eine transparente Gesellschaft mit einer ausgeprägten Gleichberechtigung gehören ebenso dazu. Italienische und französische Katholiken halten dagegen mehr von Korporatismus und Sozialstaat, für sie sind Regeln weniger wichtig als Beziehungen. Ausnahmen wie Katalonien bestätigen die Regel.



„DIE FDP WIRD IN
DEN BUNDESTAG
ZURÜCKKEHREN
UND AUCH STARK
IM NEUEN EUROPA-
PARLAMENT
VERTRETEN SEIN.
DAS IST MEINE
ÜBERZEUGUNG.“

Auch innerhalb des liberalen Lagers gibt es Strömungen - wie bringt man das auf europäischer Ebene unter einen Hut?

In meiner Heimat gibt es beispielsweise in der Integrationspolitik unterschiedliche Ansätze bei der VVD und bei D66: Wir von der VVD fordern stärkere Integrationsleistungen bei den Einwanderern ein. In der Frage der europäischen Einigung kann sich die D66 einen Bundesstaat vorstellen, wir glauben nicht, dass das Europaparlament die Rolle der nationalen Parlamente übernehmen sollte. Was jedoch individuelle Freiheit anbelangt oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder zwischen Hetero- und Homosexuellen, sind wir auf einer Linie. Auch in der Wirtschaftspolitik gibt es keine so großen Unterschiede. Wir haben insgesamt die gleiche Wertegrundlage. Diese Spannungsbögen finden Sie in den anderen politischen Lagern auch, wo etwa bei der Europäischen Volkspartei die Anhänger Berlusconi mitmischen.

Sie haben die FDP als starke liberale Kraft beschrieben. Wie hat sich das auf europäischer Ebene gezeigt?

In vielfacher Hinsicht. Zunächst hat sich die FDP immer als eine ausgesprochen gut organisierte Partei gezeigt. Und inhaltlich war die FDP immer stabil im Eintreten für ihre Kernwerte der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit. Diese Kombination, freie Menschen in einer freien Marktwirtschaft, ist zudem von Politikern von Format wie Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff transportiert worden. Das hat die Partei in gewisser Weise zu einem Riesen in Europa gemacht und auch zu weltweiter Anerkennung geführt. Die FDP bedeutet etwas in Europa und in der Welt. Auch die Rolle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrer internationalen Arbeit ist in diesem Zusammenhang wichtig. Deren Vorsitzender, Wolfgang Gerhardt, und seine „Naumänner“ sind für uns nicht nur Partner, sondern Familie. Die Schlappe der FDP bei der Bundestagswahl war auch für uns ein Schock - und ein Rückschlag zugleich.

Obwohl die FDP auf europäischer Ebene noch im Rennen ist?

Ja, das ist sie und wird sie auch bleiben. Aber ihre Stärke hängt auf Dauer natürlich von ihrer nationalen Präsenz ab. ●

WAS DAS AUSLAND TITELT

ישראל היום

יום שישי 14/01/14
יציאת חמה
ללא שינוי מזג האוויר
1845 שעות חשיכה
www.israelhayom.co.il

העולם היום
27 זוגות הנבחרים של נשיא צרפת: חובנה נטחון

תרבות היום
31 דיקטטורה נקמה את גלובוס הזהב

ספורט היום
53 חונאליז נבחר לשחקן הטוב בעולם ב-2013

64 ילדים ענק עומדים

הצנחנים נפרדו בירי כבוד • חמאס נפרד ב-2 קסאמים מעזה

פרידה בשני מטחים

כשאורנו נישא על ידי שמונה אלופים הובא ראש הממשלה ה-11 של ישראל, אריאל שרון, למנוחות לצד רעייתו לילי • נתניהו ספד: "למרות המחלוקות - עברנו בשיתוף פעולה למען ביטחון ישראל" • הנשיא פרס נזכר: "אמרו שנוגדת לגדולות" • בידן חלק כבוד אחרון: "הבנתי מדוע כונה 'הבולדור'" • הרמטכ"ל הצדיע: "נוח בשלום, המפקד" • גדי גולן וגדעון אלון, עמ' 02-09

שמונת האלופים נושאים את ארונו של שרון

מטחי הכבוד

צילום: אי.פי

יציחק (בז"ר) הרצוג
אישיות מורכבת
וראוי להערכה
עמ' 07

אמילי עמרסי
בית חרושת
ליזכרון קולקטיבי
עמ' 07

דן מרגלית
אחרי הזיכרונות:
המסך יורד
עמ' 07

חיים שיין
איש גדול
טעויות גדולות
עמ' 03

אייך אומרים "ג'חנן" בעברית? חפשו במילון התימני הראשון
עמ' 21

"בגלל העסקה המשתלמת ביותר"
לחצו לפרטים
ELECTRA Bar
לשם מתקדם שיר

"בגלל הסטן הייחודי המסע נגד עופרת וכספית"

"התקדמו בגלל מסך Full Touch"
מסך Full Touch

Welche Ereignisse als wesentlich gelten, hängt vom jeweiligen Land und seiner politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Wir zeigen in jeder Ausgabe von *liberal* die Titelseite einer ausländischen Zeitung und reißen in kurzen Übersetzungen die Themen an.

Diesmal die **ISRAEL HAYOM (ISRAEL HEUTE)**, vom 14. Januar 2014



ISRAEL HAYOM (ISRAEL HEUTE)

Israel HaYom ist die auflagenstärkste Tageszeitung. Sie ist kostenlos und erreicht etwa ein Drittel der Bevölkerung. Ihr publizistisches Vorbild ist *USA Today*, Gründer, Besitzer und Geldgeber der Zeitung ist der amerikanische Multimilliardär Sheldon Adelson, der namhafte Journalisten von anderen Zeitungen abwarb. Politisch ist sie gemäßigt konservativ und steht Benjamin Netanjahus Likud-Partei nahe.

53 Sport heute

Ronaldo zum Weltfußballer
2013 gewählt

31 Kultur heute

DiCaprio gewinnt
Golden Globe

27 Die Welt heute

Die Lebensgefährtin des französischen
Präsidenten will verzeihen

Weiß auf Rot über der Headline: **Fallschirmspringer kondolieren mit Salutschüssen /
Hamas kondoliert mit zwei Kassams aus Gaza**
Headline: **Abschied auf zwei Schießständen**

Acht Generäle trugen den Sarg des elften Ministerpräsidenten Israels, Ariel Scharon, der neben seiner Ehefrau Lily beigesetzt wird / Netanjahu: „Trotz unterschiedlicher Ansichten arbeiteten wir gemeinsam für Israels Sicherheit.“ / Peres erinnert: „Scharon war dazu geboren, Großes zu vollbringen.“ / Biden kondolierte zuletzt: „Man verstand sofort, warum er den Spitznamen ‚Bulldozer‘ trug.“ / Generalstabschef salutiert: „Mögen Sie in Frieden ruhen, Commander.“ Gadi Golan und Gideon Alon Seite 2–9

Bildunterschrift:

Rechts: Acht Generäle tragen Scharons Sarg
Mitte: Salutschüsse
Links: Fotos: IP



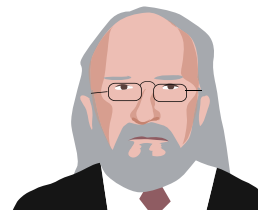
Jitzchak Herzog (Arbeiterpartei Avoda)
Komplexe, lebenswürdige
Persönlichkeit
Seite 7



Emily Amrussi
Eine Fabrik für
kollektive Erinnerungen
Seite 7



Dan Margalit
Nach den Erinnerun-
gen fällt der Vorhang
Seite 7



Haim Shine
Ein großer Mann mit
großen Fehlern
Seite 3

Weiß auf Rot:

Was heißt „Jachnun“ auf Hebräisch?
Schlagen Sie im ersten jemenitischen Wörterbuch nach / Seite 21

Allein machen sie Dich ein



Wie alles begann: Kundgebung der „Rote Hilfe Deutschlands“, 1931 im Veranstaltungssaal „Conventgarten“ in Hamburg.

Die Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe e. V. unterstützt Angeklagte aus dem politisch linken Spektrum, darunter inhaftierte ehemalige Mitglieder der RAF. Kritikwürdig ist vor allem, wie der Verein Strafprozesse begleitet: Er gewährt nur jenen Hilfe, die jede Zusammenarbeit mit Justiz und Polizei verweigern. Wer Reue zeigt, dem wird die Unterstützung versagt. // TEXT // **KARSTEN DUSTIN HOFFMANN**

Über kaum eine radikal linke Organisation ist in den letzten Jahren so viel geredet und geschrieben worden wie über die Rote Hilfe. Aber kaum jemand weiß, wie die linke Gefangenenhilfsorganisation arbeitet und was ihre Ziele sind. Wer in einer Bibliothek nach Texten über die Rote Hilfe sucht, wird nur solche finden, die von ihr selbst oder nahestehenden Autoren verfasst wurden. Dabei haben linke Hilfsorganisationen in Deutschland eine lange Geschichte. In der Weimarer Republik gründete sich im Umfeld der Kommunistischen Partei die „Rote Hilfe Deutschlands“, um inhaftierte Parteimitglieder zu unterstützen. Unter Leitung Clara Zetkins entwickelte sie sich zu einer Massenorganisation mit über einer halben Million

Mitgliedern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde sie verboten und zerschlagen. Nicht wenige ihrer Funktionäre wurden umgebracht.

Die Rote Hilfe, die heute immer wieder Thema politischer Auseinandersetzungen ist, orientiert sich am historischen Vorbild, steht zu diesem jedoch weder in personeller noch in organisatorischer Kontinuität. Vielmehr handelt es sich um eine Neugründung aus den 70er-Jahren. Infolge der Studentenbewegung waren Mao Zedong und Ho Chi Minh in akademischen Kreisen salonfähig geworden. Die jungen Revolutionäre veranstalteten nicht nur „Teach-ins“ und Demonstrationen, sondern sie suchten die physische Konfrontation mit den Autoritäten - und letztlich mündete die Radikalisierung der Linken im Terror der RAF. Ihre Geschichte und die der Verhaftung ihrer Anführer wurde schon viele Male erzählt und ist deswegen an dieser Stelle entbehrlich. Für die Wiedergründung der Roten Hilfe von erheblicher Bedeutung ist dagegen, dass die Zahl der Strafverfahren gegen linke Politaktivisten in den 70er-Jahren beträchtlich zunahm. Infolgedessen gründeten sich in mehreren westdeutschen Städten Anwaltskollektive und Unterstützergruppen für inhaftierte Genossen wie die RAF-Mitglieder Horst Mahler, Monika Berberich und Irene Goergens.

Die Bündelung der bis dahin unabhängig voneinander arbeitenden Kollektive zu einer bundesweiten Organisation gelang erst ein halbes Jahrzehnt später durch die maoistische K-Gruppe „KPD/ML“ („Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“). Diese Splitterpartei - bei Wahlen erhielt sie im Schnitt etwa 0,05 Prozent der Stimmen - wäre vermutlich völlig in Vergessenheit geraten, hätte sie nicht am 22. März 1975 eine Neugründung der „Roten Hilfe Deutschlands“ (RHD) gewagt. Allerdings bewegte sich die neue Rote Hilfe ideologisch zunächst so eng an der Mutterpartei, dass sie den Großteil ihrer Mitglieder aus der KPD/ML rekrutierte.

Im Laufe der 80er-Jahre sank das Interesse an kommunistischen Parteien, was sich für die RHD in sinkenden Mitgliederzahlen bemerkbar machte. Während die KPD/ML ihren endgültigen Niedergang



Werbung in Fraktur: Die Rote Hilfe Deutschlands propagiert den Kampf gegen Faschismus und bürgerliche Klassenjustiz.

erlebte, gelang es der RHD, sich von der Mutterpartei zu lösen und den Protestbewegungen anzunähern. Dafür war es notwendig, die als sektiererisch empfundene Ideologie der KPD/ML abzulegen. Hatte die RHD in ihrem Programm von 1975 noch die Wiedervereinigung beider deutscher Teilstaaten gefordert und die DDR als „faschistischen“ Staat unter „sozialistischem Deckmantel“ beschimpft, wurde das Thema Deutschland bis zur Wiedervereinigung konsequent gemieden und das lästige Wort aus dem Vereinsnamen getilgt. Der neue und bis heute gültige Name der RHD lautete „Rote Hilfe e. V.“.

»



Fundraising: Solidaritätsverlosung der „Roten Hilfe Deutschlands“ für die Verteidigung der proletarisch-politischen Gefangenen und zur Unterstützung der Angehörigen aus dem Jahre 1931.



Demo in Berlin:

Transparent der „Roten Hilfe“ zur Ausstellung „Die RAF“, 2005 in der Galerie Kunst-Werke.

Der ideologische Bruch erwies sich als erfolgreich. Vor allem Mitglieder der Anti-AKW- und der Hausbesetzerbewegung, die sich mit Strafverfahren konfrontiert sahen, griffen gern auf die Erfahrung und die Strukturen der Roten Hilfe zurück. Heute steht sie mit etwa 6.000 Mitgliedern in knapp 40 Ortsgruppen so gut da wie lange nicht. Ihre Zeitung erscheint viermal im Jahr in einer Auflage von circa 7.500 Exemplaren und ist bundesweit im Zeitschriftenhandel erhältlich. Die Rote Hilfe ist wie die Partei „Die Linke“ eine der erfolgreichsten strömungsübergreifenden Organisationen im linken Spektrum. Und wie die „Die Linke“ stellt sie ein Scharnier zwischen demokratischen und antidemokratischen Kräften dar.

Die Erfolgsgeschichte der Roten Hilfe ist die Geschichte linker Solidarität. Das linksradikale Spektrum setzt sich aus unterschiedlichsten ideologischen Strömungen zusammen, aber die Solidarität untereinander ist deutlich stärker als etwa im rechten Spektrum. Wird eine linke Gruppe zum Ziel politischer Angriffe, so wird nicht gefragt, ob die Vorwürfe berechtigt sind, sondern eine „Soli-Demo“ vorbereitet. Während im rechten Spektrum interne Gegner schon mal den Behörden ausgeliefert werden, wäre dies im linken Spektrum undenkbar. Dem zugrunde liegt ein Politikverständnis, das die politische Linke als einzig



Die Klienten von heute:

Militante Demonstranten werfen in Rostock nach einer Großdemonstration gegen den geplanten G8-Gipfel in Heiligendamm Steine auf Polizeibeamte.

wahre Befreiungsbewegung betrachtet und jeden als Feind ansieht, der sich nicht als links versteht.

Die Rote Hilfe ist nicht der kleinste gemeinsame Nenner der politischen Linken, sie ist Ausdruck dieser Solidarität. Wenn es zu Gerichtsverfahren gegen linke Straftäter kommt, erstreckt sich das Feld der Unterstützer bis weit in die demokratischen Parteien. In den letzten Jahren bekannten sich führende Politiker von Grünen, Die Linke, Piratenpartei und sogar der SPD zur Roten Hilfe – darunter Franziska Droschel als Bundesvorsitzende der Jusos, ebenso die Bundesvorsitzende der Grünen Jugend, Sina Doughan, Oliver Höfinghoff von der Piratenpartei und Norbert Müller von „Die Linke“. Von den eben genannten ist Franziska Droschel übrigens die Einzige, die – wenn auch halbherzig – den vorläufigen Schlussstrich zog. Dafür unterzeichneten unmittelbar nach ihrem Austritt über 30 SPD-Politiker eine Solidaritätserklärung für die Rote Hilfe. Droschels Solidarität war in ihrer Partei offensichtlich kein Einzelfall.

Angesichts der Sympathie, die Vertreter etablierter Parteien der Roten Hilfe entgegenbringen, stellt sich die Frage, ob die Kritik an ihr berechtigt ist. Ihrem Selbstverständnis zufolge unterstützt sie „politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum“. Sie gibt Tipps, wie sich „Übergriffe“ der Polizei abwehren lassen – etwa durch „das geordnete Kettenbildern“ auf Demonstrationen. Die eigentliche Arbeit beginnt jedoch, wenn Aktivisten von der Polizei festgenommen werden. Die Rote Hilfe vermittelt Anwälte, begleitet das Verfahren mit Berichten und Solidaritätsaktionen und sie bietet den Inhaftierten moralische Unterstützung. Vor allem aber übernimmt sie einen Großteil der Kosten – im Regelfall 50 Prozent, in sozialen oder politischen Härtefällen auch den gesamten Betrag. Im Jahr 2005 will die Rote Hilfe auf diese Weise insgesamt 150.000 Euro ausgezahlt haben. Ohne Zweifel stellt dies grundsätzlich ein legitimes Engagement dar, denn die Unschuldsvermutung gilt auch für Menschen, die im Verdacht stehen, extremistische Straftaten begangen zu haben.

Kritikwürdig ist jedoch die Art und Weise, wie die Rote Hilfe die Strafprozesse begleitet. Ob die Aktivisten schuldig oder unschuldig sind und welches Delikt ihnen vorgeworfen wird, ist für die Organisation nicht von Interesse. Sie beteiligt sich nicht nur an den Verfahrenskosten, sondern im Falle einer Verurteilung auch an der Geldstrafe – womit sie die Strafzwecke des Rechts untergräbt. Gravierender erscheint jedoch die Einflussnahme der Roten Hilfe auf die Angeklagten selbst. Sie unterstützt nur diejenigen, die jede Zusammenarbeit mit Justiz und Polizei verweigern. Wer vor Gericht Reue zeigt, muss damit rechnen, dass die Rote Hilfe ihm die Unterstützung versagt.

Derartige Fälle dokumentiert die Organisation in ihrer Mitgliederzeitschrift: So wurde einem Aktivisten die Unterstützung verweigert, weil er sich zu seiner Verteidigung auf seine Juso-Mitgliedschaft berufen hatte. In einem anderen Fall kürzte die Rote Hilfe ihre Zuschüsse auf 30 Prozent, weil sich der Beschuldigte im Strafverfahren von Gewalt distanzierte. Und als ein Angeklagter vor Gericht verlauten ließ, er habe sich nur verummmt, weil ihm kalt gewesen sei, sah die Rote Hilfe darin eine „Gerade-eben-noch-nicht-ganz-Distanzierung von antifaschistischen Selbstschutz-Konzepten“. Es geht der Organisation also keineswegs um das Wohl der Angeklagten, stattdessen stets um das der gesamten linksradikalen Bewegung.

Deren Ziel ist es, die herrschende politische Ordnung zu überwinden. Das erklärt auch, warum die Rote-Hilfe-Zeitung in der Ausgabe vom Frühjahr 2013 ihre Leser dazu animierte, Gerichtsurteile selbst nach Haftantritt noch nicht als endgültig anzusehen: Immerhin sei es schon vielen Genossen gelungen, ihre Haft frühzeitig durch „gesprengte Wände“, den Austausch von Geiseln oder durch Intervention von außen zu beenden. Als beispielhaft sah das Redaktionsskollektiv die Befreiung Andreas Baaders durch die RAF an. Dass damals ein 62-jähriger Unbeteiligter niedergeschossen und schwer verletzt worden war, stellt offenbar kein moralisches Hindernis dar.

Mangels einschlägiger Fälle unterstützt die Rote Hilfe heute nur noch selten ehemalige RAF-Terroristen und Stasi-Mitarbeiter – dafür autonome Gewalttäter, PKK-Aktivisten oder den wegen Mordes an einem Polizisten verurteilten Mumia Abu-Jamal. Die Bundesregierung stellte 2010 fest, es handele sich bei der Roten Hilfe um eine Gruppierung, deren Ziel es sei, „gewaltbereite Linke in ihrem Kampf gegen die bestehende Ordnung zu stützen“. Damit lag sie offensichtlich nicht falsch. Der Linksextremismus der Roten Hilfe ist so offensichtlich wie der Katholizismus des

Papstes. Deswegen ist die Empörung über ihre Unterstützung aus den etablierten Parteien richtig. Die etwas einseitige Fokussierung auf die Rote Hilfe offenbart jedoch das eigentliche Problem: Sie steht im Mittelpunkt, weil andere Projekte den Spitzen der bürgerlichen Parteien oftmals gar nicht bekannt sind und die Sozialwissenschaften sie in den letzten Jahrzehnten fast völlig ignoriert haben. Dabei gibt es weitaus radikalere Akteure als die Rote Hilfe: etwa die Autonomen Zentren, die antiimperialistische „Rote Szene“ oder die Internetseite „Linksunten“, von denen ganz offen zu schweren Straftaten aufgerufen wird. Aber im Hinblick auf Rechts- und Linksextremismus wird in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen. Wäre die Rote Hilfe eine rechte Organisation – sie wäre längst verboten. ●



Deutscher Herbst: Am 7. April 1977 tötete ein Kommando der RAF Generalbundesanwalt Siegfried Buback (rechts hinten) sowie seinen Fahrer (links) in Karlsruhe.



KARSTEN DUSTIN HOFFMANN ist Politikwissenschaftler und Gründer der Bibliografie zur Linksextremismusforschung BiblioLinX.
post@karstendustinhoffmann.de

Der Krake



Vor 30 Jahren trat Fernsehkommissar Corrado Cattani seinen Dienst an: Schnell entwickelte sich „Allein gegen die Mafia“ zu einem Meilenstein der TV-Geschichte. Zehn Staffeln wurden gedreht, und auch das deutsche Publikum saß gebannt vor dem Fernseher. Zu verdanken ist dieser Erfolg vor allem Regisseur Damiano Damiani und Hauptdarsteller Michele Placido.

// TEXT // SANDRO MATTIOLI

Commissario Cattani ist um seinen Job nicht zu beneiden: Kaum jemandem kann er vertrauen, seinen Vorgänger hat die Mafia erschossen, und kaum hat er seinen Dienst angetreten, wird auch ihm selbst der allzu blutige Ernst seiner Arbeit schnell klar: Eine seiner wenigen Vertrauenspersonen, sein Vizekommissar Leo De Maria, bekommt von einem inhaftierten Mafioso Informationen zugesteckt. Doch noch bevor er sie seinem Chef weitergeben kann, liegt er schon niedergestreckt in einer Bar. Was für ein dramatischer Auftakt!

Es war der Beginn eines immensen Fernserfolgs: In 80 Länder wurde die Serie verkauft. Die Koproduktion des deutschen ZDF und der italienischen RAI ging in Deutschland erstmals am 6. Mai 1984 auf Sendung. Hier wie in Italien war sie von der ersten Stunde an ein Publikumsliedling. Neun Staffeln sollten folgen, in Italien waren es sogar zehn, die letzte wurde im Jahr 2003 gedreht.

Die Mafia ist im Jahr 1984 zwar schon längst in Deutschland aktiv, doch es wird nicht viel von ihr gesprochen. Viele Mitglie-



Der lange Arm der Mafia: Commissario Cattani (Michele Placido) ermittelt am Tatort. Opfer der Gewalttat war Salvatore „Acciduzzo“ Frolo (Mario Adorf).

der der süditalienischen Verbrecherorganisationen - der Cosa Nostra aus Sizilien, der 'Ndrangheta aus Kalabrien, der Sacra Corona Unita aus Apulien und der Camorra aus Neapel - waren schon Jahrzehnte zuvor ins Land gekommen. Sie reisten wie viele andere, unbescholtene Italiener infolge der deutsch-italienischen Anwerbeverträge aus dem Jahr 1955 als Gastarbeiter ein. Doch die Mafia in Deutschland blieb lange unauffällig. Im Jahr 1984 macht sie in Deutschland lediglich in Form dieser TV-Serie von sich reden, aber nicht wegen ihrer kriminellen Geschäfte oder gar blutiger Fehden zwischen den einzelnen mafiösen Familien. Erst rund zehn Jahre später und nach einigen öffentlichkeitswirksamen Hinrichtungen von Mafiosi, zum Beispiel in Mannheim, sollte sich das ändern.

Mit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 setzen sich die Clans in Deutschland dann richtig fest. Immense Investitionen fließen in die damals neuen Bundesländer, zugleich verstecken sich in Italien gesuchte Kriminelle in der bundesdeutschen Idylle. Und dann, in den 90er-Jahren, tötet die Mafia auch - und den deutschen Sicherheitskräften wird schlagartig klar, dass es ein massives Problem in ihrem Land gibt. Die Mafia-Morde sorgen für Aufsehen, der Druck auf die Ermittler bei der Polizei und den Landeskriminalämtern wächst. „Wir haben damals Kronzeugen aus Italien eingeladen, um überhaupt ein Basiswissen über die Mafia zu bekommen“, berichtet ein ranghoher Ermittler eines Landeskriminalamtes über diese Zeit. „Wir wollten wissen, wo welche Clans vertreten sind, welche Geschäfte sie machen.“

Der geübte Fernsehzuschauer verfügte da schon längst über Basiswissen: Bereits die erste Staffel der Serie „Allein gegen die Mafia“ hatte in nur sechs Folgen ein realistisches Bild über das Wirken der Verbrecherbande auf Sizilien vermittelt, über das komplexe Geflecht, in dem die Mafia überhaupt erst existieren kann, ihre Verflochtenheit mit

dem Staatsapparat und gesellschaftlich höheren Schichten. Auch die Funktion der Kirche wurde thematisiert und natürlich immer die Nöte und Schwierigkeiten der Polizei bei ihrer Arbeit. Die weiteren Folgen vertieften diese Sicht.

Zur besten Sendezeit, am Sonntagabend um halb acht, konnten die deutschen Zuschauer nun einen engagierten und aufrichtigen Ermittler bei seiner Arbeit beobachten, aber nicht nur dort. Die heute allgegenwärtige Präsenz des Privaten, wie man sie etwa aus „Tatort“-Krimis kennt, hat die Serie ebenfalls vorweggenommen: Der Commissario war hübsch, seine Frau Else ebenso, dazu eine kleine Tochter und eine kurze Affäre der Gattin - eben doch keine Musterfamilie. Schon von der ersten Folge der Serie an plagten sich der schöne Corrado und die blonde Else mit ihren Beziehungsproblemen, küssten sich zugleich aber auch vor Cattanis Vorgesetzten. Welch frischer Wind im Fernsehen!

Dies ist aber nur eine Erklärung für den immensen Erfolg in Deutschland. Denn den Machern von „Allein gegen die Mafia“ ist etwas gelungen, was selten gelingt: Sie haben

eine bis dato weithin unreflektierte Realität in den Fokus gerückt und einer breiten Öffentlichkeit ein Bild von der Mafia vermittelt. In Deutschland hat wenige Jahre zuvor eine strukturell ähnliche Serie für Furore gesorgt, obgleich thematisch komplett verschieden: die US-amerikanische Serie „Holocaust“. Sie zwang der deutschen Öffentlichkeit im Jahr 1978 eine Diskussion über die Gräueltaten des NS-Staates auf.

Das wollte auch Damiano Damiani, der prägende Kopf hinter dieser Serie. Der italienische Regisseur hatte bereits in den Jahren zuvor mit mehreren Mafia-Filmen Erfolge gefeiert. Mit dieser Serie verfolgte er nun einen gesellschaftspolitischen Ansatz. Er wollte die Zuschauer nicht nur informieren, sondern zugleich aufrütteln. Seine Mafia-Thriller folgten einem Muster, das sich auch in „Allein gegen die Mafia“ fand, im Original „La Piovra“ (Der Krake) genannt. Dabei knüpft sich ein „sauberer“ Ermittler aus dem Norden Italiens den schmutzigen Süden vor, um den Sumpf aus Mafia, Politik, Wirtschaft und Klerus trockenzulegen. In einem Interview erklärte Damiani einmal sein Anliegen: „Wir können zwar die Wirk-



Schusswechsel: Corrado (Michele Placido, r.) verteidigt Puparo (Marcello Tusco, l.) gegen angreifende Mafiosi.

**Der Meister:**

Regisseur Damiano Damiani galt als Experte für die Verflechtungen zwischen Mafia und Politik.

lichkeit nicht verändern mit unseren Filmen, aber ich kann dazu beitragen, ein Klima der Veränderung zu schaffen, eine geistige Bereitschaft, Veränderung anzustreben.“

Leider hat auch der große Erfolg der Serie nicht vermocht, den Mafiaorganisationen in Italien ein Ende zu bereiten. Sie hätten sich nur verändert, sagte Leoluca Orlando, lange Jahre Palermos Bürgermeister und ein Antimafia-Aktivist, in einem Interview. „Viele glauben noch immer, dass die Mafiosi in Deutschland so auftreten wie in alten Filmen und Leute mit einem Messer bedrohen.“ Am deutlichsten zeigten sich die Veränderungen in den Spitznamen der Bosse. Wurde Toto Riina wegen seiner Grausamkeit damals noch „Die Bestie“ gerufen, nennen sie den heute noch gesuchten Matteo Denaro wegen seiner Uhrenvorliebe „Rolex“. ●



Der italodeutsche Autor **SANDRO MATTIOLI** hat Wurzeln in den Abruzzen, einer weniger von der Mafia kontaminierten Region. Dennoch beschäftigt er sich oft mit dem Thema. Sein Buch „Die Müllmafia“ untersucht die kriminelle Abfallentsorgung über das Drehkreuz Italien. redaktion@libmag.de

„Die Macht der Mafia

MICHELE PLACIDO spielte in „Allein gegen die Mafia“ den Commissario Cattani. Im Interview spricht er über das Erfolgsgeheimnis der Serie, ihren Einfluss auf die italienische Gesellschaft und wie die Mafia noch heute das Leben ganz normaler Menschen beeinflusst.

Herr Placido, haben Sie seinerzeit diesen immensen Erfolg von „Allein gegen die Mafia“ erwartet?

Am Anfang hätten wir nicht gedacht, Geschichte zu schreiben, schließlich hatte eine italienische Serie noch nie einen solchen Erfolg. Doch nun organisieren sie in Russland zum Dreißigjährigen eine immense Feier, zu der ich als Ehrengast eingeladen bin, und die ganze Serie wird wiederholt. Zudem entsteht derzeit in der Ukraine ein Dokumentarfilm über mich.

Was war das Erfolgsgeheimnis von „Allein gegen die Mafia“?

Als ich das Skript gelesen hatte, war mir zunächst nicht klar – und so erging es sicher nicht nur mir –, dass diese Serie zum allerersten Mal erzählt, wie die Mafia organisiert ist, und sehr präzise Informationen darüber gibt, was in Italien passiert. Das hat bis dahin die gesamte italienische Presse nicht vermocht. Darüber wusste man zuvor nichts. Wir reden ja von 1984.

Trug auch der Zuschnitt der Figur von Commissario Cattani zum Erfolg bei?

Ja, denn er war nicht der einsame Polizist, den man aus vielen Filmen kannte. Er war der Polizist von nebenan, ein Familienvater, der seine Arbeit erledigte und auch Gefühle zeigte. Das war revolutionär. Und es entsprach der Wahrheit: Diese Figur war inspiriert von einem echten Kommissar, der nach Sizilien versetzt worden war. Zum Glück

wurde der nicht umgebracht. Er war aber bedroht worden. Die Figur war so revolutionär, dass kaum jemand glauben konnte, dass so etwas in der Folge wirklich passieren könnte. Leider hat die Zeit das Gegenteil gezeigt.

Waren Sie selbst während des Drehs denn in Gefahr?

In Sizilien dachten sie, wir drehen irgendeinen Fernsehfilm, eine Liebesgeschichte, vielleicht mit einem Kommissar, das schon. Aber man dachte nicht, dass es über seine persönliche Geschichte hinausgeht und das Phänomen der Mafia bis zu seinen Wurzeln beleuchtet wird. Sie ahnten nichts, sie wussten nichts, sie wirkten sogar mit und halfen uns kräftig.

Hat Sie persönlich der Film berührt?

Ja, klar. Aber mir war nicht klar, dass die Geschichte einen derartigen Einfluss haben könnte, nicht nur auf das TV-Publikum, sondern auch auf die Medien, was zu vielen Diskussionen geführt hatte. Bei der ersten Aufführung in Palermo protestierte die Bourgeoisie aus Palermo und klagte den Regisseur Damiano Damiani an, dass er einen Film über etwas gemacht habe, was so nicht existiere. Die aufsehenerregenden Delikte, die Morde an den Anti-Mafiarichtern Paolo Borsellino und Giovanni Falcone zum Beispiel, die geschahen tatsächlich erst später, Jahre nach der Ausstrahlung der ersten Staffel der Serie.

reicht bis ins Parlament“



„Die Mafia ist
aber nach wie vor
ein großes,
großes Problem.“

Hat die Serie Italien verändert?

Nein, zumindest nicht dahingehend, dass es die Mafia nicht mehr gibt. In den Zeitungen finden sich etwa Berichte über den heute inhaftierten Mafiaboss Toto Riina, der die Ermordung des Staatsanwaltes Nino di Matteo verlangt, der zurzeit einen wichtigen Prozess leitet. Darin geht es um die Verhandlungen zwischen dem italienischen Staat und der Mafia im Vorfeld der Ermordung von Borsellino und Falcone. Es wurde sogar der Präsident der Republik Italien vorgeladen, um als Zeuge auszusagen. Die Ermittlungen deuten darauf hin, dass es einen Nichtangriffspakt gab zwischen der Politik und diesen Verbrechern von der Mafia.

Hat sich denn die Mafia gewandelt?

Ja, sie agiert nicht mehr mit Bomben und Attentaten und hat verstanden, dass es die bessere Strategie ist, weniger

gewalttätig zu sein. Geändert hat sich aber auch die Mentalität der jungen Leute. Sie haben – auch dank unserer Serie – verstanden, dass da eine reale Gefahr existiert. Der Kampf gegen die Mafia ist dennoch schwierig. Man sieht das auch daran, dass sich seit der deutlichen Schwächung der sizilianischen Mafia die kalabrische 'Ndrangheta im Aufwind befindet. Die Leute sind allerdings heute viel sensibler.

Wie zeigt sich das?

Würde heute noch einmal so ein gravierendes Delikt wie der Mord an Borsellino oder Falcone verübt, würden die Leute sicher auf den Straßen und Plätzen demonstrieren. Es würde wohl auch das Wahlverhalten der Menschen beeinflussen. Die Leute würden vielleicht noch zahlreicher Grillo wählen und nicht die etablierten Parteien. Die Mafia ist aber nach wie vor ein großes, großes Problem.

Haben auch Sie dank der Serie viel über die Mafia gelernt?

Ich bin ehrlich: ja. Ich hatte zwar ein bisschen etwas gelesen, den einen oder anderen Film gesehen. Ich hätte aber nicht gedacht, dass die Mafia so tief verwurzelt ist. Ich glaubte, sie sei ein lokales Phänomen, hauptsächlich in Sizilien. Dabei ist die Mafia in ganz Italien präsent, ihre Macht reicht bis ins Parlament.

Brachte die Rolle Ihnen auch Nachteile?

Nein. Klar, ich hätte zum Gefangenen dieser Rolle werden können. Aber in Italien war dem nie so. Ich bekam dank der Serie die Möglichkeit, als Regisseur tätig zu werden. Unter anderem habe ich einen Film gedreht, in dem ein Rechtsanwalt im Dienste des Staates von der amerikanischen Mafia erschossen wird. Dann habe ich noch viele weitere Filme als Schauspieler gemacht, auch in Frankreich. Und jetzt bin ich erfolgreich zu meinen Wurzeln zurückgekehrt, ans Theater. Ich spielte immer auch komische Rollen und bin also nicht Gefangener dieser Rolle. Im Ausland mag das aber anders sein. Da bin ich der Commissario Cattani. Wenn ich diese Rolle aber nicht gespielt hätte, hätte ich jedoch vermutlich auch den ganzen Rest nicht machen können.

Schauen Sie andere Mafiafilme an?

Ja, vor Kurzem „La Mafia uccide solo d'estate“, ein großartiger Film. Es war Zeit, einen solchen Film zu machen, denn er zeigt, wie die Mafia ganz normale Leute betrifft, die nichts mit der Mafia zu tun haben. Die Bürger dieses Landes, das so reich an Kultur ist, so schön, das so viele wundervolle Sachen bietet, leiden, weil es dieses Krebsgeschwür namens Mafia gibt. Der Kampf muss weitergehen.



Bitte recht freundlich!

Unglaubliche 14 stationäre Blitzer auf nur 23 Kilometer Bundesstraße: Was nach Überwachungsstaat klingt, findet sich tatsächlich auf einer Bundesstraße in Mittelhessen. Die dortigen Kämmerer freut's – ob die Anlagen aber überall der Verkehrssicherheit dienen, ist fraglich. // TEXT // **AXEL VOM SCHEMM**

Dem Onlineportal www.blitzer.de sind für Deutschland 112.602 mobile Radarfallen, Polizeikontrollen und fest installierte Blitzer gemeldet. Vor allem für die meist klammen Kommunen lohnt es sich, Anlagen zu installieren, da die Einnahmen direkt in den städtischen Haushalt fließen – und zwar zur freien Verfügung des Kämmerers. Nun mag man argumentieren, dass sich Autofahrer ja nur an die vorgeschriebenen Tempolimits halten müssten, um ungeblitzt von A nach B zu kommen. Außerdem dienen die Anlagen der Verkehrssicherheit und senkten die

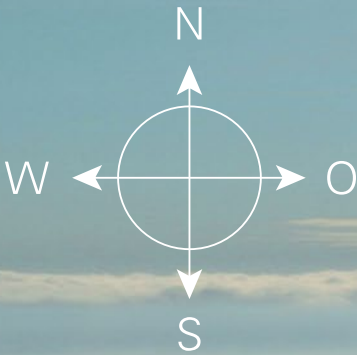
Unfallzahlen, heißt es aus den Amtsstuben. Der Wildwuchs, der sich auf einem 23 Kilometer langen Teilabschnitt der B252 zwischen Lahntal-Göttingen und Burgwald-Bottendorf entwickelt hat, sucht allerdings seinesgleichen.

14 fest installierte Anlagen überwachen dort 23 Kilometer Fahrstrecke. Statistisch gesehen bedeutet das alle 1,6 Kilometer einen Blitzer – oder bei konstant 50 Kilometern pro Stunde alle zwei Minuten. Da das Tempolimit knapp 40-mal zwischen 100 und bis zu 30 Kilometern pro Stunde wechselt, ist auch von zurückhaltenden Autofahrern höchste Konzentration gefordert.

Zugegeben: Ihren ursprünglichen Zweck haben die Blitzer teilweise erfüllt – in einigen Gemeinden wird zumindest deutlich seltener zu schnell gefahren. Doch für das Gros der Strecke bezweifeln selbst Einheimische und ortskundige Polizisten den Sicherheitsaspekt angesichts vieler ungefährlicher, aber dennoch überwachter Stellen. Der Widerstand wächst: in den Rathäusern stapeln sich die bösen Briefe, die Sachbeschädigungen an den Anlagen nehmen zu. So lange es aber in den Kassen der Kämmerer klingelt – in der Summe liegen die Einnahmen im niedrigen einstelligen Millionenbereich –, wird es wohl weiterhin heißen: „Bitte recht freundlich!“ ●

Foto: Styleneed

Freiheitsgesellschaft



Den Wert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft zu stärken, das ist unser Ziel. Denn eine mündige Gesellschaft braucht Freiheit. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Warum das so ist und warum Freiheit jeden angeht, zeigen wir auf dieser Plattform. Denn wir wissen: Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts.

www.freiheitsgesellschaft.org
facebook.com/Freiheitsgesellschaft

Wenn Südafrika in Kürze, 20 Jahre nach dem offiziellen Ende der Rassentrennung, zum fünften Mal an die Wahlurnen geht, ist viel von dem Enthusiasmus der ersten freien Wahl im April 1994 verpufft. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass der frühere Apartheidstaat mittlerweile in einer – oft bedrückenden – Normalität angelangt ist. // TEXT // **WOLFGANG DRECHSLER**

Wahlen ohne Gründervater



Zwar ist die Bürgerkriegsgefahr von damals gebannt, doch hat das Land nun ganz andere, alltägliche Sorgen: Es ist von Kriminalität, sozialen Gegensätzen, gedankenlosem Schlendrian und einer Alltagskorruption geprägt, wie sie viele andere Schwellenländer auch kennen. Von der Regenbogen-nation, wo Gut über Böse triumphiert und Weiß wie Schwarz gemeinsam in einen endlosen Sonnenuntergang marschieren, ist das Land hingegen weit entfernt.

Dennoch verdecken Panikmache wie Verklärung eine weit komplexere Realität: Südafrika hat in den letzten Jahren gelernt, ohne seinen Gründervater Nelson Mandela zu leben. Heute herrscht im Land bei allen Problemen eine dreckige, beunruhigende und oft deprimierende, andererseits aber auch hoffnungsvolle, inspirierende und auch ausgesprochen lebendige Demokratie.

Dass es dem regierenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC) bei allen Versuchen bislang nicht gelungen ist, die exemplarische Verfassung des Landes zu unterminieren, verdankt das Land am Kap vor allem seiner engagierten Bürgergesellschaft, insbesondere den kritischen Medien und der (noch) unabhängigen Justiz. Beide Instanzen haben sich in den letzten 20 Jahren trotz starkem Beschuss als ein Bollwerk erwiesen, das selbst für eine politisch so

dominante Kraft wie den ANC nicht einfach zu knacken sein dürfte. Auch ist die Opposition am Kap lebendiger, als viele glauben.

Wie lebendig, das ließ sich gerade erst beobachten, als die oppositionelle liberale Demokratische Allianz (DA), angeführt von der deutschstämmigen Journalistin Helen Zille, die prominente Anti-Apartheid-Aktivistin Mamphela Ramphele zur Spitzenkandidatin für die bevorstehenden Wahlen kürte. Zwar brach die Allianz der beiden Frauen nur eine Woche später wieder auseinander. Dennoch wurde deutlich, wie sehr das politische Spektrum am Kap zuletzt in Bewegung geraten ist. Für die Politik am Kap hätte der Zusammenschluss einen

Wendepunkt bedeuten können. So wird die Opposition nun doch, wie so oft in Afrika, gespalten in die bevorstehenden Wahlen gehen.

Ganz überraschend kam das Scheitern der Fusion nicht. Bereits zuvor hatte Ramphele, die zuletzt als Geschäftsfrau aktiv war, jahrelang alle Angebote der DA auf eine Spitzenposition ausgeschlagen. Allerdings war es ihr auch nie gelungen, ihre erst im letzten Jahr gegründete Agang-Partei (Sotho für: „Lasst uns bauen!“) landesweit tiefer zu verwurzeln. Beobachter hatten Agang zuletzt kaum mehr als ein Prozent der Stimmen prophezeit. Auch soll die Partei inzwischen bankrott sein. Ihren



Umstrittener Erbe Mandelas:

Trotz der Unbeliebtheit Präsident Jacob Zumas zweifeln Beobachter nicht am Wahlsieg des ANC.

anfänglichen Sinneswandel hatte die frühere Managerin der Weltbank damit erklärt, dass ein Zusammenschluss der Opposition zum Wohle des Landes sei. „Wir nehmen dem ANC mit der Hautfarbe seine größte Trumpfkarte“, hatte sie Ende Januar bei der Bekanntgabe ihres Übertritts gesagt. Nur eine Woche später schien dies nicht mehr zu gelten.

Mit dem Übertritt Rampheles hätte die DA auch farblich den Anstrich erhalten, den sie vermutlich bräuchte, um bei den nächsten Wahlen ihren nationalen Stimmenanteil von derzeit 17 Prozent auf bis zu 25 Prozent zu steigern. Bislang steht in einem Land, das immer noch stark in Rassenkategorien denkt und nach der Hautfarbe wählt, die liberale DA wegen ihrer weißen Wurzeln vor dem Dilemma, kein weithin bekanntes und glaubwürdiges schwarzes Gesicht zu haben. An einem klaren Wahlsieg des ANC zweifelt trotz der Unbeliebtheit von Präsident Jacob Zuma ohnehin kaum jemand. Dazu ist der ANC auch 20 Jahre nach seinem Machtantritt eine viel zu starke Marke und zehrt von seiner Aura als Befreier des Landes. Auch profitiert die Partei nachhaltig vom Namen Mandelas und dessen politischem Erbe.

Analysten hätten den beiden starken Frauen im Bündnis zugetraut, den ANC womöglich unter die Marke von 60 Prozent zu drücken. Dies dürfte nun sehr viel schwieriger werden. Dabei wächst vor allem unter jungen Südafrikanern, insbesondere der Generation der „born frees“ (der nach der Apartheid Geborenen), seit Längerem der Unmut über Präsident Jacob Zuma wegen ständig neuer Korruptionsvorwürfe und dessen fehlender politischer Führung. Zermürbt von immer neuen Machtkämpfen innerhalb des ANC treibt das Land seit Jahren ziellos dahin. Bei der offiziellen Trauerfeier für Mandela war Zuma deshalb auch von großen Teilen des Publikums gnadenlos ausgebuht worden, was viele Beobachter verblüffte.

Die meisten hatten zuvor erwartet, dass Zuma und sein ANC aus dem Tod Mandelas noch einmal massiv Kapital schlagen und das Erbe des südafrikanischen Volkshelden bis zum letzten Tropfen auspressen würden. Das Gegenteil scheint nun der Fall zu sein: Vielen Südafrikanern ist durch die Trauer um Mandela und dessen Erbe schmerzhaft bewusst geworden, wie tief das Land und der ANC unter seinen Nachfolgern in nur wenigen Jahren gefallen ist. Für Zuma geriet der eigent-

lich als Sternstunde seiner politischen Karriere gedachte Auftritt dadurch zur vielleicht tiefsten Demütigung seiner Laufbahn.

Mag eine Trauerfeier vielleicht ein etwas unpassendes Forum für Protestbezeugungen sein, so waren die Pfiffe und Buhrufe gegen den Präsidenten dennoch ein deutliches Indiz dafür, dass die Demokratie am Kap inzwischen robuster ist, als viele glauben. Kein Staatschef kann in Südafrika jedenfalls auf den Kadavergehorsam des Volkes bauen.



Trumpfkarte verspielt: Anti-Apartheids-Aktivistin Mamphela Ramphele war nur kurz Spitzenkandidatin der von der deutschstämmigen Helen Zille geführten liberalen Partei DA.

All das heißt noch lange nicht, dass Zuma bald abgelöst oder sein ANC bei den Wahlen im nächsten Jahr die Macht verlieren wird. Vor allem Letzteres gilt als ausgeschlossen. Dennoch dürfte es für viele Südafrikaner ein befreiendes Gefühl gewesen sein, inmitten der Trauer um ihren Volkshelden zu sehen, dass sie nicht mehr allein auf Nelson Mandela und seine Führung angewiesen sind, sondern das Schicksal ihres Landes selbst in der Hand halten. Es ist eine Einsicht, die auf Dauer vieles am Kap verändern könnte - und auf die Mandela gewiss stolz gewesen wäre. ●



WOLFGANG DRECHSLER lebt seit 1985 in Südafrika und hat den Übergang des Landes von der Apartheid zur Demokratie zunächst als Student an der University of Cape Town und ab 1990 als Berichterstatter für verschiedene Zeitungen begleitet, darunter das *Handelsblatt* und der *Tagesspiegel*.
redaktion@libmag.de



Die Welt ist besser als ihr Ruf

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Wenn Sie sich ein realistisches Bild von der globalen Entwicklung machen möchten, können Sie das Fernsehen getrost vergessen. Auch Zeitunglesen bringt nicht viel weiter. Denn die allermeisten deutschen Medien vermitteln die gleiche Botschaft: Armut und Elend werden immer schlimmer. Auf der südlichen Halbkugel herrschen vornehmlich Hunger und Krankheiten, Kinder sterben wie die Fliegen, und es gibt keinen Funken Hoffnung. Was bei Belehrungen dieser Art fast grundsätzlich weggelassen wird, ist die Tatsache, dass der Hunger und andere Geißeln der Menschheit seit Jahrzehnten auf dem Rückzug sind. Die Menschheit wächst, doch die Not nimmt ab. Diese Aussage ist wesentlich besser mit Daten und Fakten abgesichert als die düsteren Prognosen, die wir gewohnt sind. Wer sich ein besseres Bild von der sozialen Lage auf dem Globus machen möchte, sollte die Website des schwedischen Mediziners Hans Rosling besuchen (<http://www.gapminder.org>).

Dort kann man, basierend auf dem besten verfügbaren Datenmaterial, nachlesen, dass die allermeisten Menschen der absoluten Armut entronnen sind. War 1990 noch die Hälfte der Menschheit bitterarm, so ist es heute weniger als ein Viertel - und dies trotz des globalen Bevölkerungswachstums. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika hat mittlerweile Strom in der Hütte, Zugang zu Trinkwasser, ihre Kinder sind geimpft und gehen zur Schule. Viele sind schon einen Schritt weiter, besitzen ein Mobiltelefon, einen Motorroller oder sogar einen Heimcomputer.

Das ist nicht das, was wir in Europa unter Wohlstand verstehen. Aber es ist weitaus mehr als vor 10, 20 oder gar 50 Jahren. Hunger ist kein Schicksal mehr, keine Naturkatastrophe. Durch Dürren ausgelöste Hungersnöte töteten noch Mitte des 20. Jahrhunderts Hunderttausende in Asien. Solche Ernteverluste lassen sich heute dank verbesserter Transportwege und schneller Informationstechnik rechtzeitig ausgleichen. Wenn heute noch Menschen nicht genug zu essen haben, dann aus politischen Gründen. Weil sie durch Kriege oder Bürgerkriege wie im Sudan oder in Somalia von der Außenwelt abgeschnitten wurden.

80 Prozent aller Erdenbewohner können mittlerweile lesen und schreiben, und fast ebenso viele Mädchen wie Jungen gehen zur Schule. Mit über 68 Jahren entspricht die Lebenserwartung im globalen Durchschnitt der Deutschlands in den 1960er-Jahren. Die Kindersterblichkeit sank global auf immer neue Tiefstände und sinkt weiter. Gleichzeitig flacht das Bevölkerungswachstum ab, weil junge Frauen, die der Armut und Unbildung entronnen sind, überall auf der Welt weniger Kinder bekommen. Die Liste erfreulicher Trends ließe sich fortsetzen. Sogar die Zahl der Kriegstoten sinkt, trotz der schrecklichen Gewalt in Syrien. Stolz verkündet die UN, dass mehrere ihrer sogenannten Millenniumsziele, die man sich bis 2015 gesteckt hatte, schon ein paar Jahre zuvor erreicht worden sind, darunter die Halbierung der Armut.

Eine Umfrage der Bill & Melinda Gates Foundation brachte kürzlich an den Tag, dass die meisten Deutschen diese erfreulichen



Entwicklungen nicht mitbekommen haben. Acht von zehn Bundesbürgern sind davon überzeugt, dass die armen Länder immer arm bleiben werden. 37 Prozent glauben, es sei falsch, Leben zu retten, weil dies nur zu Überbevölkerung führe. (Nochmals, weil es so wichtig ist: Das Gegenteil ist erwiesen. Je besser es den Menschen geht, desto beliebter wird Familienplanung.)

Woher kommen diese Ignoranz und dieser Zynismus? Sind es nur die Medien, die uns mit schlechten Nachrichten übersütten und die guten weglassen? Oder ist es auch ein Nicht-wissen-Wollen aus Bequemlichkeit? Denn wo keine Hoffnung ist und kein Fortschritt erkennbar, da kann man sowieso nichts machen. Man bleibt im Fernsehsessel sitzen, blickt auf das Elend der Welt und ist fein raus. Deutschland, das Land der „Ohnemichl“. Seltsamerweise gilt diese Haltung hierzulande als „kritisches Bewusstsein“. Auf Kirchentagen applaudiert man sich gegenseitig dafür, immer größeres Elend auszumalen, „mutig“ zu postulieren, wie schlecht die Welt ist und wie ungerecht es auf ihr zugeht. Wer dagegen wie Hans Rosling auf Entwicklungsmöglichkeiten, Fortschritte und erfreulichen Wohlstandszuwachs aufmerksam macht, gilt schnell als einer, der das irdische Jammertal schönreden will.

Kann es sein, dass die Leugnung des Fortschritts sich auch deswegen so hartnäckig hält, weil die reale Entwicklung lieb gewonnene Grundüberzeugungen widerlegt? Schließlich war es die Internationalisierung der Märkte, die den globalen Wohlstandszuwachs voranbrachte. Beim Stichwort „Globalisierung“ geraten hierzulande immer

noch rechte und linke Marktverächter in Rage. Eines der erfolgreichsten Sachbücher der 90er-Jahre hieß „Die Globalisierungsfalle“ und behauptete, der Abbau nationaler Schranken werde zu immer mehr Arbeitslosigkeit führen. Das Gegenteil trat ein. Mittlerweile ist es ein wenig stiller geworden um das Schreckenswort „Globalisierung“, doch als leicht abgenutztes Gespenst tut es in Schulen, Kirchen und Redaktionen immer noch seinen Dienst.

Wenn keine großen Kriege oder Megakatastrophen eintreten, haben die heutigen Jugendlichen eine gute Chance, einmal in einer Welt ohne Hunger und schreiende Armut zu leben. Das gab es in der Menschheitsgeschichte noch nie. Mangel war stets die Normalität. Doch statt dies als Chance zu begreifen, hängen viele Deutsche nach wie vor am malthusschen Paradigma, dass Hunger und Armut naturgesetzlich und unabänderlich seien.

Vielleicht ist es typisch für alternde Gesellschaften, nicht mehr viel von der Zukunft zu erwarten. So wie verbitterte Greise sich räsonierend hinter den Ofen zurückziehen. Zukunftsfähig ist diese Haltung nicht. Und schon gar nicht sozial. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei *Focus*, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de





26. März 1984

Skandal – ein schwuler General! Es liegt nur 30 Jahre – oder einige wenige homosexuelle Minister oder Regierende Bürgermeister – zurück, als allein der Verdacht auf Homosexualität Karrieren beenden konnte. Der Personalratschef des Verteidigungsministeriums tratschte einem Kollegen im Amt für Sicherheit der Bundeswehr zu, der ranghöchste Bundeswehrsoldat, General Günter Kießling, sei – so ein Gerücht – homosexuell, gar beim Händchenhalten mit einem Oberst gesehen worden. Das galt nach Bundeswehr-Richtlinien seinerzeit als „abnormes Verhalten auf sexuellem Gebiet“, nicht unerlaubt, aber wegen der „Erpressbarkeit“ des Betroffenen relevant. Das zog Kreise. Beamte ermittelten ohne Auftrag gegen Kießling und brachten Indizien von niedrigem Aussagewert ans Tageslicht: In der Kölner Schwulenszene etwa sei mal ein „Günter oder Jürgen, auf jeden Fall etwas mit ü, von der Bundeswehr“ aufgetaucht. Dies genügte, um Kießling beim Generalinspekteur der Bundeswehr antreten zu lassen, mit dem er sich einigte, sich krankzumelden und in den Ruhestand versetzen zu lassen. Als einige Stellen bis hin zu Verteidigungsminister Wörner gegen Kießling nachtraten, brachte dieser den Skandal an die Öffentlichkeit. Das Parlament diskutierte, ja die ganze Republik. Kanzler Kohl war das zu viel, er beendete das makabre Spiel: Kießling wurde in Ehren wieder in den Dienst aufgenommen und kurz darauf, am 26. März 1984, mit einem Großen Zapfenstreich ehrenhaft verabschiedet.



Das verkaufte Kind

Wenn Eltern von ihren Sprößlingen als „künftige Rentenzahler“ sprechen, dann unterschreiben sie damit einen „Generationenvertrag“, der ihrem Nachwuchs schadet.

Klar muss sich die Regierung noch mehr um Familien kümmern. Wir ziehen schließlich die künftigen Rentenzahler groß.“ Da ist er wieder, der wohl dümmste Krabbelgruppensatz, der mir in meiner Karriere als junge Mutter bislang untergekommen ist. Er baut auf der deutschen Volkswirtschaft „Kinder kriegen die Leute immer“ auf.

Noch so ein Satz, der nicht stimmt. Gesagt haben soll ihn Konrad Adenauer, als er die Finanzierung unserer gesetzlichen Rentenversicherung auf das noch heute angewandte Umlageverfahren umstellte. Ende der 1950er-Jahre war das eine gute Idee. Das Ersparnis seiner Wähler war nach zwei Weltkriegen nichts mehr wert, und bittere Armut für die Alten bei gleichzeitigem Wirtschaftswunder für die Jungen wäre nicht fair gewesen. Damals war auch genug von allem da: Arbeit, Beitragszahler, Nachwuchs – die Jahrgänge 1955 bis 1965 werden nicht umsonst als „Baby Boomer“ bezeichnet.

Heute liegt die Geburtenrate in Deutschland bei 1,3 Kindern je Frau, und unsere Lebenserwartung steigt. Rentner von heute beziehen ihr Altenteil deutlich länger, als es ihren Großeltern vergönnt war. Dass wir älter werden, ist eine erfreuliche Nachricht. Dass wir uns aussuchen können, wie viele Kinder wir haben wollen, auch. Wir sollten uns unsere Freiheiten und Freiräume nicht davon vermiesen lassen, dass unser Rentensys-



tem nicht zu den Kindern passt. Gesetze und Systeme kann man ändern. Es ist wirklich armselig, dass wir das nicht besser hinbekommen.

Stattdessen wird überall gebetsmühlenartig wiederholt, dass es eben „immer schon so“ gewesen und dies nun mal der

„Generationenvertrag“ sei – das ist ja auch viel einfacher, als sich etwas Neues einfallen zu lassen. Aber wenn Eltern von ihren Kindern als „künftige Rentenzahler“ sprechen, dann unterschreiben sie damit einen „Generationenvertrag“, der ihren Kindern schadet.

Mein Mann und ich ziehen ein Kind groß, keinen künftigen Beitragszahler. Aus ihm soll ein freier Mensch werden dürfen, einer, der selbst vorsorgt und die Verantwortung für sein Wohl nicht einfach der nächsten Generation aufs Auge drückt. ●



Katharina Lotter ist freie Journalistin und Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH). Sie ist Mutter eines kleinen Jungen und freut sich schon darauf, bald weniger Zeit in Krabbelgruppen und wieder mehr Zeit am Schreibtisch verbringen zu dürfen. redaktion@libmag.de

Die Deutschen lieben die Demokratie aus den falschen Gründen

Demokratie gilt in Deutschland als unantastbar. Das ist prinzipiell richtig – allein: Sie wird hierzulande aus den falschen Gründen geliebt, findet **Alexander Grau**. Dafür haben ihn unsere Leser im Januar 2014 zum „Autor der Freiheit“ gewählt.



ZUR PERSON

ALEXANDER GRAU ist Philosoph, Linguist und freier Publizist. Mehr zu den Autoren der Freiheit unter autoren.freiheit.org

Nichts lieben die Deutschen so sehr wie die Demokratie. Man kann in diesem Land gegen alles Mögliche sein: gegen den Kapitalismus, gegen allzu viel Freiheit und sogar gegen den „Tatort“. Vieles wird einem verziehen. Nur die Gewissheit, dass alles „Demokratische“ geradezu die Krönung der Kulturentwicklung der Menschheit darstellt, diese Gewissheit stellt man besser nicht infrage.

Das war nicht immer so. Demokratie und alles Demokratische waren in Deutschland lange Zeit unpopulär. Dieses Ressentiment war stets eng in ein weltanschauliches Netz aus Antikapitalismus und Zivilisationskritik eingewoben. Demokratie war aus dieser Sicht nichts anderes als die Übertragung kapitalistischer Prinzipien auf die politische Willensbildung: mit Absprachen, Geschacher, „Deals“ und kurzfristigen Zweckbündnissen von Leuten mit Individualinteressen.

Diesem als degeneriert empfundenen Konzept westlicher Demokratie wurden in Deutschland sowohl von der politischen Rechten als auch der Linken kollektivistische Vorstellungen eines gemeinschaftlichen politischen Wollens entgegengestellt. Dieses kennt keine Parteien, keine Fraktionen und braucht daher auch keine Abstimmungen, geschweige denn Streit, sondern artikuliert sich im kollektiven Wollen des Volkes.

Dieses hoch romantische, kollektivistische und antiliberalen Politikverständnis

scheiterte 1945 grausam. Scheinbar ein für allemal kuriert und mit einer guten Dosis pragmatischem Opportunismus ausgestattet, bekehrten sich zumindest die Westdeutschen binnen weniger Jahre in gelehrsame und überaus eifrige Demokraten. Aber wie das so ist bei Renegaten: Vorsicht ist geboten! Das wird insbesondere dann deutlich, wenn man der Demokratie den Begriff gegenüberstellt, den sie ursprünglich durchsetzen, schützen und bewahren sollte: die Freiheit.

Demokratie war immer Mittel zum Zweck. Demokratie ist nicht um ihrer selbst willen da. Der Zweck der Demokratie jedoch ist die Freiheit. Damit ist nicht irgendeine Freiheit gemeint, sondern die Freiheit des Individuums. Und die wiederum meint zunächst einmal die Abwesenheit von Zwang.

Dummerweise ist aber auch Demokratie Herrschaft, die Herrschaft der Mehrheit. Herrschaft jedoch kollidiert zwangsläufig mit der Freiheit des Einzelnen. Ob diese dem Willen eines absolutistischen Herrschers, einer totalitären Partei oder schlicht der Mehrheit unterworfen wird, macht aus Sicht des betroffenen Individuums keinen Unterschied. Und hier liegt das Problem.

Die Demokraten der Neuzeit waren Kämpfer für die Freiheitsrechte des Einzelnen gegen die absolutistische Zwangsherrschaft der Monarchen. Die Demokratie sollte diese individuellen Freiheitsrechte garantieren. Sie legitimiert sich also ausschließlich

dadurch, dass sie in der Lage ist, jene Zwänge so weit wie möglich zu beseitigen, die das Individuum in seinem Streben nach persönlichem Glück einengen.

In Deutschland hingegen soll die Demokratie die Mehrheit vor dem Einzelnen schützen. Der Kern der neudeutschen Demokratieversessenheit liegt in einer tiefen Skepsis gegenüber jeder Form von Individualität. Für den deutschen Volksgenossen ist Demokratie nichts anderes als ein probates Mittel, sein Ideal einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft durchzusetzen und die Moral der Mehrheit all jenen aufzuzwängen, die dickköpfig auf ihrem Lebensstil bestehen – und sei der noch so ungesund, unsolidarisch oder was auch immer.

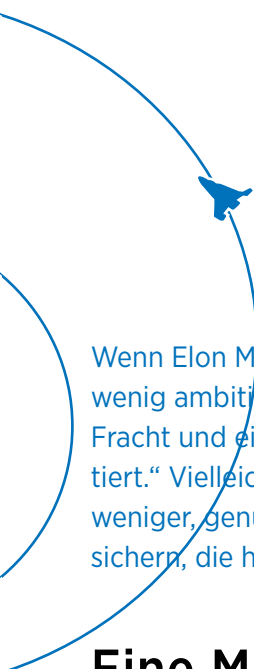
Die Deutschen lieben ihre Demokratie aus den falschen Gründen. Ihre Zuneigung fußt auf denselben kollektivistischen und romantischen Überzeugungen, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit dazu brachten, die Demokratie zu verachten. Widerstreben die Interessen, der Versuch, einen Vorteil für sich herauszuschlagen, Taktieren, Streit – all diese demokratischen Tugenden, die aus der Wahrnehmung der persönlichen Interessen freier Individuen resultieren, sind dem Deutschen unheimlich. ●

Der Beitrag wurde in ungekürzter Fassung zuerst auf Cicero online veröffentlicht. Wählen Sie den „Autor der Freiheit“ auf www.libmag.de.



Space Inc.

Weltraumveteranen mögen protestieren, doch der Regierungskurs der USA ist klar: Die NASA soll raus aus der Raumfahrt. Private Anbieter stoßen in die Lücke. Ein Markt, der risikofreudige Milliardäre anzieht. Doch viele Rechtsfragen sind ungeklärt: Wem gehört der Mond? Oder: Wer darf Schürfrechte auf Asteroiden beanspruchen? // TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**



Wenn Elon Musk über seine Ziele spricht, wirkt das, sagen wir, ein wenig ambitioniert. „Ich will die Technologie entwickeln, die Fracht und eine große Zahl von Passagieren zum Mars transportiert.“ Vielleicht so 80.000 Menschen, ein paar mehr, ein paar weniger, genug jedenfalls, um den Fortbestand der Menschheit zu sichern, die hier auf der Erde durch den Klimawandel bedroht ist.

Eine Marskolonie. Geht es nicht eine Nummer kleiner, Mr Musk?

Nein, der 42-Jährige sieht keinen Grund, sich zu bescheiden. Immerhin hat sein Unternehmen SpaceX bereits drei Raumfähren zur Internationalen Raumstation ISS hin- und wieder zurückgebracht. Die 2002 gegründete Firma mit Sitz in Hawthorne, Kalifornien beschäftigt heute mehr als 3.000 Mitarbeiter, hat NASA-Aufträge im Wert von 1,6 Milliarden Dollar in der Tasche und entwickelt gerade eine Raumkapsel für den bemannten Transport. Es ist ja nicht so, als ob Musk ein Anfänger wäre. 1998 gründete er Paypal, ein erfolgreiches Internet-Bezahlungssystem, und später Tesla, Hersteller kultiger Elektroautos.

Musk ist nicht der einzige Visionär, der in private Raumfahrt investiert. Neun amerikanische Milliardäre betätigen sich als Astropreneure in der Erwartung, dass das Wagnis hohe Erträge abwirft, unter ihnen Amazon-Gründer Jeff Bezos, Microsoft-Veteran Paul Allen und Google-Chairman Eric



Schmidt. Was einst als Spleen belächelt wurde, hat sich zu einer Wachstumsbranche entwickelt - auch weil sich der amerikanische Staat aus der Raumfahrt zurückzieht und die Privatisierung mit Millionenbeträgen unterstützt. „Der Privatsektor übernimmt die erdnahen Projekte, die NASA konzentriert sich auf ferne Weltraumregionen“, beschreibt Professor Howard McCurdy, Raumfahrtexperte an der American University in Washington, den Kurs. Technischer Fortschritt und Kapital im Überfluss tragen das Ihre dazu bei, dass realisierbar erscheint, was vor nicht allzu langer Zeit noch als Science-Fiction galt: Vergnügungsfahrten ins Weltall. Private Mondreisen. Rohstoffsuche auf Asteroiden. Reality-Shows auf dem Mars.

Gleichwohl ist die Vorstellung, dass das All kommerziell genutzt wird wie ein brachliegender Kontinent, für die meisten Menschen irritierend. Jahrzehntlang war es

»



Plattenmilliardär mit hochfliegenden Ambitionen:

Richard Branson mit einem Modell seiner Raumfähre SpaceShipTwo.

selbstverständlich, dass Astronauten und Raketen ausschließlich von Staats wegen ins All geschossen wurden - schon aus Kostengründen. Im Wesentlichen waren es die Großmächte USA und Sowjetunion, die bei der Nutzung des Weltraums miteinander konkurrierten, auch des Prestiges wegen. Doch der Kalte Krieg ist lange vorbei und die öffentlichen Haushalte haben Finanzierungsprobleme.

Vor einigen Jahren stellte die amerikanische Regierung die Weichen daher bewusst in Richtung Privatisierung. Die Weltraumbehörde NASA wurde angewiesen, ihr Space-Shuttle-Programm zu beenden; Tausende Mitarbeiter mussten gehen. Übergangsweise mieteten die Amerikaner Raumfahrten bei den Russen, förderten aber parallel mit Hochdruck und viel Geld den Aufbau einer privaten Shuttle-Industrie. Einer der Begünstigten: SpaceX.

Es geht dabei nicht nur ums Sparen, sondern auch um Ordnungspolitik. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen soll der Staat sich aus Projekten zurückziehen, die Private genauso gut - wenn nicht besser - erledigen können. „Das Raumfahrtprogramm wurde von Politikern lange als ein Weg gesehen, Arbeitsplätze zu schaffen, besonders in armen Regionen“, urteilt der Technikblog Gizmag, „kein Wunder, dass es rund eine Milliarde kostete, ein Shuttle auf den Weg zu bringen.“ Kommerzielle Unternehmen, so die Hoffnung, sind effizienter. Zumindest haben sie schon mal gezeigt, dass sie es überhaupt können: Am 25. Mai 2012 dockte die erste private Raumfähre an der ISS an. Es war ein Meilenstein, auch politisch. John Holdren, Direktor des Office of Science and Technology Policy im Weißen Haus, sagte: „Genau dies hatte der Präsident im Auge, als er den neuen Kurs festlegte, bei der Erfor-

schung des Solarsystems auf private Innovationskraft zu setzen.“

Den amerikanischen Bundesstaat New Mexico überzeugte die Vision einer privaten Raumfahrtindustrie derart, dass er den ersten kommerziellen Weltraumbahnhof der Welt baut, für 209 Millionen Dollar, nach einem Entwurf des Londoner Stararchitekten Norman Foster. Der Grundstein für den spektakulären Bau mitten in der Wüste, der aussieht wie ein gestrandetes Ufo, wurde am 19. Juni 2009 gelegt. Seit gut zwei Jahren können Touristen einen Teil des 7300 Hektar großen Geländes besichtigen, „Preview Tour“ nennt sich das. In Kürze soll der komplette Bau inklusive Besucherbereich fertiggestellt sein. Dann wird ein Unternehmen dort sein Hauptquartier eröffnen, das zu den zukunftssträchtesten der Branche zählt: Virgin Galactic.

Verblüffende Ansichten der Erde

Der Gründer ist Richard Branson, der sein unternehmerisches Gespür schon 1970 mit der Plattenfirma Virgin unter Beweis stellte. Größter externer Kapitalgeber ist Aabar, eine Investmentgesellschaft des Emirats Abu Dhabi. Seit mehr als zehn Jahren arbeitet das Unternehmen daran, Privatleuten suborbitale Flüge anzubieten - Weltraumflüge also, die nicht bis auf eine Umlaufbahn führen. 2014

Fotos: Virgin Galactic; Wikipedia; Steve Jurvetson; NASA/Bill Ingalls

DIE WELTRAUM-MILLIARDÄRE

PAUL ALLEN

Gründer von Microsoft



Vermögen*: 15 Mrd. \$
Space-Venture: Stratolaunch
Ziel: Mobiler Raketenabschuss vom Superflugzeug aus

JEFF BEZOS

Gründer von Amazon



Vermögen*: 25,2 Mrd. \$
Space-Venture: Blue Origin
Ziel: Bemannte Raumfahrt

ROBERT BIGELOW

Gründer der Hotelkette Budget



Vermögen:** 1 Mrd. \$
Space-Venture: Bigelow Aerospace
Ziel: Aufblasbare Module für Raumstationen

soll es endlich so weit sein, nachdem im Frühjahr 2013 der erste Testlaunch gelang. Eine Raumfähre, Modell SpaceShipTwo, wird jeweils sechs Passagiere nebst Crew Richtung Himmel befördern. Bis 15.000 Meter trägt das Mutterschiff, dann katapultiert eine Zündung die Kapsel mit einer Geschwindigkeit von 4.000 Kilometern pro Stunde auf 110 Kilometer Höhe. Die Astronauten dürfen aufstehen und, wie die Firma wirbt, „eine schwerkraftlose Erfahrung mit verblüffenden Ansichten der Erde“ genießen. Drei Tage Vorbereitung sind erforderlich und ein wohlgefülltes Konto: Das Abenteuer kostet 200.000 Dollar.

Mehr als 600 Interessenten haben sich bereits registrieren lassen und 20.000 Dollar angezahlt. „Schon im ersten Jahr werden wir mehr Menschen ins All bringen, als bisher insgesamt dort waren“, schwärmt Branson. Buchen kann man online oder bei einem „akkreditierten Weltraum-Agenten“, von denen es weltweit 60 gibt, auch einen in Deutschland: die Designreisen GmbH in München. Neben dem Passagierverkehr will Branson ein zweites Standbein etablieren, indem er die Startrampen auch für Satellitentransport anbietet.

Derzeit sitzt Virgin Galactic noch in Mojave, mitten in der kalifornischen Wüste. Der 4.000-Einwohner-Ort - Eigenwerbung: „Gateway to Space“ - hat sich zum Zentrum der Weltraumindustrie entwickelt: Auch Stratolaunch, das Space-Unternehmen von Microsoft-Gründer Paul Allen, sitzt dort, genauso wie XCOR, ein Konkurrent von Virgin Galactic, der Weltraumtouristen für 95.000 Dollar befördern will. Der rasante Höhenflug auf 100 Kilometer Höhe soll eine knappe Stunde dauern, die Passagiere in

Panorama-Cockpitsitzen, die ein „20-mal größeres Sichtfeld erlauben als das, was die Virgin-Kunden kriegen“, wie ein Unternehmenssprecher gegenüber dem *New York Magazin* behauptete. Mag die Betriebsaufnahme noch etwas dauern - die Marketing-schlacht hat schon begonnen.

Bergbau im All

Längst sind es nicht nur mehr Milliarden, die ihre Portemonnaies öffnen. Inzwischen gibt es eine Investorengemeinschaft, das Space Angels Network (SAN) in San Francisco, das nach eigenen Angaben jeden Monat zwei ernsthafte Bewerbungen von Jungunternehmern erhält. Diverse Stiftungen haben sich gegründet, wie die Inspiration Mars Foundation, die eine Reise zum roten Planeten in 501 Tagen organisieren will. Google hat einen mit 20 Millionen Dollar dotierten Preis ausgelobt - Lunar X - für die erste private Mondlandung bis 2015, und damit einen Gründungsboom mondsüchtiger Start-ups ausgelöst. Schon wird Personal knapp, was kein Wunder ist in einer so speziellen Branche. Virgin Galactic veranstaltete Anfang September eine Karrieremesse, um über 100 Arbeitsplätze zu besetzen, bei SpaceX waren im Herbst nach Informationen des SAN sogar 200 Stellen frei.

Spektakuläre Pläne hat auch die Firma Planetary Resources, an der neben Google-Milliardären wie Larry Page und Eric Schmidt auch Starregisseur James Cameron („Titanic“, „Avatar“) beteiligt ist. Sie will Asteroiden ausbeuten, rohstoffreiche Kleinplaneten, deren Gestein Edelmetalle wie Platin enthält oder Seltene Erden. Unter Experten ist umstritten, ob das überhaupt technisch möglich ist, und wenn ja, wann.

Planetary Resources hat sich vorsichtshalber 20 Jahre Zeit gegeben. Das klingt realistisch genug, um Kleininvestoren zu begeistern: Diesen Juni gelang es der Firma, die Entwicklung eines 15 Kilogramm schweren Asteroiden-Teleskops, ARKYD-100, über die Crowdfunding-Plattform Kickstarter zu finanzieren. „Asteroid-Bergbau klingt vielleicht wie eine Erfindung, aber es ist eine Wissenschaft“, hieß es optimistisch. Mehr als 1,5 Millionen Dollar kamen zusammen.

Dabei ist noch gar nicht klar, ob ein privater, gewinnorientierter Bergbau im All



Ein Zentrum der Weltraumindustrie: Der „Gateway to Space“ in der Wüste New Mexicos.

überhaupt legal wäre. Wem gehört der Mond? Wer darf Schürfrechte auf einem Asteroiden beanspruchen? Kann und will die Völkergemeinschaft privaten Unternehmen unreguliert das Feld überlassen? Viele grundsätzliche Fragen sind offen. Ältere Abkommen wie der Weltraumvertrag von 1967 atmen den Geist des Kalten Krieges und haben Staaten im Blick, nicht Unternehmen. Zur Eigentumsfrage steht da sehr allgemein: „Der Weltraum einschließlich des Mondes“ »

SIR RICHARD BRANSON

Gründer der Firmengruppe Virgin



Vermögen*: 4,6 Mrd. \$
Space-Venture: Virgin Galactic
Ziel: Weltall-Tourismus

ELON MUSK

Gründer von Paypal und Tesla



Vermögen*: 2,7 Mrd. \$
Space-Venture: SpaceX
Ziel: Space-Shuttle-Service

LARRY PAGE

Gründer von Google



Vermögen*: 23 Mrd. \$
Space-Venture: Planetary Resources
Ziel: Asteroid-Bergbau



Asteroiden als Abbaugebiete im Blick:

Peter Diamandis, CEO der X Prize Foundation und Mitbegründer von Planetary Resources Inc., Chris Lewicki, Präsident und Chefsingenieur des Unternehmens sowie Mitbegründer Eric Anderson (v. l.).

und anderer Himmelskörper unterliegt keiner nationalen Aneignung.“ Der Mondvertrag von 1979 präzisiert immerhin, dass „weder die Oberfläche noch der Untergrund des Mondes“ in das Eigentum eines Staates, einer Organisation, Körperschaft oder Person übergehen kann. Doch den haben gerade einmal 15 Staaten ratifiziert; die USA, Russland, China und auch Deutschland zählen nicht dazu.

Erst 1999 nahmen zum ersten Mal Vertreter der Privatwirtschaft an einer Konferenz der UN zur friedlichen Nutzung des Weltalls teil, und da waren es vor allem Konzerne wie Boeing und Lockheed Martin, die am Satellitengeschäft interessiert waren. Mit den neuen privaten Spielern steigt der Klärungsbedarf, was erlaubt und was verboten ist (siehe Interview). So könnte es künftig Nutzungsgebühren geben oder Strafen für Weltraumverschmutzung. Das heißt auch:

Die Kostenrechnung weltraumaktiver Unternehmen sieht in ein paar Jahren vielleicht ganz anders aus.

Fehler kosten Menschenleben

Nicht nur deshalb bleibt das Unternehmen Raumfahrt ein riskantes Geschäft. Extrem hohen Investitionen stehen höchst unsichere Erträge gegenüber: Wie viele Menschen haben genug Geld und Nerven, um sich als Weltraumtourist zu versuchen? Was bleibt an staatlichen Aufträgen fürs Shuttle-Geschäft, sollte die Regierung ihre Forschung langfristig zurückfahren? Aber selbst wenn die Einnahmen kalkulierbar sind, bleiben große Risiken auf der Ausgabenseite. Raumfahrttechnik ist anspruchsvoll, komplex und störanfällig. Ein kleiner Fehler kann Monate Zeitverlust bewirken und viele Millionen Dollar kosten. Blue Origin etwa, das Unternehmen von Jeff Bezos, verlor im

August 2011 bei einem Testflug ein komplettes Raumschiff. 2008 entzog die NASA der Firma Rocketplane Kistler in Oklahoma einen 207-Millionen-Dollar-Auftrag zur Entwicklung einer Raumfähre, weil das Unternehmen den Zeitplan nicht einhalten konnte. Zwei Jahre später meldete Rocketplane Kistler Insolvenz an.

Im schlimmsten Fall kosten Fehler Menschenleben. Unvergessen ist die Katastrophe der NASA-Raumfähre „Columbia“, die bei der Rückkehr von einer ISS-Mission am 1. Februar 2003 verglühte; alle sieben Astronauten starben. Für Virgin Galactic oder XCOR würde ein ähnliches Unglück wohl das Aus bedeuten.

Nicht ohne Grund gehören viele Astronauten der ersten Stunde wie Dick Gordon und Fred Haise, die auf Apollo-Missionen den Mond erkundeten, zu den Gegnern der privaten Raumfahrt, berichtete das *New York Magazin*. Die einstigen Nationalhelden fühlten sich in ihrer Ehre gekränkt, wenn All-Spaziergänge als Nervenkitzel für jedermann angesehen werden, wie Achterbahnfahrt oder Bungeespringen. Darüber hinaus nagt der Gedanke, dass die Supermacht USA keine eigene Weltraumflotte mehr besitzt, am Nationalstolz. Das zeige „das Abrutschen der Nation in die Mittelmäßigkeit“, klagten sie vor zwei Jahren in einem Brief an Obama. Aufhalten konnten sie den Vormarsch der Astropreneure in den Kosmos freilich nicht.

ROSS PEROT JR.

Chairman der IT-Firma Perot Systems



Vermögen*: 1,4 Mrd. \$

Space-Venture: P lanetary Resources

Ziel: Asteroid-Bergbau

ERIC SCHMIDT

Chairman von Google



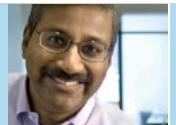
Vermögen*: 8,2 Mrd. \$

Space-Venture: Planetary Resources

Ziel: Asteroid-Bergbau

RAM SHRIRAM

Google-Frühinvestor und Boardmitglied



Vermögen*: 1,65 Mrd. \$

Space-Venture: Planetary Resources

Ziel: Asteroid-Bergbau

* Forbes 2013 ** Celebritynetworth.com

„One-Way-Trip zum Mars“

Stephan Günther, 45, hat sich für die private „Mars-One-Mission“ beworben. Das von einer niederländischen Stiftung getragene Projekt plant, ab 2024 den Mars zu besiedeln – eine Rückkehr ist nicht vorgesehen. // INTERVIEW // **RALF KALSCHUR**



Was hat der Mars, was Leichlingen nicht hat?

Die Faszination für den Weltraum zieht sich durch mein ganzes Leben. Um das Fliegen zu professionalisieren, habe ich in Amerika die Berufspilotenlizenz erworben, dann eine Fluglehrerausbildung gemacht. Daneben entwickle ich Software für Raumfahrtssimulationen. Alles mit dem Ziel: Ich will da hoch!

Wie reagierten Ihre Frau und Ihre drei Kinder auf die Bewerbung bei „Mars One“?

Schwieriges Thema. Als ich meiner Frau davon erzählte, hat sie gesagt: „Wenn du in zehn Jahren den Planeten verlassen willst, kannst du auch jetzt gehen.“ Wir sprechen darüber und bereiten uns vor. Meine Familie könnte mich nicht umstimmen, das ist meine freie Entscheidung.

Wie steht es um die Machbarkeit der Mission?

Die Landung des Mars-Rovers „Curiosity“ hat gezeigt, was technisch möglich ist. Die psychische Belastung der Astronauten bei acht Monaten Reisezeit ist aber ein Problem, die Strahlung ein anderes. Kleine Meteoriten könnten ein Showstopper sein. Es sind noch viele Fragen zu klären.

Warum nehmen Sie „Mars One“ ernst?

Mich hat überzeugt, dass der niederländische Physik-Nobelpreisträger Gerard 't Hooft dahintersteht. Ich habe auch beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) nachgefragt, die zwar die Risiken kritisieren, aber das Vorhaben nicht für unseriös halten.

Sie sollen sich in Wettkämpfen messen, bis 40 Kandidaten übrig bleiben.

Es wird Challenges geben, Genauer weiß ich noch nicht. Die Mission kann nur realisiert werden, wenn sie als weltweites Medienereignis sehr viel Geld einspielt.

Und wenn Sie rausfliegen?

Mit dem Projekt „We are Spaceship“ soll über Crowdfunding ein Raketenflugzeug finanziert werden. Da bin ich als Pilot vorgesehen. Ich will ins All!

Bei SpaceX, dem Unternehmen von Elon Musk, boomt unterdessen das Geschäft. Neben der NASA gehören neuerdings auch die Air Force und die kanadische Regierung zu seinen Kunden. Rund 50 Starts von Satelliten und Fähren sind fest gebucht, mit einem Auftragswert von insgesamt fünf Milliarden Dollar. Nebenbei arbeitet SpaceX



Weltraumgarage: Das „Dragon“ getaufte Raumschiff im Hangar von SpaceX.

an Raketen, die beim Eintritt in die Erdatmosphäre nicht verglühen, sondern wiederverwendbar sind. Das würde den Preis einer Mission ins All drastisch senken.

Fernziel aber bleibt Musks Traum vom Mars. Er will auch selber dorthin fliegen, und wenn er bis dahin ein alter Mann geworden ist. Ein Reporter der britischen Tageszeitung *The Guardian*, der ihn in Kalifornien besuchte, fragte keck, was denn auf dem Grabstein stehen solle, wenn ihn der Tod auf dem roten Planeten ereile. Musk wünschte sich folgende Gravur: „Holy Shit, ich bin auf dem Mars, ist das nicht unglaublich?“ ●



CHRISTINE MATTAU, freie Journalistin in New York, fand die Recherche über Weltraumunternehmer faszinierend. Sie selbst verzichtet aber gern auf einen Marsspaziergang und macht es sich lieber mit einem guten Science-Fiction-Roman im Ohrensessel bequem.
redaktion@libmag.de

„Wir brauchen neue Regeln“

Wenn sich der Weltraum zu einem Wachstumsmarkt für private Akteure entwickelt, reichen die bestehenden Richtlinien nicht aus. Warum, erklärt

MAX MUTSCHLER. // INTERVIEW // **CHRISTINE MATTAUCH**



Warum ist eine Regulierung des Weltalls erforderlich?

Es wird voller im Weltraum: Neben die etablierten staatlichen Akteure tritt die neue Gruppe der Astropreneure. Es ist ganz klar, dass sich dadurch die Probleme verstärken, die wir jetzt schon haben, beispielsweise mit Weltraumschrott. Eine nachhaltige Nutzung des Weltalls ist das, was Ökonomen ein öffentliches Gut nennen – es profitieren alle davon. Deshalb müssen die Staaten dafür sorgen, dass die Aktivitäten Einzelner nicht zulasten der Gemeinschaft gehen.

Was müsste sich ändern?

Es gibt bereits einige Richtlinien – etwa den Weltraumvertrag von 1967 und in der Folge weitere Abkommen, die für die Zeit des Kalten Kriegs ausreichend waren. Für künftige Szenarien, in denen sich ein Wachstumsmarkt für private Akteure entwickelt, reicht das nicht. Wir brauchen neue Regeln.

Wie könnten die aussehen?

Was es schon gibt, sind die sogenannten Space Debris Mitigation Guidelines – unverbindliche Richtlinien, um das Entstehen von Weltraumschrott zu verhindern. Konkret geht es zum Beispiel darum, dass Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer auf einen Orbit umgeparkt werden, auf dem sie weniger Schaden anrichten, oder kontrolliert zum Verglühen gebracht werden. Notwendig wäre darüber hinaus ein Verbot der absichtlichen Zerstörung von Weltraumobjekten. China hat 2007 einen Wettersatelliten abgeschossen und dabei große Mengen Weltraumschrott produziert. Das hat die Einsicht verstärkt, dass es Handlungsbedarf gibt. Spannend mit Blick auf die neuen privaten Akteure ist die Frage von Gebühren. Laut Weltraumrecht sind die Staaten für die Weltraumaktivitäten verantwortlich, die von ihrem Territorium ausgehen. Sie könnten bei denjenigen Unternehmen, die den Weltraum belasten – das ist ja eine Art Umweltverschmutzung –, eine Abgabe einfordern. Das Geld könnte dann in Forschung darüber investiert werden, wie sich Weltraumschrott verringern lässt. Das Problem ist nur, dass die Staaten, die solche Gebühren erheben würden, ihre eigene Industrie gegenüber der Konkurrenz benachteiligen würden.

Das ließe sich durch eine globale Instanz verhindern ...

Sinnvoll wäre sicher eine internationale Zuständigkeit. Es gibt allerdings wenig Appetit bei den mächtigen Staaten,

neue Behörden zu schaffen, die womöglich schwerfällig und ineffizient agieren. Sie bevorzugen eine informelle Verständigung. Aber je mehr Staaten im Weltraum aktiv werden, desto mehr stößt dieses System an Grenzen.

Wie sieht es mit Regeln zur wirtschaftlichen Nutzung aus, etwa für den Bergbau auf Asteroiden?

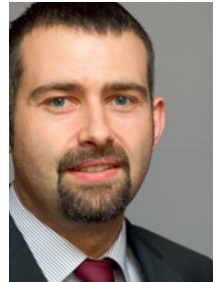
Der liegt nach meiner Kenntnis in weiter Ferne, aber generell gibt es den Weltraumausschuss der Vereinten Nationen, der solche Fragen diskutieren könnte. Dieses Gremium würde sich auch eignen, um die Entwicklung des Weltraumrechts und Verhaltensregeln voranzutreiben.

Die Europäische Union hat im Jahr 2010 Vorschläge für einen internationalen Code of Conduct vorgelegt. Zeichnet sich ein Konsens ab?

Die USA haben sich anfangs skeptisch gezeigt und signalisiert, dass sie den Entwurf so nicht übernehmen wollen. 2012 haben sie sich dann aber zur Mitwirkung bereit erklärt. Sie sind konstruktiv und offenbar auch bereit, eine internationale Lösung zu akzeptieren, wenn auch als Verhaltenskodex und nicht als völkerrechtlichen Vertrag, der innenpolitisch kaum durchsetzbar wäre. Die größeren diplomatischen Widerstände liegen woanders, etwa bei China und Indien. Die EU hat sich das sicher etwas leichter vorgestellt, ursprünglich wollte man den Kodex schon in diesem Jahr unter Dach und Fach haben. Immerhin finden in unregelmäßigen Abständen Treffen auf der Arbeitsebene statt. Langfristig wünsche ich mir allerdings eine Regelung, die darüber hinausgeht, Stichwort: Kontrolle der Technikentwicklung.

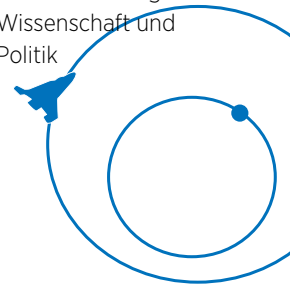
Was meinen Sie damit?

Bei fast allen Weltraumtechnologien handelt es sich um Dual-Use-Technologien, die man sowohl militärisch als auch zivil nutzen kann. Ein Satellit beispielsweise kann der Kommunikation dienen, aber auch eine Waffe sein. Die Lösung kann nicht darin liegen, Satelliten zu verbieten. Aber denkbar wäre ein internationales Test-Stopp-Abkommen, wie im Nuklearbereich. Es lässt sich schon ablesen, wann die Schwelle von der zivilen zur militärischen Nutzung überschritten wird. Ich bin allerdings eher pessimistisch, was die Erfolgsaussichten einer solchen Regelung angeht.



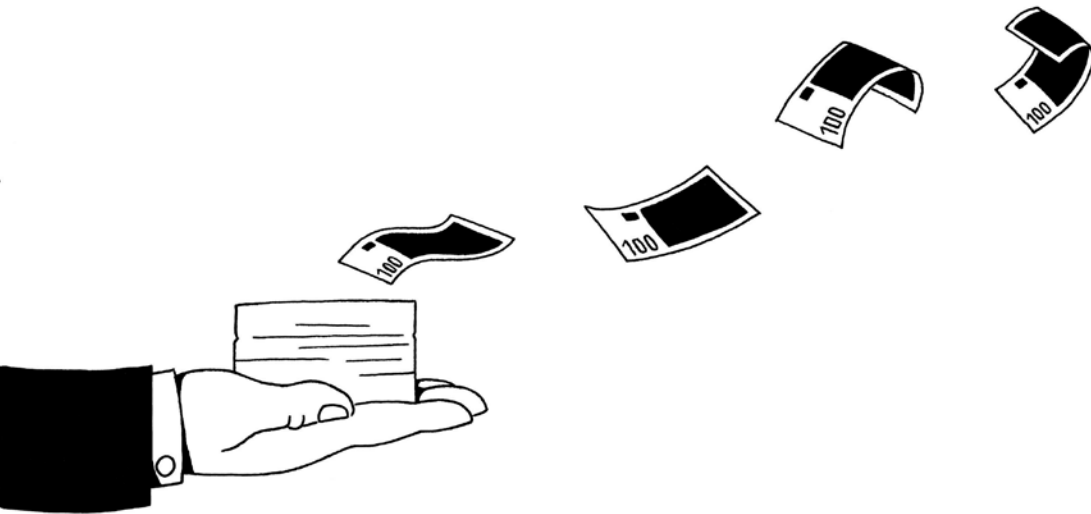
In Sorge ums All:

Dr. Max Mutschler, Mitarbeiter der Forschungsgruppe Amerika und Experte für Weltraumpolitik bei der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik



IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER DEN UMGANG MIT UNSEREN STEURGELDERN. THEMA DIESMAL:

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION WÄCHST UND WÄCHST



Bis heute gilt in der Europäischen Union (EU) der Grundsatz: ein Land, ein Kommissar. Der Lissabon-Vertrag von 2007 sah hingegen der wachsenden Mitgliederzahl wegen vor, dass die Anzahl der Kommissionsmitglieder künftig nur noch zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten entspricht. Nach einem demografischen und geographischen Rotationsprinzip sollten die Mitglieder wechseln. Doch im Mai 2013 zog der EU-Rat einstimmig die Notbremse und hebelte den Lissabon-Vertrag in diesem Punkt aus politischen Gründen aus. So gilt die Formel „Ein Land, ein Kommissar“ auch über das Jahr 2014 hinaus – und statt 19 sitzen jetzt, nach dem Beitritt Kroatiens, 28 hochdotierte Vertreter in der Kommission.

Auf mehr als 300.000 Euro Jahressalär bringt es ein durchschnittliches, einfaches Kommissionsmitglied. Eine solch aufgeblähte Kommission kostet die Steuerzahler aber weit mehr Geld. Denn jedem Kommissar wird auch ein eigenes Kabinett zugebilligt, das aus einem Chef, einem Stellvertreter und fünf weiteren

Mitgliedern besteht. Dazu kommen mehrere Sekretärinnen. Der Kommissar hat zudem Zugriff auf einen Dienstwagen, dessen Leasingrate monatlich 2.000 Euro kosten darf – und zusätzlich wird selbstverständlich ein Fahrer benötigt. Mit Reise- und Unterbringungskosten bringt es allein das direkte Umfeld eines Kommissars auf 1,5 bis 2 Millionen Euro pro Jahr. 28 Kommissare schlagen folglich mit rund 50 Millionen Euro jährlich zu Buche. Wäre der Lissabon-Vertrag unangetastet geblieben, wären es nach 2014 jährlich rund 16 Millionen Euro weniger gewesen.

Auch wird sich mit der Neubildung der Kommission nach der Europawahl 2014 zeigen, welche administrativen Kosten noch folgen werden. Denn bisher hat der neue kroatische Kommissar das bereits bestehende Dossier Verbraucherschutz übernommen, ohne größere Verwaltungsänderungen vorzunehmen. Nach der Wahl ist jedoch nicht auszuschließen, dass Generaldirektionen, Dienststellen und Ämter weiter expandieren, zumal die Kommission zeitnah 249 Kroaten

(langfristig 375) in die Verwaltung aufnehmen will, darunter einen Generaldirektor und drei weitere Direktoren. Für diese Top-Beamten müssen nun Aufgaben gefunden werden. Hier wird die Kommission sicherlich erneut Kreativität an den Tag legen.

Das gilt auch für den Rechnungshof und den Gerichtshof auf EU-Ebene, denn die Spitzengremien der Institutionen bestehen ebenso aus 28 Mitgliedern, spielen in derselben Gehaltsklasse und genießen annähernd den gleichen Pomp bei der Amts- und Personalausstattung wie die Kommissare. So oder so bleibt die Kritik, dass eine derart aufgeblähte EU-Bürokratie keinem Steuerzahler zu vermitteln ist. Allerorten werden staatliche Leistungen gekürzt, und in den Euro-Krisenstaaten kämpfen viele Bürger um ihre Existenz. Aber das schert die EU-Staats- und Regierungschefs offensichtlich nicht. Das Motto lautet weiterhin: ein Land, ein vergoldeter Thron. ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

Zug um Zug

Die Arbeitsgeräte stammen aus den 40er-Jahren, wiegen rund 120 Tonnen und zählen 6.000 Pferdestärken. 194 158-2 und 194 178-0 lauten die korrekten Bezeichnungen. Mit diesen historischen Lokomotiven betreibt Barbara Pirch das kleinste Bahnunternehmen Deutschlands. Über eine willensstarke Frau, die auch auf Abwegen die Spur hält. // TEXT // **MIRKO HACKMANN**

Unter der Last von 20 Kesselwagen schiebt sich die Lok auf der Mariaorter Brücke über die Donau. Ein Signal bedeutet ihr stehen-zubleiben. Während sich ein endlos langer Reisezug langsam vorbeischiebt, nähert sich aus dem Regensburger Betriebsbahnhof eine Lokomotive. Eine Weiche legt sich um, das Signal springt auf Langsamfahrt. Die Lok mit den Kesselwagen setzt ihren Weg am Flussufer fort. Das Klicken der Relais verstummt.

„Alles voll analog“, sagt Barbara Pirch sichtlich stolz und weist auf die mächtige Modellbahnanlage in ihrem Hobbyzimmer. Zehn Züge, zwei Kilometer Kabel und kübelweise Herzblut halten diesen gleisgewordenen Kindertraum in Betrieb. Fleischmann N ist normalerweise nicht Pirchs Spurweite, doch in ihrem Unternehmen Rail4U stehen momentan alle Räder still. Die Zukunft ihrer Lok ist nach einem unverschuldeten Unfall ungewiss, die Reservelok noch nicht fahrbereit. Vorläufiges Ende aller Dienstfahrten. Doch Pirch ist guten Mutes und fest entschlossen: „Ich muss wieder ans Fahren kommen.“

Der Stillstand macht ihr zu schaffen: Keine Lok, keine Aufträge, kein Geld. Und die Kosten laufen weiter. Doch das allein ist es nicht. Pirch ist ein Tatmensch. Stellt das Leben die Signale auf Halt, steht sie erst recht unter Strom. Vor vier Tagen erst hat sie mit dem Sattelschlepper einen Radsatz mit Fahrmotor



Frau am Fahrschalterhandrad: Barbara Pirch 1995 im Führerstand ihrer Diesellok in Krefeld.

nach Eisenach gebracht, um ihre Ersatzlok, die 194 158-2, ans Laufen zu bekommen. Wie bei der Restaurierung ihrer vom Schrott aufgegebellen Lokomotiven legt die gelernte Schlosserin auch hier selbst Hand an.

Vorausschauend hatte sie sich schon 1995 wichtige Ersatzteile aus Österreich gesichert. Als die Österreichischen Bundesbahnen den Betrieb der fast baugleichen - dort als 1020 bezeichneten Maschinen - einstellte, hatte Pirch zugeschlagen, denn in Deutschland war die Baureihe 194 bereits in den 80er-Jahren ausgemustert worden. Ihr Exemplar ist das einzige, das noch für kommerzielle Zwecke genutzt wird. So ist jede Fahrt der resoluten 47-Jährigen ein Fest für die Trainspotter dieses Landes, das Netz voll mit Fotografien ihrer Lok. Auch, weil - wie im Traktionsgeschäft üblich - bei jeder Fahrt andere Güterwagen anhängen. Mal sind sie beladen mit Schrott, dann stehen nagelneue Autos drauf, nicht selten beinhalten sie Gefahrgüter wie Benzole oder Gase. Rail4U springt ein, wenn sich bei den Großen der Branche eine Lücke auftut. Mehr festes Personal als sich selbst und eine Bürokauffrau braucht Pirch dafür nicht.

Vor allem im süddeutschen Raum ist sie mit ihren zugstarken Gefährten unterwegs, denn trotz des Alters erklimmen die E-Loks noch immer mühelos jeden Berg. 600 Kilometer von Pirchs Wohnort in



Willich nahe Mönchengladbach liegt der Heimatbahnhof der Krokodile im oberbayerischen Ingolstadt. Entsprechend selten ist Pirch daheim. Es ist ein Leben auf Abruf, das zwischen Hotels und Schiene pendelt und dessen beruflicher Teil vornehmlich nachts stattfindet. Denn dann ruht der Personenverkehr weitgehend und die Bahn ist frei für Gütertransporte.

Für Freunde oder gar eine Partnerschaft ist in diesem Leben kaum Platz. Warum sie das in Kauf nimmt? „Umfassende Freiheit gibt es auf Schienen naturgemäß nicht. Aber es gibt diese Momente der Freiheit, die ich erlebe, wenn ich allein auf der Lok bin und schöne Landschaften durchquere oder besondere Naturschauspiele erlebe.“

Zahlreiche Fernsehbeiträge zeigen, wie Pirch bei Wind und Wetter unterwegs ist: In der Dunkelheit läuft sie über Gleise zu entlegenen Abstellplätzen, rangiert ihre Lok an die bereitstehenden Güterwagen, kuppelt Eisenbahnfahrzeuge aneinander und setzt mit einer maximalen Anfahrzugkraft von 40 Tonnen Hunderte Meter Wagenzuglängen in Bewegung. Eine Bahnschwelle nach der anderen zieht das mächtige Krokodil unter sich hinweg, bis sie mit zunehmender Geschwindigkeit zu einer Fläche verwischen. Mit der routinierten, aber noch immer leidenschaftlichen Hingabe, wie sie sonst häufig seit Langem verheirateten Frauen eigen ist, bedient Pirch die antiquiert

anmutenden Schalter und Hebel ihres Berufsalltag gewordenen Kleinjungentraums. Die Geschwindigkeit des Kolosses reguliert sie über ein großes Fahrerschalterhandrad. Wie bei ihrer Modellbahn daheim im Hobbyzimmer funktioniert auch beim Krokodil alles analog.

„Einen ICE kann fast jeder fahren, für alte Loks wie meine müssen Sie das Handwerk des Lokführers wirklich beherrschen“, erklärt Pirch. Nicht selten ist Improvisationskunst gefragt, aber weil sie die Technik ihrer 194er aus dem Effeff beherrscht, weiß sie kleine Defekte mit einem Stück Draht oder einem Holzkeil zu beheben. Den Mangel an Komfort gegenüber modernen Loks nimmt sie für das originäre Bahngefühl gern in Kauf. „Im Winter heißt es frieren, im Sommer schwitzen, und natürlich ist es immer ärgerlich, wenn wieder mal etwas kaputtgeht“, räumt sie ein. „Doch das Fahrerlebnis ist einzigartig.“

Woher Pirchs Bahnleidenschaft rührt, ist nicht allzu schwierig zu erklären, denn die kleine Barbara ist mit großen Eisenbahnen aufgewachsen. Ihr Vater war Rangierobermeister in Düsseldorf. Die gesundheitlichen Probleme der Mutter führten die Tochter aber häufig nach Lindau am Bodensee. Und auch dort spielte die Eisenbahn im Alltag eine große Rolle. Der mittlerweile längst abgebrochene Ringlokschuppen war nahe am See gelegen, heute gehört das Areal zur Privatklinik des Schönheitschirurgen Dr. Werner Mang. »

Bahn frei: „Krokodil“ heißt Pirchs 194 158-2 unter Aficionados.



Zum damaligen Lokschuppengelände gehörte auch eine Eisenbahnerkantine, die Barbara häufig mit ihrem Vater besuchte und von deren exzellenter Küche sie noch heute schwärmt. So sah sie auf den Lindauer Bahnanlagen tagein, tagaus die stählernen Kolosse rangieren.

„Eines Tages nahm mich mein Vater mit in den Lokschuppen, und in einem der finsternen Dampflokführerstände öffnete er die Feuertüre. Ich blickte in das glühende Loch und eine Woge von Hitze stieß mir entgegen. Da packte mich plötzlich mein Vater und scherzte, er würde mich jetzt da hineinwerfen“, erinnert sich Pirch. Der Lokführer einer V200 hörte ihr Gebrüll und rief: „Woas schreistn so, Madl? Kummst halt herüber.“ Und bevor sie sich versah, saß sie hoch droben im hellen und sauberen Führerraum der imposanten Diesellok, neben sich den Retter mit Seppelhut. „Und genau in diesem Moment war mir klar: Wenn ich groß bin, werde ich solche Loks fahren.“ Wer heute in Pirchs Büro kommt, sieht eine Fotografie aus dem Jahre 1995 an der Wand hängen. Sie zeigt Pirchs - mittlerweile verkaufte - 221 135-7 vor den letzten Rudimenten des Lindauer Ringlokschuppens. Doch bis dahin war es damals noch ein langer Weg.

Einstweilen musste sich die Schülerin damit begnügen, den Grenzverkehr zwischen Lindau und Bregenz zu beobachten. Das war vor allem deswegen spannend, weil die Deutsche Bundesbahn in dieser Region ausschließlich auf Diesel setzte, von österreichischer Seite aber elektrisch betriebene Lokomotivi-



Bundesbahn-Look der 80er: Barbara Pirch mit ihrem damaligen Dienstfahrzeug, einer 221-er, unter Bahnfreunden auch „Roter Elch“ genannt.

ven in Lindau anrollten. Von Garmisch aus - wohin der Vater nach der Trennung der Eltern gezogen war - erschloss sich Barbara zudem den Alpentransitverkehr. Unter den Grenzgängern war auch ihr heiß geliebtes Krokodil, mit dem Pirch heute ihr Geschäft betreibt.

Obwohl nicht ganz unschuldig an der Bahnmanie seiner Tochter, riet der Vater Barbara nach dem Abitur davon ab, ihrer Leidenschaft zu folgen. „Er wünschte, dass ich studiere, um Ärztin oder Wissenschaftlerin zu werden - ich wollte aber nach wie vor nichts anderes als auf die Lok“, erinnert sich Pirch. Folglich erlernte sie bei Bayer in Krefeld-Uerdingen den Schlosserberuf. Eine abgeschlossene Ausbildung war seinerzeit die Voraussetzung, um Lokführerin werden zu können. Und obwohl ihr der Beruf Spaß machte und vergleichsweise gut dotiert war, ließ Pirch ihr Monatsgehalt von 2.700 Mark sausen - um 1986 für 870 Mark schließlich die Lokführerlaufbahn bei der Bundesbahn einzuschlagen. Erste offizielle Dienstbezeichnung: Reservelokführeranwärterin zur Anstellung.

„Endlich war ich Teil der Familie“, erinnert sich Pirch. Begierig sog sie das gesamte Bahnleben in sich auf: erwarb Dutzende von Fahrberechtigungen und ausführliches Baureihenwissen sowie Hunderttausende Kilometer Fahrpraxis auf Eilzügen, D-Zügen, S-Bahnen, Intercitys, war im Nah- wie Fernverkehr unterwegs, transportierte Güter und Personen. An wechselnden Einsatzorten zwischen Regensburg und dem niederländischen Venlo brachte sie es schließlich bis zur Hauptlokführerin. Trotz Schichtdiensten,

Wetterwidrigkeiten und häufigen Dienststellenwechseln blieb Pirch eine begeisterte Eisenbahnerin. Bis ins Kleinste durchdrang sie das Innenleben der Loks, interessierte sich für jedes technische Detail. Und als ihr das alles nicht mehr reichte, kaufte sie 1992 von einem jugoslawischen Schrotthändler in Rosenheim für 34.000 Mark ihre erste eigene Lok, die 221 135-7 - nicht fahrbereit und ohne Motoren.

Auf einem Gelände der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach erweckte sie die Lok aus den 60er-Jahren mithilfe eines Förderervereins in mühevoller Kleinarbeit wieder zum Leben. 1995 war es dann so weit: Der inzwischen verstorbene, allerbeste Freund Pirchs - Lokführer Egon Seufert - organisierte eine Sonderfahrt mit historischen Reisezugwagen. Ziel waren die Reste des Lokschuppens in Lindau, in dem sie seinerzeit als Kind den Entschluss gefasst hatte, Lokführerin zu werden. Bei der Ankunft entstand das besagte Foto, das heute in ihrem Büro hängt. „Diese Fahrt war einer der schönsten Momente meines Lebens“, sagt Pirch heute. Was womöglich auch ein wenig daran lag, dass 1994 die Bahnreform begonnen hatte, die Pirchs Begeisterung für ihren Berufsalltag von Tag zu Tag schmälerte. Dass Reformen nötig waren, weiß sie. Die Umsetzung behagte ihr nicht.

„Plötzlich war alles anders“, sagt sie, „für uns, aber auch für die Kunden.“ In den Reisezugwagen hielt die Plastikwelt Einzug, Automaten ersetzten Schalterbeamte, aus Kleinstadtbahnhöfen wurden überdachte Haltestellen, aus großstädtischen Stationen Shoppingcenter. Auch die große Bahngemeinschaft verlor an Zusammenhalt. Skatrunden, Kegelvereine und Kleingärtnergemeinschaften zerfielen in dem Maße, wie sich die Bundesbahn in Untergesellschaften der Deutschen Bahn zergliederte. Immer weiter schritt die Spezialisierung voran. Qualifizierte Allrounder wie Pirch waren nicht mehr gefragt. „Aus der breiten Palette der Baureihen bekam ich nur noch wenige zu sehen, der Alltag wurde langweilig, das Ansehen der Lokführer sank auf Fernfahrerniveau.“ Pirch zog die Notbremse und machte sich selbstständig - mit all den Risiken, die sie gerade zu spüren bekommt. Was sie wiedergewann, war ihre Freiheit und ein Stück persönliche Eisenbahnpfandung aus vergangenen Tagen.

Möglich machte ihr Geschäftsmodell die Liberalisierung des Streckennetzes. Die Zahl der Mitspieler auf dem Transportmarkt wuchs. Pirch, ihr Know-how und ihre alte Lok waren plötzlich gefragt. Über ihre 221er-Lok erwuchs ein Kontakt zu Siemens, sodass sie

neben dem Traktionsgeschäft ein zweites Standbein aufbauen konnte: Sie begann Lokführer zu schulen, im europäischen Ausland, ein Jahr lang sogar in Brasilien. Das Geschäft lief gut. Bis Pirch den Verkaufserlös ihrer 221 135-7 investierte und „auf Anraten falscher Freunde für eine fast siebenstelligen Summe Immobilien erwarb, die sich als Schrott erwiesen“. Die Annuitäten belasten sie noch immer. Umso schlimmer, dass ihr Betrieb ruht.

„Was momentan passiert, ist für mich existenzbedrohend“, sagt Pirch. Dass sie ihren Beamtenstatus bei der Bahn aufgegeben hat, bereut sie trotzdem nicht. „Ich habe meinen Lebenstraum von einer eigenen Lok durch meiner eigenen Hände Arbeit zum Leben erweckt“, sagt sie. Angst scheint sie keine zu kennen. Trotz der Modellbahn im Hobbyzimmer liegen ihr doch vor allem die schweren Geräte. Es gibt wohl wenige Frauen, die 120-Tonnen-Loks vom Schrott

Wo alles begann:

Die Reste des Lindauer Lokschuppens mit Pirchs mittlerweile verkaufter 221 135-7.



holen und sie wieder herrichten - wissend, dass allein die alle acht Jahre fälligen Hauptuntersuchungen den Gegenwert eines Eigenheims verschlingen.

Der Hang zu schweren Maschinen erwachte früh - und beschränkte sich auch keineswegs auf Lokomotiven. Im Alter von acht Jahren schaute Barbara am liebsten „Movin' On“, eine US-Fernfahrerserie, welche die Freiheit der Landstraße beschwor. Erst neulich hat sich Pirch einen Modellbausatz des Trucks Kenworth W 900 A gekauft, der in dem Film eine Hauptrolle spielt. So einen hatte sie bereits als Kind. Jetzt will sie ihn noch mal ordentlich zusammenbauen. ●



MIRKO HACKMANN hat Ende der 80er-Jahre Europa als Interrailer erkundet. Insofern ist ihm Bahnromantik nicht fremd. Auf die Idee, eine Lok zu restaurieren, kam er allerdings nie.
redaktion@libmag.de

Geißel der Marktwirtschaft

Ob Kartoffeln, Zucker, Flüssiggas oder Hundefutter – in vielen Branchen belebt gerade nicht Konkurrenz das Geschäft. Unlautere Preisabsprachen hat es schon immer gegeben, aber in den letzten Jahren fliegen immer mehr dieser Kungelrunden auf. Rund 250 Millionen Euro Bußgeld pro Jahr fließen in den Bundeshaushalt. Den Schaden aber trägt am Ende vor allem der Konsument.

// TEXT // **KAPKA TODOROVA** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Beim Bier hört der Spaß gemeinhin auf. Doch ausgerechnet dafür hat der deutsche Verbraucher in den letzten Jahren zu viel bezahlt. Da wandeln sich selbst stramme Sozen-Stammische, die sich ansonsten für Kohlesubventionen starkmachen, zu Verfechtern der Marktwirtschaft. Die fünf Brauereien Bitburger, Krombacher, Veltins, Warsteiner und Ernst Barre haben laut Bundeskartellamt über Jahre illegale Preisabsprachen getroffen – und so Millionen von Biertrinkern geschädigt. Den Recherchen zufolge wurden zwischen 2006 und 2008 Preiserhöhungen von jeweils fünf bis sieben Euro pro Hektoliter für Fassbier abgesprochen. Für Flaschenbier vereinbarten die freundschaftlich verbundenen Konkurrenten im Jahr 2008 eine Preiserhöhung, die zu einer Verteuerung des 20-Flaschen-Kastens um einen Euro führen sollte. Das Bundeskartellamt hat nun Bußgelder in Höhe von 106,5 Millionen Euro verhängt. Die Bierbranche schluckte schwer.

Allein im Jahre 2012 verhängte das Bundeskartellamt rund 303 Millionen Euro an Bußgeldern wegen verbotener Absprachen. Die höchste Summe seit 2008 – damals beliefen sich die Strafforderungen auf rund 314 Millionen Euro. Wie aber kommt die Behörde den Preisabsprachen auf die Schliche, obwohl sie in der Regel mündlich geschlossen werden, um die



Bei neun Unternehmen sind Untersuchungen angeordnet wegen Verdachts auf illegale Preisabsprachen. Die Firmen sollen über den Zeitraum von zehn Jahren die Einkaufspreise für die Ware künstlich gedrückt und dafür die **Verkaufspreise in die Höhe getrieben** haben. Der Schaden für die Verbraucher soll sich auf etwa 100 Millionen Euro belaufen.

Nachweisbarkeit zu erschweren? Im Fall des Bierkartells lieferten Berichten zufolge die Bitburger-Braugruppe sowie Beck's-Produzent Inbev die Hinweise.

Kartelle gab es schon immer. In den letzten Jahren fliegen aber in Deutschland immer mehr illegale Preisabsprachen auf. Ein Hauptgrund dafür ist die Einführung der Kronzeugenregelung im Jahr 2000: Firmen, die gemeinsam mit Konkurrenten Preise manipuliert haben, können sich dem Bundeskartellamt offenbaren. Unter bestimmten Voraussetzungen erlässt oder reduziert dieses dann die fällige Geldbuße.

„Gut die Hälfte unserer Verfahren wird durch Hinweise von ehemaligen Kartellteilnehmern aufgedeckt. Es gibt aber auch andere Wege, wie zum Beispiel Beschwerden von Marktteilnehmern, Informationen von Insidern und ausgeschiedenen Mitarbeitern, intensive Marktbeobachtung oder auch anonyme Hinweise“, sagt der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt. Seine Behörde in Bonn agiert unabhängig





von Politik und Wirtschaft. 340 Mitarbeiter beobachten permanent den Markt und gehen Hinweisen auf Preisabsprachen nach.

Wenn sich ein Verdacht auf Kartellbildung bestätigt, müssen die Unternehmen zahlen. Die Höhe der Geldbuße hängt von verschiedenen Faktoren ab. Das Gesetz sieht einen Bußgeldrahmen von bis zu 10 Prozent des Jahresumsatzes eines Unternehmens vor. „Das ist allerdings die absolute Höchstgrenze. Die meisten Bußgelder liegen deutlich darunter“, betont der Präsident. Entscheidend für die Höhe seien die Dauer und die Schwere der Tat. „Wir gehen bei der Berechnung vom sogenannten kartellbefan-

genen Umsatz aus, also dem Umsatz, der mit dem tatsächlich von den Absprachen betroffenen Produkten erzielt wurde.“ Im aktuellen Fall des Bierkartells legte das Amt den Umsatz zugrunde, den das jeweilige Unternehmen in Deutschland im Tatzeitraum mit dem Verkauf von Bier erzielte.

Seit Einführung der Kronzeugenregelung ist die Summe der verhängten Bußgelder um das 30-Fache gestiegen, zeigen Studien. Die Millionen fließen in den Bundeshaushalt – die betroffenen Konsumenten müssen schauen, wo sie bleiben. Ein direkter Ausgleich für Kunden ist gesetzlich bislang nicht vorgesehen. Indirekt aber wird der Verbraucher dank der Arbeit des Kartellamts doch entschädigt, argumentiert die Wettbewerbsbehörde. Schließlich sei das Geld im Bundeshaushalt ja für alle Bürger da. Und der Präsident betont: Wenn Kartelle aufgedeckt werden, tue das dem Wettbewerb gut, was wiederum zu niedrigeren Preisen und besseren Produkten führe. „Das ist das zentrale Ziel der Arbeit meiner Be-

SCHOKOLADE

Illegale Preisabsprachen bei elf Markenherstellern von Süßigkeiten hat das Bundeskartellamt 2007 entdeckt. Zu den Firmen zählten Kraft Foods Deutschland und Alfred Ritter, die sich gegenseitig über eine Preiserhöhung für Tafelschokolade informierten. 100-Gramm-Tafeln wurden 15 bis 25 Prozent teurer. Das Kartellamt verhängte gegen alle elf Firmen insgesamt 60 Millionen Euro Bußgelder.

hörde – nicht die Verhängung hoher Bußgelder“, sagt Mundt.

Darüber hinaus können Geschädigte auf der Basis von Entscheidungen des Kartellamts Schadensersatz geltend machen. „Eine Möglichkeit, von der inzwischen sehr rege Gebrauch gemacht wird“, betont FDP-Mitglied Mundt. Gleichwohl betrachtet er den Vorschlag der EU-Kommission kritisch, wonach Verbraucher einfacher Schadensersatz fordern können sollen, wenn sie Opfer eines Kartells geworden sind: „Der Teufel steckt im Detail. Die Ausgestaltung einer solchen Regelung müsste wohlaustariert

ZEMENT

380 Millionen Euro Bußgeld – das ist die bislang höchste Geldstrafe in der Geschichte des Bundeskartellamts. Der Grund war eine **illegale Aufteilung des Zementmarkts** unter den führenden Herstellern in den 90er-Jahren. Darunter waren die Branchengrößen Heidelberg-Cement, Holcim, Lafarge und Schwenk.



sein.“ Zwar hält er private Kartellrechtsdurchsetzung für eine wichtige Ergänzung zur Arbeit der Kartellbehörden. „Schadensersatzklagen könnten aber nur dann erfolgreich sein, wenn das Kartell zuvor von einer Behörde offiziell aufgedeckt wurde“, erläutert Mundt. Bei der Ausgestaltung der Schadensersatzregelungen müsse man überdies immer im Blick haben, die Attraktivität der Kronzeugenregelung zu erhalten. Das sei eine schwierige Balance.

Dass betrogene Kunden es mit Klagen gegen Kartelle schwierig haben, zeigt die Erfahrung der Deutschen Bahn. Das Bundeskartellamt hatte vor drei Jahren ein sogenanntes Schienenkartell aufgedeckt. ThyssenKrupp und sieben andere Unternehmen, darunter die österreichische Voestalpine, hatten sich auf überhöhte Preise für Gleise und Weichen geeinigt. Zehn Jahre lang - von 2001 bis 2011 - schädigten die beteiligten Firmen die Deutsche Bahn und den Bund um Hunderte Millionen. Die Bahn klagte auf Schadensersatz - und gewann. Allerdings ist der Beitrag, den das Schienenkartell zahlen muss, im Verhältnis zur geforderten Summe gering. Die Bahn verlangte 550 Millionen Euro plus 300 Millionen Euro Zinsen. Das österreichische Unternehmen Voestalpine zahlt rund 50 Millionen Euro, ThyssenKrupp 150 Millionen.

MEHL

Bei dem Mehlkartell hatten insgesamt 22 Unternehmen und deren Verband mitgemacht. Mühlenbetreiber trafen sich seit 2001 bis zu der Aufdeckung 2011 immer wieder. **Sie stimmten Preise und Liefermengen für Mehl ab.** Gegen alle 22 Firmen und deren Verband wurden 2011 und 2013 Geldbußen in Höhe von insgesamt mehr als 65 Millionen Euro verhängt.



FLÜSSIGGAS

Auch hier haben sich die führenden Anbieter den Markt aufgeteilt. Sie haben zwischen 1997 und 2005 vereinbart, **keine Bestandskunden abzuwerben.** Im April 2013 sollten die Unternehmen – darunter Primagas, Progas, Propan – 250 Millionen Euro Bußgeld bezahlen.

Trotzdem bewerten Beobachter die Einigung zwischen der Deutschen Bahn und den Kartellfirmen als großen Erfolg. Ein großer Teil des Schadensersatzes fließt laut Berichten der *Süddeutschen Zeitung* an den Bund und zahlreiche Bundesländer, die das Schienennetz mit staatlichen Mitteln fördern und insofern mit der Bahn zusammen betrogen wurden. Der Kampf des betroffenen Unternehmens geht aber weiter. Laut Zeitungsberichten fordert die Deutsche Bahn von ThyssenKrupp weiteren Schadensersatz in zweistelliger Millionenhöhe. Denn bei der Einigung im November ging es ausschließlich um die direkten Lieferungen von ThyssenKrupp an die Bahn. Zusätzlicher Schaden sei der Bahn aber bei indirekten Schienenlieferungen über Drittfirmen entstanden, lautet die Begründung.

Wenn ein Wirtschaftsriese wie die Bahn kaum an sein Geld kommen kann, was bleibt dann der diffusen Masse der Verbraucher? Wer könnte sie in einem langen und teuren Prozess vertreten? Und wie ließe sich beweisen, um wie viel Geld die Konsumenten in der Bäckerei vom Mehlkartell, an der Tankstelle von preisabsprechenden Ölfirmen oder beim Kaffeetrinken von maulschelnden Röstereien betrogen wurden?

Andreas Mundt glaubt, dass die Kartellverfolgung trotzdem hilft, da sie inzwischen einen hohen Abschreckungseffekt erzeuge. „Auch die Manager selbst werden mit hohen Geldbußen belegt. Das bewirkt Änderungen in den Unternehmen. Immer öfter führen sie

Complianceregeln ein, auf deren Durchführung sie auch tatsächlich achten.“

Wird das die Bildung von Kartellen künftig verhindern? Das sei vielleicht zu viel erwartet, räumt er ein. Eine Vereinfachung der Rechtsnormen könnte aus seiner Sicht aber schon viel bewirken: „Wer eine noch effektivere Kartellverfolgung möchte, sollte sich für eine Vereinfachung des Verfahrensrechts einsetzen.“ Den gelegentlich zu vernehmenden Ruf nach dem Strafrecht hält er hingegen für kontraproduktiv. „Strafrecht führt zu weniger, nicht zu mehr Kartellrechtsdurchsetzung, weil die Verfahren noch komplexer würden“, ist Mundt überzeugt.

Unstrittig hingegen ist unter vielen Experten, dass Rechtsänderungen auf nationaler Ebene allein nicht mehr ausreichend sind. Der Chef der deutschen Monopolkommission, Prof. Daniel Zimmer, unterstützt diesen Gedanken: „Ich fände es gut, wenn es eine europäische Monopolkommission gäbe.“ Auf europäischer Ebene müsse sich die Rolle der EU-Kommission wandeln. „Bei der EU-Kommission besteht derzeit eine einzigartige Machtzusammenballung. Sie ist in Kartellverfahren zugleich Ermittlerin, Verfolgerin und Entscheiderin. Niemand ist auf Unionsebene dazu bestellt, ihre Amtspraxis in Wettbewerbsangelegenheiten zu würdigen.“

Es wäre aber aut Zimmer richtig - in einem System von Checks and Balances - der EU-Kommission eine unabhängige Einrichtung auf Unionsniveau gegenüberzustellen, die ihre Amtspraxis evaluiert. Auch nach einer solchen Umstrukturierung hielte Zimmer nationale Einrichtungen wie die Monopolkommission nicht für obsolet: „Da immer noch viele Märkte national oder gar regional geprägt sind, ist es wichtig, außer auf europäischer nach wie vor auch auf nationaler Ebene Analysen der Wettbewerbsentwicklung anzustellen.“

Kartelle, Quasimonopole und Oligopole bedrohen den Wettbewerb gleichermaßen,

betont Zimmer (wie der Staat als Wettbewerbsverhinderer agiert, lesen Sie im Interview mit Prof. Zimmer rechts). Mit Kartellen versuchten Unternehmen, sich dem auf Märkten bestehenden Wettbewerbsdruck zu entziehen. Offenbar lohne sich dies in vielen Fällen, wie die nach wie vor große Zahl aufgedeckter Kartellabsprachen in unterschiedlichen Branchen zeige. Echte Monopole seien selten, Quasimonopole - etwa bei Internetsuchmaschinen und Handelsplattformen - dagegen häufiger. Zudem gelte es, Oligopole - die Konzentration von Marktmacht bei wenigen Unternehmen, wie sie beispielsweise im Kraftstoffsektor seit Langem besteht - im Auge zu behalten.



Seit mindestens Anfang 2000 bis 2008 wurden mehrfach **Preiserhöhungen abgesprochen**. Betroffen waren Filterkaffee, Bohnen, Espresso und Kaffee-Pads. Die drei Kaffeeröster Tchibo, Dallmayr und Melitta sollten 160 Millionen zahlen.

Was aber kann der einzelne Bürger gegen Kartelle tun? Leider nicht viel. Zudem zahlen oft die zuvor ausgenommenen Einzelverbraucher später selbst den Preis für die Aufdeckung des Kartells. So werden wohl im aktuellen Fall des Bierkartells die Biertrinker für die illegalen Absprachen von fünf führenden Großbrauereien aufkommen müssen: Laut Recherchen des *Spiegel* erwartet der Verband des Deutschen Getränke-Einzelhandels, dass die betroffenen Großbrauereien die Strafen des Bundeskartellamts von insgesamt 106,5 Millionen Euro auf die Bierpreise umlegen werden - dieses Mal aber in Konkurrenz zueinander. ●



Ob Energiewende, Mindestlohn oder Rekommunalisierung – in vielen Bereichen greift der Staat zurzeit regulativ in den Markt ein. Der Leiter der deutschen Monopolkommission, **Prof. Dr. Daniel Zimmer**, sieht das kritisch und plädiert vehement dafür, dem Wettbewerbsgedanken wieder stärker zu seinem Recht zu verhelfen.

// INTERVIEW // **KAPKA TODOROVA**

Herr Professor Zimmer, wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft, wir haben einen EU-Binnenmarkt und es heißt, in der globalisierten Welt regiere das Spiel der freien Märkte. Wozu benötigen wir eine Monopolkommission?

Ein Blick auf die sogenannten Netzindustrien zeigt, dass es keineswegs überall gut bestellt ist um den Wettbewerb: Seit Jahren stagniert die Entwicklung bei Post und Bahn, und in der Energiewirtschaft erleben wir einen immer stärkeren Ausbau staatlich-planwirtschaftlicher Steuerung. Für diese und für andere Branchen hat die Monopolkommission konkrete Gesetzgebungsvorschläge

entwickelt, mit denen mehr Markt und Wettbewerb ermöglicht werden könnten.

Das letzte Hauptgutachten Ihrer Kommission trug den Titel „Stärkung des Wettbewerbs bei Handel und Dienstleistungen“. Sind das weiterhin die Felder, in denen Sie den größten Handlungsbedarf sehen?

Das Gutachten hat unter anderem den Wettbewerb im Lebensmittel-Einzelhandel und den Einfluss des öffentlichen Planungsrechts hierauf zum Gegenstand. Daneben behandelt es zahlreiche Branchen, die man unter dem weit gespannten Begriff der Dienstleistungen zusammenfassen kann, »

„In letzter Zeit ist insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft eine Renaissance des Staatseinflusses zu beobachten.“

darunter Post, Telekommunikation, aber auch das Glücksspielwesen. Eine der Folgerungen aus solchen Untersuchungen ist: Auf vielen Feldern ist der Wettbewerb bis heute eingeschränkt. Nicht selten geht dies auf protektionistische, in Einzelfällen geradezu zunftartige Rechtsregeln zurück. Dies zu analysieren und konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen ist eine Daueraufgabe. Im nächsten Hauptgutachten wird sich die Monopolkommission neben vielem anderen mit Taximärkten und dem Bereich der öffentlichen Wohlfahrtspflege befassen.

Handelt der Staat paradox, wenn er selbst einerseits immer stärker in den Markt eingreift und zugleich Sie und Ihre Kollegen betraut, ihn zu beraten, wie Monopole zu verhindern sind?

Die Versuchung für Politiker, regelnd in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, ist groß. In letzter Zeit ist insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft eine Renaissance des Staatseinflusses zu beobachten - nicht nur auf nationaler Ebene, etwa bei der Steuerung von Atomausstieg und der Förderung erneuerbarer Energien, sondern auch auf lokaler Ebene, wo mehr und mehr Gemeinden erneut Versorgungsaufgaben übernehmen wollen. Umso wichtiger erscheint es,

dass in einem Gemeinwesen, das jedenfalls im Ausgangspunkt den Markt für das beste wirtschaftliche Steuerungsinstrument hält, der Wettbewerbsgedanke in die jeweilige wirtschaftspolitische Diskussion eingebracht wird. In diesem Sinne möchte ich antworten: Paradox erscheint mir die Situation nicht - vielmehr scheint es mir wichtig, dass es auch weiterhin Institutionen gibt, die den Wettbewerbsgedanken in der politischen Diskussion vorbringen.

Wie beurteilen Sie den Plan der Bundesregierung, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen?

Ich sehe in einem Mindestlohn - auch in den bereits bestehenden branchenbezogenen Lohnuntergrenzen - vor allem einen Eingriff in die Freiheit der Betroffenen: Ihnen wird es verwehrt, Arbeitsverträge mit anderen als den hoheitlich zugelassenen Löhnen zu schließen. Die Politik - oder eine von ihr hiermit betraute Kommission - maßt sich an, besser als die Betroffenen beurteilen zu können, wie viel die Arbeitsleistung eines Arbeitnehmers einem Arbeitgeber wert zu sein hat. Konkret betroffene Arbeitnehmer oder Arbeitsuchende stößt eine solche Regelung möglicherweise in die Arbeitslosigkeit. Eine solche Freiheitsbeschränkung lässt sich meines Erachtens nicht rechtfertigen.

In Deutschland wird bei der Energiewende heftig gelenkt, Staatsbetriebe bauen Marktanteile aus. Was sagt die Monopolkommission dazu?

Die Monopolkommission erneuert den in ihren letzten beiden Energie-Sondergutachten gemachten Vorschlag eines Quotenmodells, wie es auch vom Sachverständigenrat favorisiert wird: Damit würde die Kraft des Wettbewerbs genutzt, um für Preisgünstigkeit und Innovation im Energiesektor zu sorgen. Staatlich vorgegebene Einspeisevergütungen wären nicht mehr erforderlich. Den Versorgern - zum Beispiel Stadtwerken - würde lediglich die Quote vorgegeben, zu der von ihnen vertriebener Strom aus erneuerbaren Energien stammen muss. Verschiedene Erzeugungsarten - beispielsweise Fotovoltaik und Windkraft - träten dann ebenso in Wettbewerb zueinander wie verschiedene Erzeuger, die auf dieselbe Technologie vertrauen. Am Beispiel Schwedens kann gezeigt werden, dass ein solches Modell, das auf eine weitergehende Lenkung und auf Subventionen verzichtet und zu niedrigeren Preisen führt, funktioniert.

Wegen der Finanzkrise in Europa haben viele Regierungen mehr Einfluss auf den Markt gewonnen. Wird die EU immer mehr zu einer Staatswirtschaft?

Der Zug fährt eindeutig in Richtung Staatswirtschaft. Das kommt in der bereits angesprochenen Rekommunalisierung bei der Energieversorgung zum Ausdruck, aber auch darin, dass die Privatisierung bei den früheren Staatsmonopolisten Post, Bahn und Telekom ins Stocken geraten ist. Niemand scheint mehr einen Vorteil darin zu sehen, wenn der Staat sich als Unternehmer zurückzieht. Eine Sensibilität dafür, dass Staatsbetriebe oft besondere Vorteile genießen und auf diese Weise den Wettbewerb verzerren, scheint nicht mehr zu bestehen. Auch wird nicht mehr gesehen, dass der Staat in einem Interessenkonflikt steht, wenn er Unternehmen insbesondere in den sogenannten Netzindustrien einerseits reguliert und andererseits eine hohe Rendite der Staatsunternehmen erwartet.

Ein anderes durch die Krise provoziertes Thema sind einheitliche EU-Steuersätze. Muss sich Europa auf gemeinsame Sätze einigen?

Natürlich ist es aus Sicht des deutschen Fiskus ärgerlich, wenn Unternehmen durch geschickte Gestaltungen einer Steuerbelastung im Inland ausweichen und Steuern in anderen Staaten zahlen. Ein solches Verhalten gibt aber einen Hinweis darauf, dass die Steuerbelastung im Inland möglicherweise zu hoch ist. Immerhin kommen andere Staaten offenbar mit Einnahmen aus, die Bürger und Unternehmen in niedrigerem Maße belasten. Ein Wettbewerb der Steuergesetzgeber kann also eine durchaus heilsame Wirkung entfalten: Er kann Staaten von einer übermäßigen Belastung ihrer Bürger abhalten. Eine Einigung der Staaten auf einheitliche Steuersätze könnte also - neben der erwünschten Folge, Steuervermeidung entgegenzuwirken - auch eine unerwünschte Folge haben: Die Staaten würden sich dem

Wettbewerb entziehen - wie es Kartellanten tun, wenn sie ihre Preise absprechen. Ein naheliegendes Ergebnis einer solchen Kartellierung der Steuergesetzgeber wäre, dass die Steuerbelastung insgesamt steigt.

Wenn die Rede von freien Märkten ist, wird in der Regel verkannt, dass Menschen darin sehr ungleiche Macht und ungleiche Freiheiten haben. Bildet die Mainstream-Ökonomie beispielsweise die Hierarchien in der Organisation des Finanzsystems angemessen ab oder bedarf es einer Weiterentwicklung der Theorien?

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung darf sich nicht auf einem bestimmten Stand ausruhen. Die Verleihung des Ökonomie-Nobelpreises im Jahr 2013 an Eugene Fama, Lars Peter Hansen und Robert Shiller bringt zum Ausdruck, wie wichtig die stete Fortentwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung ist: Während der zuerst genannte Wissenschaftler 1970 die Hypothese von der Effizienz der Finanzmärkte postuliert hat, haben die Forschungen von Shiller und die Geschehnisse der jüngsten Finanzkrise eindrucksvolle Belege für die Unvollkommenheiten der Märkte geliefert. Es gibt vieles, das Wissenschaftler noch nicht vollständig verstehen. Wichtig ist, dass sie in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, damit Krisen wie die von 1929/1930 oder auch wie die der Jahre nach 2007 nach Möglichkeit vermieden werden. ●



KAPKA TODOROVA ist Korrespondentin der bulgarischen Tageszeitung *24 Tschassa* und schreibt nur, wenn sie Schokolade und eine Tasse Kaffee greifbar hat. Wie viel die einschlägigen Kartelle deswegen schon an ihr verdient haben, möchte sie lieber nicht wissen. redaktion@libmag.de



DANIEL ZIMMER ist Professor und Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität Bonn und des Center for Advanced Studies in Law and Economics. Seit 2012 ist er Präsident der Monopolkommission. Für sein Buch „Weniger Politik!“, erschienen im C.H. Beck Verlag, hat Daniel Zimmer den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2013 gewonnen.

Die Möglichkeiten der Bürger, sich auf direktem Weg politisch zu betätigen, sind weltweit höchst unterschiedlich ausgeprägt. Sehr viele Staaten fordern zumindest zur Veränderung oder Ergänzung der Verfassung **Volksabstimmungen**, häufig können Parlament oder Staatsoberhaupt ihren Bürgern Fragen der Gesetzgebung zur Entscheidung vorlegen.

DIE MACHT DES VOLKES

1 EUROPÄISCHE UNION

Die „Europäische Bürgerinitiative“ ist ein im Vertrag von Lissabon verankertes, an direktdemokratische Verfahren angelehntes Instrument der politischen Teilhabe in der EU. Mittels der Bürgerinitiative können Bürger bewirken, dass sich die Europäische Kommission mit einem Thema befasst. Dazu müssen in zwölf Monaten eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller Mitgliedsstaaten gesammelt werden. Laut Kommission dürfen Bürgerinitiativen keine Vertragsreform fordern, etwa zum Beitritt neuer EU-Mitgliedsstaaten oder hinsichtlich der Neuverteilung der politischen Kompetenzen innerhalb der EU.

2 DEUTSCHLAND

Direktdemokratische Instrumente hat Deutschland erstmals zu Zeiten der Weimarer Republik eingeführt. So räumte die damalige Verfassung der Bevölkerung das Recht ein, dem Parlament mit mindestens 10 Prozent der Unterschriften der Wahlberechtigten einen Gesetzesvorschlag zu machen. Heute gibt es auf Bundesebene keine nennenswerten Möglichkeiten direkter Demokratie, dafür aber verbreitet auf Länder- und Gemeindeebene. Die Regeln dafür unterscheiden sich stark: In manchen Ländern gehören Initiativen schon lange zum politischen Alltag (Bayern), in anderen Ländern gab es wegen hoher Hürden noch keine (Hessen).

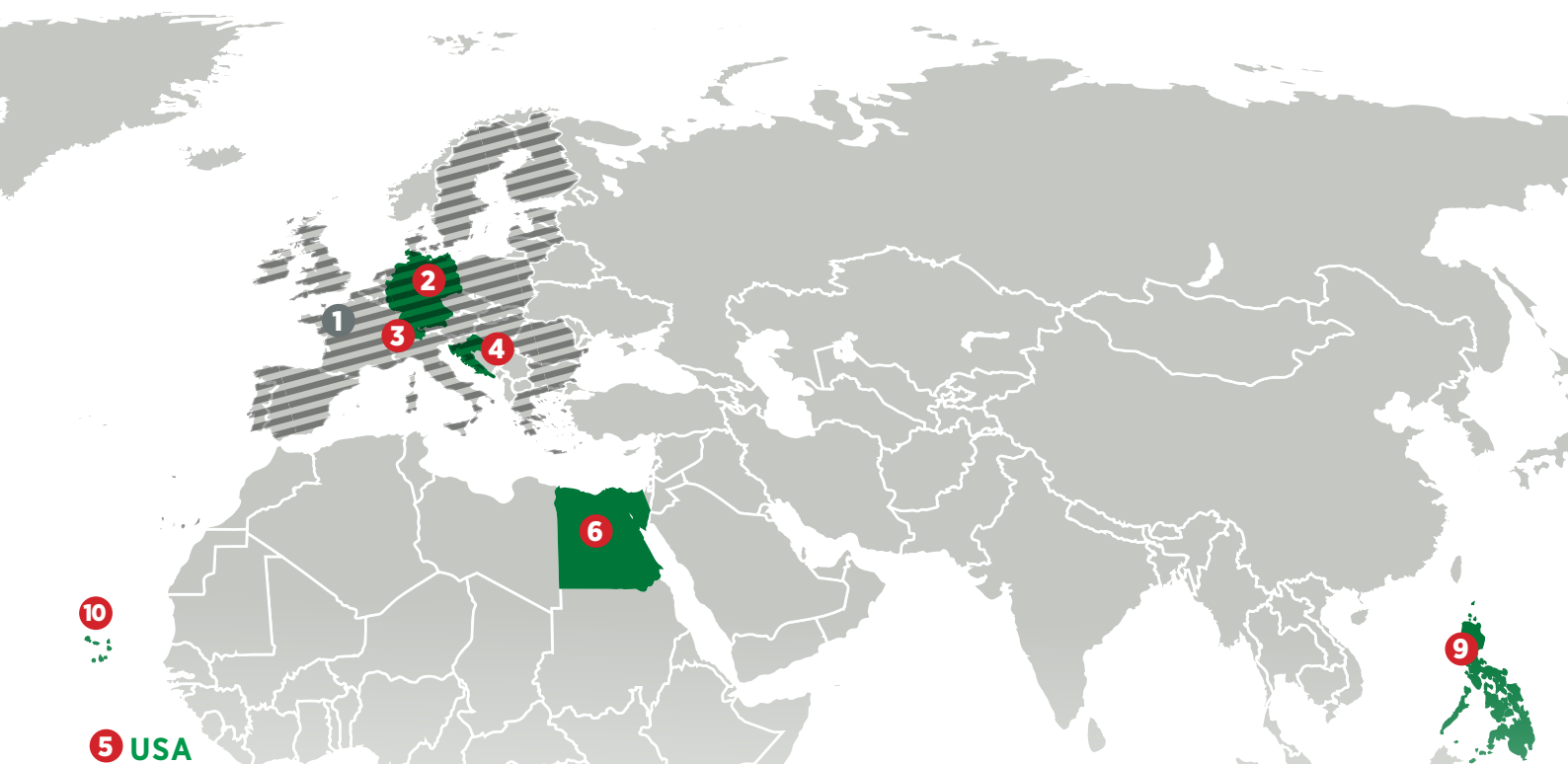
3 SCHWEIZ

Die Schweiz gilt als Mutterland der direkten Demokratie. Instrumente der direkten Demokratie existieren auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Zuletzt stimmten die Eidgenossen im Februar über die Initiative: „Gegen Masseneinwanderung“ ab, die eine Wiedereinführung von Einwanderungsquoten für EU-Bürger forderte. Bei Änderungen der Verfassung hat das Volk in jedem Fall das letzte Wort, in kleineren Gemeinden gibt es Vollversammlungen der Wahlbürger.

4 KROATIEN

Der mächtigen katholischen Kirche in Kroatien ist Ende 2013 mit ihrem Referendum ein großer Sieg gelungen: Knapp 66 Prozent der Wähler stimmten dafür, die christliche Ehe in die Verfassung aufzunehmen. Die von der Kirche unterstützte Vereinigung „Im Namen der Familie“ hatte mit 740.000 Unterschriften die Abstimmung erzwungen. Damit sollte in dem jungen EU-Mitgliedsstaat die Gleichstellung zwischen traditionellen Ehen und homosexuellen Partnerschaften verhindert werden. Die sozialdemokratische Regierung, fast alle Medien und zahlreiche Prominente sahen darin einen Verstoß gegen die Menschen- und Minderheitenrechte.





5 USA

The Land of the Free – dort gibt es keine direkte Bürgerbeteiligung auf nationaler Ebene, auf anderen politischen Ebenen jedoch in vielfältiger Form. So setzten die Bürger Colorados die Legalisierung von Marihuana durch. Die Regelungen weiche Drogen betreffend differieren in den USA – Ausdruck von Föderalismus und direkter Demokratie – von Staat zu Staat. Teils gilt ein striktes Verbot mit harten Strafen, teils die völlige Freigabe. Die liberaleren Regelungen stehen übrigens im Widerspruch zum Bundesrecht: So drohen bis zu einer geplanten Gesetzesänderung Banken, die Geld von legalen Marihuana-Händlern annehmen, Sanktionen wegen Drogenhandels. Weshalb Kiffer in Colorado im Kreditkartenland USA bar zahlen müssen.

6 ÄGYPTEN

In jüngster Zeit hielten die Ägypter Verfassungsreferenden als Entscheidungsprozess direkter Demokratie nahezu im Jahrestakt ab. Auch wenn das zurückliegende Verfassungsreferendum im Januar 2014 auf freie und faire Art und Weise durchgeführt wurde, ist nicht zu übersehen, dass im Land insgesamt ein Klima von Unterdrückung, Angst und Ausgrenzung herrscht.

7 HONDURAS

Honduras verfolgt seit einiger Zeit das Konzept sogenannter Charter Cities (Zonas de Empleo y Desarrollo Económico, ZEDE). Diese Sonderwirtschaftszonen sollen mittels autonomer Institutionen und eigener Gesetzgebung ausländische Investitionen anziehen und sich so zu Wirtschaftszentren in dem von Korruption, Armut und Gewalt gebeutelten Land entwickeln. In dicht besiedelten Gebieten müssen die Bürger über die Einrichtung der ZEDEs in Referenden abstimmen.

8 BOLIVIEN

In Bolivien muss das Volk internationale Verträge von besonderer Wichtigkeit ratifizieren. Verfassungsänderungen können mit den Unterschriften von 20 Prozent der Wahlberechtigten eingeleitet werden, darüber hinaus können durch Abstimmung Themen auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt werden. Nicht nur in Bolivien ist die Kultur direkter Demokratie ausgeprägt, in ganz Lateinamerika sind Referenden und Initiativen in überdurchschnittlich vielen Verfassungen verankert.

9 PHILIPPINEN

Die Philippinen gehören zu den wenigen Ländern Südost- und Ostasiens, in denen auf nationaler Ebene Formen direkter Demokratie vorgesehen sind. Direkte Bürgerbeteiligung in vielfältiger Form gestattet in der Region ansonsten nur noch Taiwan. Neben verschiedenen Möglichkeiten der Gesetz- und Verfassungsgebung sind auf den Philippinen Abstimmungen über die Errichtung und den Verbleib von US-Militärbasen im Land obligatorisch.

10 KAPVERDEN

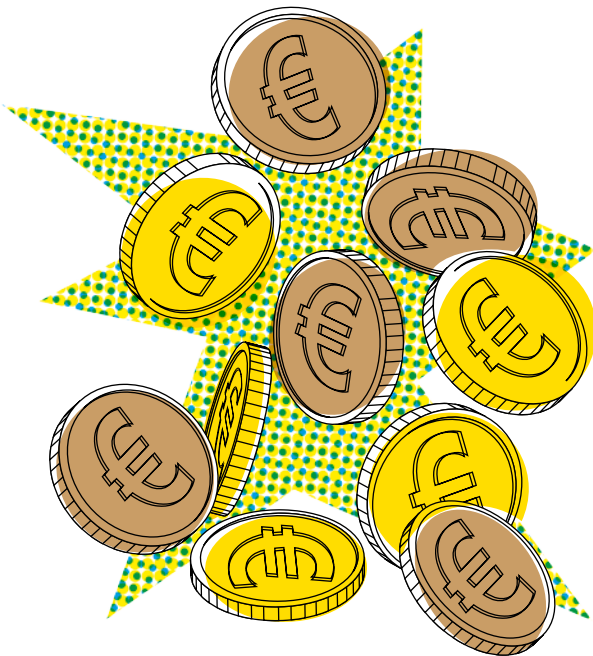
Die Kapverden stellen auf dem afrikanischen Kontinent eine große Ausnahme dar: Dort können die Bürger Gesetzesinitiativen starten. Ansonsten hält nur ein gutes Dutzend afrikanischer Staaten Instrumente der direkten Demokratie bereit, meist jedoch nur auf Initiative des Präsidenten oder des Parlaments. Bürgerbeteiligung war vor der Kolonialzeit Alltag und auf dem Kontinent und kulturell fest verwurzelt – bevor die europäischen Mächte oft willkürliche Grenzen zogen und die Macht zentralisierten.

Ein Job an der Supermarktkasse ist alles andere als brotlose Kunst. Warum, offenbart die Erzählung unserer Autorin **Marlen Pelny**.

// TEXT // **MARLEN PELNY** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Ich als lebendige Person

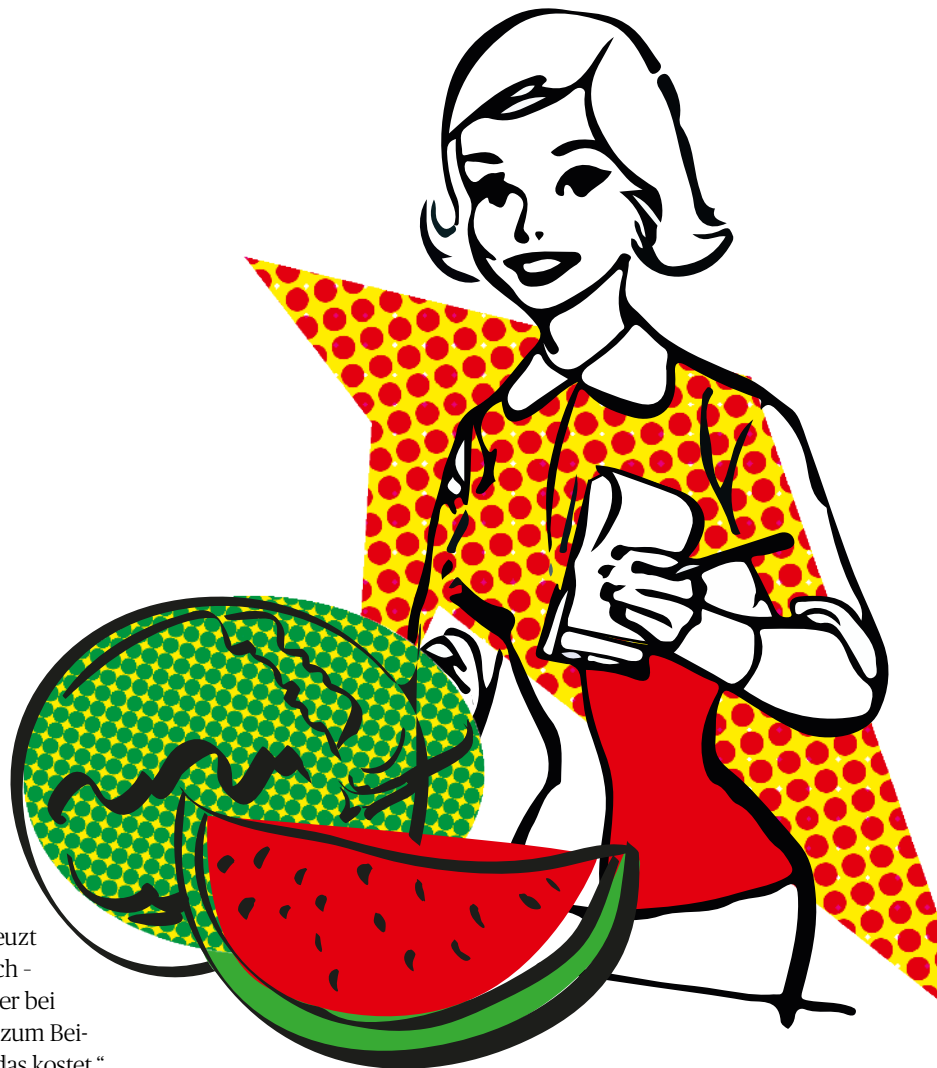
Seit einem Jahr bin ich Studentin. Meine Kommilitonen sagen, dass ich das eigentlich nicht sagen sollte, weil das nicht gut für meinen Stolz sei. Aber wenn ich mit dem Studium fertig bin, sagen sie, dann sollte ich sagen, dass ich studiert habe und vor allem auch, wo. Während des Studiums wird man nicht ernst genommen, danach schon, sagen meine Kommilitonen. Wenn man sagt, ich studiere am Literaturinstitut, sei es so, dass einen die Lektoren und Verleger eher mitleidig, wenn auch gespannt ob des möglicherweise gut verkäuflichen Nachwuchses anschauen. Wenn man sagt, ich habe am Literaturinstitut studiert, ist man der gut verkäufliche Nachwuchs. Als ich meinen Kommilitonen sagte, dass ich schon 32 bin und mich nicht gerade wie der Nachwuchs fühle, ob nun vor oder nach dem Studium, schauten sie mich eher mitleidig an. Nach einem halben Jahr erzählte ich ihnen, dass ich einen Nebenjob gefunden habe und darüber sehr froh sei. Sie sagten, wieso hast du einen Nebenjob? Weil mir mein Geld nicht reicht, sagte ich. Ja, aber das gehört doch zum Künstlerdasein dazu, sagten sie, dass das Geld nicht reicht. Du musst doch wenig Geld haben, wenn du schreiben willst! Ich sagte, dass das Geld auch dann noch wenig sei, wenn ich den Job machen würde, aber sie sagten: Du solltest dich entscheiden. Entweder du schreibst und hast halt ein bisschen Hunger dabei – dafür entstehen aber wenigstens gute Texte, oder du arbeitest und hältst dich dadurch vom Schreiben ab. Ich sagte, dann mache ich lieber Letzteres, denn ich kann mit Hunger weder schlafen noch schreiben. Sie fragten, welchen Nebenjob ich denn hätte, und nachdem ich ihnen geantwortet hatte, fragten sie mich nichts mehr. Das sei politisch ja total verkehrt und überhaupt, was ich mir denn dabei dächte. Was ich mir dabei denke, ist, dass es sehr praktisch ist, einen Job zu haben, über den man schreiben kann. Quasi zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, sagte ich. Na, das wollen wir ja mal sehen, entgegneten meine Kommilitonen.



Wenn ich hinter der Kasse sitze, weiß niemand, was sich unter dem Fließband befindet. Niemand sieht, ob ich barfuß dasitze oder ob ich vergessen habe, meinen Hosenstall zuzumachen. Die meisten Leute nehmen noch nicht einmal wahr, dass ich dort sitze, weswegen ich auch meine ganze Hose vergessen könnte. Sie packen stoisch ihren Einkauf aufs Band und hoffen, dass sie schnell nach Hause können. Manchmal durchkreuzt allerdings etwas ihren Plan. Meistens bin ich das. Wenn ich - genauso stoisch - ihre Waren über den Scanner ziehe, aber bei einem Produkt die Nummer nicht erkannt wird, sage ich zum Beispiel: „Entschuldigung, ich muss mal eben schauen, was das kostet.“ Dann sehen sie mich an, als hätte plötzlich eine Stehlampe zu ihnen gesprochen, aber sie sagen nicht das, was ihr Gesicht ausdrückt, nämlich „Huch, da ist ja jemand!“, sondern sie sagen - immerhin erschrocken -: „Na, zwee neunzich oder so.“ Wenn ich zurückkomme und die Summe per Hand eintippe, sagen sie: „Na, sag ick doch, drei achtenneunzich!“

Wie so oft, bestätigen Ausnahmen die Regeln. Es gibt nämlich auch Menschen, die mich sofort wahrnehmen. Das sind entweder Männer („Na Süße, wat sacht'n dein Freund zu deine Frisur?“) oder die Kumpel der Männer („Den Rest behalte ma, Schnecke! Koofste dir wat Schönet, denkste an mich!“) oder ältere Damen („Entschuldigen Se ma, junge Frau, könn Se ma noch nich uff de Pedale treten, so schnell bin ick doch nicht!“). Ihnen erkläre ich dann, dass ich gar keine Pedale habe, mit der ich das Fließband betätigen könnte, und dass es doch nicht so schlimm ist, wenn in ihrem Einkauf auf dem Band eine Lücke entsteht. „Un ob! Ick will meene Sachen beinander haben!“, sagen sie dann, weswegen ich warte, bis sie fertig sind, und hoffe, dass die Chefin nicht dabei zusieht, wie ich tatenlos rumsitze („Hopp hopp, bloß keine Pause entstehen lassen, die Schlange wird nie kürzer!“).

Dass ich eine lebendige Person bin, die hinter der Kasse sitzt, um einen Nebenjob zu machen, weiß ich jedenfalls wahrscheinlich von



allen am besten. Ich weiß es, wenn ich den Drang verspüre, mich genauso frei bewegen zu können wie die Menschen in der Schlange, die einfach Abstand halten können, bis die Wolke, die zu einem Unterhemd tragenden Pubertätsschwitzer gehört, mit dem Pubertätsschwitzer den Laden verlässt. Allerdings natürlich nicht bevor er bezahlt hat, was er - so sieht es das Gesetz vor - an der Kasse machen muss, an der ich sitze.

Und ich spüre, dass ich eine lebendige Person bin, wenn ich ihm sein Wechselgeld nicht in die Hand geben kann, so wie ich es, aus Gründen der Höflichkeit, bei allen anderen mache. Ich spüre, dass ich eine lebendige Person bin, wenn ich mir einfach nicht merken kann, welche Nummer die Melone hat. Schon wenn ich die Melone auf dem Band herannahen sehe, fährt wie ein Rollo die Zahlenliste vor meinem inneren Auge herunter: 7031 Rispentomaten, 7044 Bananen, 7333 Lauch, 7002 Äpfel, 7031 Melone, in Klammern: außer Wassermelone. Ich schaue noch einmal auf die mich zufahrende Melone und es ist: ... natürlich eine Wassermelone („Wassermelone, Wassermelone, Wassermelone, verdammt!“). Und dann muss ich doch, unter dem Stöhnen der Wassermelone kaufenden Person, die Liste befragen, die über meiner Kasse hängt. „Das dauert!“ Wasser- »

melone, Wassermelone, Wassermelone ... 7089 Wassermelone. („Merk's dir! 7089 Wassermelone. 7089, 7089. Wassermelone. 7089“.) „70 Euro und 89 Cent, bitte“ ... „Ach Quatsch, 43 Euro 20, bitte.“ Und immer kommt kurze Zeit später der nächste Melone kaufende Mensch und ich sehe die Melone und ich denke 7031 Melone, in Klammern: außer Wassermelone.

Ich spüre, dass ich eine lebendige Person bin, wenn ich mich erschrecke, weil beim Bäcker, der sich hinter meiner Kasse befindet, eine Wespe in den Schwarzlichtstrahler gerät. Ein grausiges lautes Knistern ist das, das erst zu Ende geht, wenn die Wespe nicht mehr zappelt und ganz und gar verglüht ist.

Erst kurz vor Feierabend akzeptiere ich es, wenn mich die Menschen nicht als lebendige Person wahrnehmen. Kurz vor Feierabend spüre ich mich nämlich selbst nicht mehr und habe auch ganz und gar nicht das Gefühl, eine lebendige Person zu sein. Zum Beispiel, wenn ein junger Mann hastig seine Sachen zurück in den Korb packt und sagt: „Ich habe mein Geld vergessen. Könnte ich meinen Einkauf kurz bei Ihnen abstellen? Ich bin in fünf Minuten wieder da.“ „Klar“, sage ich dann, obwohl die Chefin es verboten hat. („Dann müssen sie eben noch mal einkaufen gehen. Selber schuld!“) Und dann kommt eine junge Frau und zahlt 5,80 Euro für einen Joghurt und ein Müsli, und dann kommt ein Kind mit haufenweise Schokolade und ich frage mich, was das Kind um diese Uhrzeit im Supermarkt macht, und dann kommt ein voll

trunkener Mann mit einem Kopf, der aussieht, wie das Fleisch einer Wassermelone, und dann kommt der Security-Mann und sagt zu dem Mann: „So mein Lieber, das lassen wir mal stehen. Sie wissen ja, Sie haben Hausverbot.“

Und dann fliegt eine Flasche knapp über meinen Kopf und landet knapp neben meiner Kasse, und dann kommt eine Kollegin mit einem Wischmopp, und dann kommt noch so ein Kind, das lange aufbleiben darf, und kauft noch mehr Schokolade als das andere Kind. Und dann kommt ein Typ in einem Anzug, der einen Gutschein einlösen will, und versteht nicht, warum er einen Ikea-Gutschein nicht für Lebensmittel benutzen kann, er brauche halt einfach keine Möbel. Und dann kommt eine Frau mit zwei Kindern, die, während sie ihre Sachen aufs Band packt, und zum Glück keine Wassermelone kauft, ihre Bankkarte im Mund behält und mit der Bankkarte im Mund zu ihren Kindern sagt: „Moritz, bleib bitte dort vorne stehen. Amelie, ich hab' schon im Bioladen Schokolade gekauft, lass das bitte da liegen. Amelie, lass es liegen. Moritz, was hab' ich gesagt?“ Und die ihre Bankkarte auch beim Einpacken ihrer



Sachen im Mund behält und sie erst aus dem Mund herausnimmt, wenn ich sage: „123 Euro 86, bitte.“ Und die mit dieser Bankkarte bezahlen will und sie mir in die Hand gibt, weil ich sie - so sieht es das Gesetz vor - in das EC-Gerät stecken muss und sie dort auch wieder herausnehmen muss, wenn das Gerät sagt: „Zahlung erfolgt“, und sie ihr zurückgeben muss, mit fürchterlicher Höflichkeit, woraufhin sie die Karte in ihre Geldbörse steckt und ich denke, wo kommt denn jetzt plötzlich die Geldbörse her? Und dann steht ein junger Mann vor mir, und das Band ist leer, und er schaut mich an und lächelt, und ich denke: „Nein danke, ich bin schon vergeben.“ Aber er hört nicht auf, dazustehen und mich anzusehen. Aber das Band ist leer, und als ich gerade darüber nachdenke, ob er vielleicht vorhat, mich zu überfallen, sagt er: „Ich würde gern zahlen.“ Und ich frage: „Ja, aber was denn nur, was?“ Und er sagt: „Na ich war doch vor fünf Minuten schon da. Sie haben meinen Einkauf doch aufgehoben, oder nicht?“

Das ist kurz vor Feierabend und dann fühle ich mich nicht mehr wie eine lebendige Person. Was sich aber meistens mit dem Schritt aus dem Laden wieder gibt. Ich gehe dann so langsam wie möglich nach Hause, um die frische Luft zu genießen. Wenn ich dort angekommen bin, sehe ich auf die Uhr: 22 Euro und 25 Minuten. „Geht ja noch“, denke ich. „Um 8 Uhr bin ich wieder fit.“ ●



MARLEN PELNY ist Musikerin und Autorin. Zuletzt erschien ihr Lyrikband „Wir müssen nur noch die Tiere erschlagen“ bei Voland & Quist und von ihrer Band Zuckerklub das Album „Wie soll ich sein“. redaktion@libmag.de



LIBERALE WERBEN LIBERALE

PRÄMIE NR. 1:

„Der Weg zur Knechtschaft“ von Friedrich August von Hayek

In kaum einem anderen Werk ist der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft, Demokratie und individueller Freiheit so klar dargestellt wie in von Hayeks Klassiker aus dem Jahr 1943.

PRÄMIE NR. 2:

„Die Ethik der Umverteilung“ von Bertrand de Jouvenel

Der französische Ökonom und Sozialphilosoph Bertrand de Jouvenel (1903-1987) ist neben Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises einer der liberalen Hauptkritiker des paternalistischen Vorsorgestaates.

PRÄMIE NR. 3:

„Das Kapitalistische Manifest“ von Johan Norberg

„Wer solide Bescheid wissen will über die Globalisierung, ihre Form und ihre Folgen: In diesem verdienstvollen Werk findet sich alles, was man zur kompetenten Auseinandersetzung braucht.“ (FAZ)

PRÄMIE NR. 4:

Je zwei Eintrittskarten für das „DDR-Museum“ in Berlin

Das „DDR-Museum“ ist einzigartig, unterhaltsam und lehrreich und eines der meistbesuchten Museen Berlins. Das „DDR-Museum“ finanziert sich nicht aus Ihren Steuergeldern, sondern allein aus seinem Betrieb.

Vermitteln Sie *liberal* neue Abonnenten und sichern Sie sich eine Prämie.

Auch wenn Sie selbst kein Abonnent von *liberal* sind, können Sie für unser Debattenmagazin Leser gewinnen und Ihre Prämie frei auswählen!*

PS: Unter www.libmag.de bieten wir auch Geschenk-Abos und ermäßigte Studenten-Abos an

* Prämien solange der Vorrat reicht. Die Zusendung der Prämie für den Werber erfolgt nach Lieferung des ersten Heftes an den neuen Leser.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

BESTELLUNG AN: liberal-Aboservice • Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/349111 oder per E-Mail: abo@libmag.de
oder www.libmag.de/abo

LESER WERBEN LESER

☒ Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRRESABO** für 38 Euro
(Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

ADRESSE DES NEUEN LIBERAL-ABONNENTEN

Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der nebenstehenden Adresse gekündigt wird. (Auslandspreise auf Anfrage)

ADRESSE DES WERBERS

Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

ICH HÄTTE GERNE PRÄMIE (Gewünschtes bitte ankreuzen)

☐ 1 ☐ 3 ☐ 3 ☐ 4

DATUM/UNTERSCHRIFT

--

Die Fotokünstlerin Sarah Schönfeld hat berauschende Bilder von Drogen gemacht. Im Fokus ihrer eindringlichen Arbeiten stehen Auflösungserscheinungen: von Menschen, Orten, Grenzen. Ein Gespräch in Berlin.

// TEXT // **RALF KALSCHUR**
// FOTOS // **SARAH SCHÖNFELD**

WIRKSTOFF



Foto: ulstein bild





CRYSTAL METH



ESTROGENE



VALIUM



SPEED

Lysergsäurediethylamid sieht verführerisch aus, wie ein Südseeatoll, das eine türkisblaue Lagune umschließt. Crystal Meth ist eine dunkel glitzernde, chaotische Eiswelt. Der Planet Speed scheint unter Strom zu stehen. Auch dem Koffein stehen alle Haare zu Berge, während mattschwarz gähnend der Abgrund ins Valium führt.

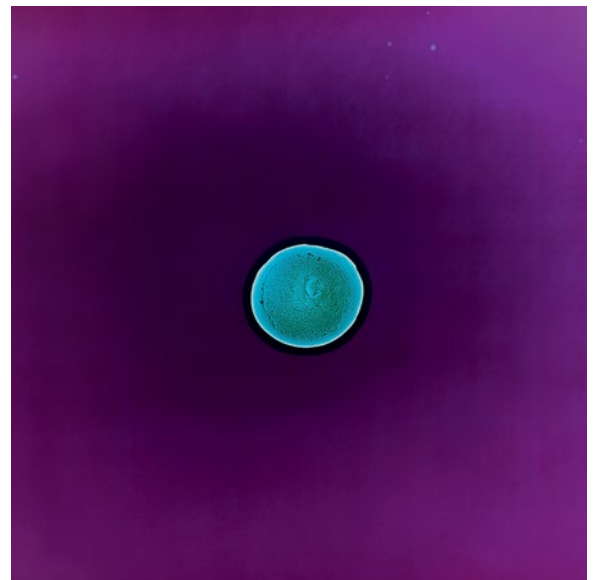
Für ihre Arbeit „All you can feel“ hat die Berliner Künstlerin Sarah Schönfeld psychoaktive Substanzen so abgebildet, wie man sich ihre spezifische Wirkung vorstellen könnte. Befreit von Darreichungsformen wie Pille, Pulver, Spritze, steht das Rauschmittel als pure Essenz im Fokus. Dass die Ästhetik der Bilder an wissenschaftliche Visualisierungsverfahren per Rasterelektronenmikroskop erinnert, verstärkt den durchdringenden Effekt: Dem Betrachter wird der Eindruck vermittelt, im Kleinsten die Charakteristik des Wirkstoffs erkennen zu können. Doch das ist nur so ein Gefühl.

Die Alchemistin

Wir sitzen im Kreuzberger Kunstquartier Bethanien, Sarah Schönfeld trinkt Tee. Am Stuhl der 35-Jährigen hängt eine Bomberjacke. Schönfeld wirkt grazil und gleichzeitig zupackend. Das gerade an diesem Ort so fremd wirkende modische Statement in Olivegrün passt zur eigenwilligen Ostberlinerin und ihrem Drogenshooting. „All you can feel“ schlug medial weltweit ein. Sie klemmt ihr lockiges Haar hinter die Ohren und krempelt die Ärmel auf. Kann losgehen.

„Mir war schon klar, dass die Arbeit Aufmerksamkeit erregen würde, doch das Ausmaß, besonders in den USA, hat mich überrascht“, erzählt Schönfeld. Amerika gilt als Mutterland der wirkstoffinduzierten Selbstoptimierung, Antidepressiva sind ein Massenphänomen. Und „All you can feel“ scheint erstmals ein glaubhaftes Bild vom Instantglück zu liefern. Es sieht schön aus. „Die Arbeit ist Pop“, sagt Schönfeld, „aber Reduktion kann ja auch langweilen.“

Anfragen von Modelabels, die ihre Drogenmotive verarbeiten wollten, habe sie abgelehnt, ebenso zahlreiche Angebote der kunstfernen Presse. Schönfeld, die Bildende Kunst an der Universität der Künste Berlin studierte und Meisterschülerin von Lothar Baumgarten war, geht mit dem Rummel nüchtern um: „Ich habe im vergangenen Jahr viel gelernt, aber ich möchte nicht Verwalterin meiner Arbeit werden.“ Zu



LSD

groß mag Schönfeld die Gefahr erscheinen, dass sie als „die mit den Drogenbildern“ im Gedächtnis bleibt; dass ihre vielversprechende Karriere nicht mehr ganz runterkommt von diesem Trip, der vor gut einem Jahr begann.

Schönfeld arbeitete nebenbei an einer Bar des Berliner Clubs Berghain. Als in der Location eine Gruppenausstellung angekündigt wurde, wollte sich die Künstlerin mit einem zum Ort passenden Thema beteiligen. In dem Zusammenhang muss man wissen: Das ehemalige Heizkraftwerk ist eine mythenumrankte Technofestung, in der fast alles geht und ausdauern. Besucher auch gerne mal drei Tage „druff“ sind. „Ich bin zu den Türstehern gegangen und habe gefragt, ob ich mich für ein Kunstprojekt aus der sogenannten ‚Chemie-Toilette‘ bedienen dürfte“, erzählt Schönfeld. In dem Ding werden die am Eingang konfiszierten Drogen entsorgt. „Ja, ja, Kunstprojekt“, witzelten die Türsteher und ließen die Barfrau gewähren. Schönfelds Idee: Sie träufelte den Stoff auf Fotonegative, ließ ihn einwirken und entwickelte schließlich die chemische Drogenreaktion mit der Fotoemulsion. „Ich wusste zu dem Zeitpunkt nicht, welche Substanzen das sind und ob die rein sind“, so die Alchemistin: „Aber ich sah: Da passiert etwas, die verhalten sich.“

Macht der Substanz

Über „Quellen“ beschaffte sich Schönfeld im zweiten Schritt hochreines MDMA, Heroin und Methylon. Ein solider Start für ihre Drogenapotheke, die im Laufe

»



WENDEGELÄNDE

der Laborarbeit auf über 30 Substanzen anwuchs, darunter auch Psychopharmaka und Hormone. Schönfeld experimentierte mit Einwirkzeiten und Suspensionen – und nahm dadurch Einfluss auf Farbgebung und Gestalt des behandelten Wirkstoffs. „Wenn man die Substanzen nur auf Glas tropft, entwickeln sie kristalline Ausprägungen ohne Farben“, erklärt Schönfeld. Erst die Inszenierung der unscheinbaren Flüssigkeit als Halluzinogen erzählt eine Geschichte, wird Projektionsfläche und Assoziationsraum. Als „visuelle Narrative“ bezeichnet die Interpretin ihre effektvollen Drogendarstellungen.

„Gute Geschichte, fällt mir gerade ein“, bemerkt Schönfeld: „Ich habe einen Anruf von einer Suchtberatungsstelle erhalten, die ihren Klienten meine Bilder gezeigt hatte.“ Die Klienten sollten das Bild aussuchen, das ihnen am besten gefiel. „Die haben zu 100 Prozent ihre Präferenzdroge gewählt. Sogar die Sekretärin, die nur Kaffee trinkt, hat sich Koffein ausgesucht“, sagt Schönfeld lächelnd. „Ich kann mir das auch nicht erklären.“ Die Künstlerin interessiert sich für das mit medizinischen Schaubildern von Neurotransmittern und Rezeptoren nicht fassbare Machtgeheimnis der Essenz – gleich, ob dieses im Rausch liegt, den Kopfschmerz nimmt oder den Emotionshaushalt grundlegend beeinflusst.

Auflösung im Osten

Sarah Schönfeld wuchs im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg bei ihrer Mutter auf. Ihr Vater erkrankte im Alter von 19 Jahren an Schizophrenie. Er verbrachte vier Jahre in einer geschlossenen Anstalt, bevor für ihn ein anderes Leben mithilfe des Neuroleptikums Haloperidol begann. Als Sarah zehn wurde, wähnte sich ihr Vater mit wachsender Überzeugung als Nachfahre von Kaiserin Sissi. Die Kindheitserfahrung des chemisch regulierten, doch sich immer mehr entfernenden Vaters hat Schönfeld, neben dem Berghain-Job, zu „All you can feel“ inspiriert: „Ich habe ihn nie anders erlebt als unter Medikamenteneinfluss.“

Es klingt wie ein Auflösungsprozess, wenn Schönfeld von ihrer Kindheit in der DDR erzählt. Das Land, in dem sie aufwuchs, verschwand ebenso wie die Orte ihrer frühesten Erinnerungen. „Mama du Sau“ (2005) heißt eine Fotoserie, die den Verlust des Kindergartens dokumentiert, den sie gleich gegenüber der Stasi-Zentrale besuchte. Der Titel ist einem Graffito entnommen, der auf blätternder Wand wie ein absurder



MAMA DU SAU II

Stempel den Niedergang besiegelt. Neben verbretterten Löchern, die einst Fenster waren, hat Schönfeld Schwarzweißfotos gehängt, auf denen sie klein und glücklich war in diesem Kindergarten. Auch die Ruine ist mittlerweile gewichen, für den Parkplatz eines Supermarkts.

Die Arbeit „Wende Gelände“ (2006) vollzieht den Abschied von Ostberlin. Das Freibad, in dem Schönfeld viele Nachmittage verbrachte, ist verwaist, unter dem Sprungturm wachsen Bäume. Ihre alte Schule wurde aufgegeben und dem Verfall überlassen. Die streng komponierten Fotos berühren, doch traurig machen sie nicht: „Es geht mir nicht um Melancholie, sondern allgemeiner um eine spezielle Verbindung mit Orten. In meinem Fall beispielsweise hat sich nicht nur das System verändert, in dem ich aufgewachsen bin, sondern es sind eben auch die Architekturen abhandengekommen, die ich als stabil erlebt habe.“ Sie sei viel allein gewesen als Kind, doch bestimmte Orte, die sie regelmäßig aufsuchen konnte, waren immer für sie da. „Ich begreife Architektur als Schutz“, erklärt Schönfeld, „das ist ein Kernthema meiner Arbeiten. Wenn sich der Ort auflöst, wo findet man dann Stabilität?“

Geschichte reloaded

Auch Kriegsheimkehrer erlebten vielerorts leidvoll die Auflösung gewohnter Strukturen. Schönfeld ist die Marschroute ihres Großvaters, eines Wehrmachtssoldaten, nachgelaufen. Sie wollte in Russland an den Orten des Geschehens nachvollziehen können, was er »



MAMA DU SAU III - DETAIL

erlebte. Im Rahmen eines DAAD-Stipendiums reiste sie zudem durch Sibirien, den Stätten des Gulag auf der Spur. Sie besuchte Auschwitz. Entstanden sind vielfältige Serien, in denen Schönfeld teils historisches Film- und Fotomaterial mit einbezieht, akribisch bearbeitet oder zeitgenössischen Motiven gegenüberstellt. Den Werkserien gemeinsam ist der Versuch, Verbindungen mit dem Verlorenen herzustellen. „Doch man kann die Lücken nicht schließen“, sagt die Künstlerin.

Im Scheitern fand Schönfeld Ideen. Sie wird für eine neue Arbeit in ihrem Archiv recherchieren, um die vermeintlich verunglückten, aussortierten Bilder zu finden. Die Fotos, die nicht gewollt waren, weil sie

sich „selbst ereigneten“. In Hollywood ausgerechnet hat sie den Marsch ihres Großvaters im Zweiten Weltkrieg mit Laienschauspielern nachgestellt und mit Kameras aus den späten 30er-Jahren kleinformatig fotografiert. Reenactments, in denen historische Schlachten nachgespielt werden, sind in den USA beliebt. „Ich suche nicht mehr den Ort des Geschehens auf, sondern den Ort der Narration“, erklärt Schönfeld. In „Reloaded“, so heißt die Arbeit, erzählt sie die Geschichte ihres Opas neu, und die Fotos sollen Beweisaufnahmen ihrer am Hauptort der Mythologieproduktion arrangierten Version sein.

Keine Atempause, Geschichte wird gemacht. Schönfeld bricht ein paar Tage nach dem Gespräch nach Mexiko auf, um sich dort noch weiter von der dokumentarischen Fotografie zu entfernen, hin zur Magie. „Ich will zwei Zauberer einladen, die ein Battle veranstalten, um die Grenze zu den USA verschwinden zu lassen. Vielleicht mache ich aber auch gar nichts.“ Die Story vom Nichtstun jedoch klingt eher unglaublich. ●



RALF KALSCHOUR ist freier Autor und lebt in Berlin. Den Ort des Gesprächs wird er bald wieder aufsuchen, denn der Mittagstisch im netten Restaurant des Kunstquartiers macht ein bisschen süchtig.
redaktion@libmag.de

Foto: Privat

ZUR KÜNSTLERIN

Sarah Schönfeld, geboren 1979 in Ostberlin, hat den Studiengang Bildende Kunst an der Universität der Künste Berlin absolviert und war Meisterschülerin von Lothar Baumgarten. Sie gewann mehrere Stipendien, etwa vom DAAD und der Stiftung Kunstfonds Bonn. Schönfelds Arbeiten wurden unter anderem in der Hamburger Kunsthalle ausgestellt. Sie lebt und arbeitet in Berlin. Zur Fotoarbeit „All you can feel“ ist ein Buch gleichen Titels im Kerber-Verlag erschienen.





BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Constanze Kurz und Frank Rieger nehmen uns mit auf eine Entdeckungsreise in die moderne Welt der Wirtschaft, der Mechanisierung und Automatisierung in der Industrie, aber auch der Computerisierung des Dienstleistungssektors. Vom Getreidefeld über die Fertigungsstraßen für wie von Geisterhand gesteuert erntende Mähdrescher, über automatisierte Mühlen, die das Mehl für unser in Hightech-Backöfen produziertes Brot mahlen, führt uns die Reise in die Technologie- und Arbeitswelt von heute, deren Horizont weit in die Zukunft ahnen lässt. Was in der Landwirtschaft und Industrie begann, setzt sich zunehmend dort fort, wo der Mensch bislang als unersetzbar galt. Das hat Wohlstand und verbesserte Arbeitsbedingungen gebracht, den Menschen aber auch Veränderungswillen abverlangt. Diesen Prozess beschreiben die Autoren nicht nur sehr fesselnd,

sondern auch angenehm nüchtern, weit entfernt von den sonst oft dystopischen Zukunftsbildern.

Ihre Vision von der gesellschaftlichen Dimension der Arbeitswelt von morgen kann hingegen nicht überzeugen: Immer weniger Arbeit bleibt übrig und spaltet uns in Arm und Reich, was durch noch mehr Umverteilung kompensiert werden muss. Das dürfte den Anpassungsprozess nicht leichter machen, aber den Fortschritt hemmen. Unter der realistischen, David Ricardo entlehnten Prämisse komparativer Kostenvorteile von Mensch und Maschine, die uns auch dann einen Platz in der Arbeitswelt von morgen sichert, wenn wir Jobs nur relativ besser als Maschinen erledigen, hätte das Buch wohl einen optimistischeren Ausblick und passenderen Titel gehabt: Arbeitswandel - Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die unser Leben verändern.

Steffen Hentrich



CONSTANZE KURZ, FRANK RIEGER
Arbeitsfrei: Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen
Riemann Verlag, München 2013, 288 Seiten, 17,99 Euro

Wie war sie nun, die DDR? 25 Jahre nach dem Mauerfall wird diese Frage in den kommenden Monaten häufiger gestellt werden. Der Berliner Historiker Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums, hat mit „Der große Plan“ den letzten Band seiner Trilogie zur DDR-Geschichte vorgelegt, der sich mit der Zeit von der Staatsgründung bis zum Mauerbau beschäftigt. Hier wie in den anderen beiden Bänden gelingt es Wolle exzellent, die Bedingungen des Lebens in der DDR nachzuzeichnen. Allen gemein ist die programmatische Unterzeile „Alltag und Herrschaft in der DDR“. In diesem Konzept spielen folglich weder die Erich Mielkes und Hilde Benjamins eine große Rolle noch ihre Opfer, die Aufsässigen und Inhaftierten. Der Alltag der DDR war für den Normalbürger mit einem auskömm-

lichen Gewissenszustand zu meistern, an das Illusionstheater der SED konnte man sich gewöhnen - das zeigt Wolles Trilogie und ist so in gewisser Weise verwandt mit Walter Kempowskis Schilderung des unspektakulären Lebens einer bürgerlichen Familie im Dritten Reich. Soviel zum Alltag.

Was die Herrschaft anbelangt, belegt Wolle mit vielen Dokumenten, wie sehr sich der Lächerlichkeit preisgibt, wer versucht, ein Paradies auf Erden zu schaffen. Eine „kleinbürgerliche Welt gab sich proletarisch“, eine „militarisierte Gesellschaft wählte zum zentralen Symbol die Friedenstaube“, schreibt Wolle. Seine Trilogie ist der Wirklichkeit der DDR so nahe, dass der Arbeiter- und Bauernstaat so erscheint, wie man ihn als Besucher empfand: unwirklich. Das Standardwerk zur DDR ist komplett.

Boris Eichler



STEFAN WOLLE
Der große Plan, Alltag und Herrschaft in der DDR 1949-1961
Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 440 Seiten, 29,90 Euro



Swing in the City



Die Vergangenheit hat die Straßen von Berlin, Stockholm, Amsterdam und London erobert. In den Metropolen entdecken Tausende junger Menschen Mode, Musik und Tanz aus der Epoche um die beiden Weltkriege neu. Lindy Hop heißt ihre Liebe, die von Schweden aus noch einmal die Welt überrollt.

// TEXT // **KAPKA TODOROVA**

Lucy ist 24 Jahre jung, honigblond

und hat einen ausgesprochen guten Modegeschmack. Richtig süß sieht sie aus in ihrem hellblauen mädchenhaften Kleidchen mit den flachen, ebenfalls blauen Chucks dazu. Der Laden namens „Vin Sinn“ scheint ein bisschen zu groß zu sein für die zierliche Amerikanerin, die vor einem Jahr aus Georgia nach Dortmund gezogen ist, um ein Geschäft für Swingmode aufzumachen. Doch der erste Eindruck trügt, Lucy bewegt sich sicher zwischen den Stangen mit Vintage-Kleidern und -Anzügen aus den frühen 20er- bis späten 60er-Jahren. Binnen weniger Minuten stellt sie aus verschiedenen Teilen ein schickes Outfit zusammen. „35 Euro reichen aus, um als Swingmädchen tanzen zu gehen“, erklärt sie und streicht ein hellrotes Kleid mit hoher Taille zurecht.

Die Modelle findet sie online. „Kleine Labels aus England, Holland, Spanien oder den USA beliefern mich. Ich komme selbst aus der Tanzszene und habe mich schon immer in diesem Stil gekleidet. Das war aber gar nicht so einfach. Man musste lange suchen und die Teile einzeln bestellen, um ein passendes Outfit zusammenzustellen“, erinnert sich Lucy. Aus dem Wissen, dass die meisten Leute nicht so viel Zeit haben, entwickelte sie die Idee mit dem Geschäft. „Ich bin sehr zufrieden. Der Laden läuft seit knapp einem Jahr und wir haben Onlinebestellungen aus ganz

Deutschland“, sagt die Amerikanerin, während sie liebevoll die sorgfältig ausgesuchten Röcke, Blusen, und Caps präsentiert.

Nicht nur Tanzbegeisterte bestellen bei Lucy. Der Stil der Kleider ist schön, aber noch wichtiger – einzigartig. Keine andere kommt in demselben Kleid auf die Party, kein anderer trägt auf der Straße dieselben Knickerbocker. „Es gibt dieses Phänomen heutzutage: Jeder strebt nach Individualität – und doch kaufen alle die gleichen Sachen in denselben Läden“, sagt Lucy.

Ist der Wunsch nach Besonderheit und Originalität das Erfolgsgeheimnis der Swingszene? „Ja, aber nicht in erster Linie“, meinen Marina Fischer und Peter Bieniossek. Ihnen gehört das größte Tanzstudio für Lindy Hop im Ruhrgebiet. „Lindypott“ heißt es. Die Kurse sind oft ausgebucht, die Gruppen immer voll. Beim Lindy Hop finden sich die unterschiedlichsten Leute ein: Studenten, Handwerker, Akademiker, Väter, Großmütter, bunt gefächert eben. „Swing und Lindy Hop stehen für ein ganz bestimmtes Lebensgefühl, für Freiheit und Lebensgenuss. Das ist der Grund, warum sich so unterschiedliche Menschen für Swing begeistern“, sagt Peter, der selbst nicht nur ein leidenschaftlicher Tänzer ist, sondern auch Stammkunde im Laden von Lucy. „Ich finde die Mode von damals total cool. Sie ist so anders als fast alles, was es heute zu kaufen gibt. Wohl ein Grund, dass das Interesse an diesem alten Style wächst“, sagt er.

Foto: Gjon Mili/Time Life/Getty

»



*Lindy Hop ist ein
lustiger Tanz,
der mir viel
Freiheit lässt.*

Irra aus Essen

Er hat recht - diese nostalgischen Mützen aus Tweed zu tragen ist auch ohne den Lindy-Hop-Hype trendy. Man ahnt, warum der Swing auf einmal so populär ist. Die Kombination der schönsten Modeelemente gleich mehrerer Jahrzehnte, die Musik der goldenen 20er, die Tänze der wilden 60er - die Szene kann gleichzeitig in die Vergangenheit abtauchen und in der Gegenwart das Leben genießen. Nostalgie ist das nicht, sondern ein Sieg der Zeitlosigkeit. Die Retroliebhaber leben nicht im Gestern, sie entdecken das Gestern neu, meint auch Peter Bieniossek. „Ich benutze einen Computer, fahre ein Auto mit Airbags und Klimaanlage und habe einen Kühlschrank zu Hause. Ich lebe heute und liebe diese alten Tänze - nicht, weil sie von gestern sind, sondern weil sie mich wegen Ihrer Lebendigkeit, Freude und Freiheit ansprechen.“

Dass sich Menschen an der Musik und Mode von gestern orientieren, ist typisch für unsere Zeit. „Nie war die jüngste Vergangenheit so wertvoll wie heute“, sagt der britische Musikjournalist Simon Reynolds in seinem Buch „Retromania“, in dem er die Ursachen für das Revival der Musik früherer Zeiten untersucht. Die Wiederkehr der Vergangenheit ist eine Reaktion auf eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, meint er und sieht die Retromania als eine Art Flucht in eine Zeit, in der man sich eine positive Zukunft noch vorstellen konnte und Kontrolle über das eigene Leben

hatte. Oder mindestens zu haben glaubte. Eine Zeit, in der es noch Langeweile gab.

Die neuen Technologien haben diese Gefühle verschwinden lassen. Man ist immer beschäftigt - ob mit dem Smartphone, Facebook oder dem neuesten Computergame. Die neuesten Sachen sind aber sofort wieder alt, denn ständig drängen neue Marken und Technologien in atemberaubendem Takt auf den Markt. Alles ist kurzlebig, und das macht unsicher. In der Vergangenheit wimmelt es nicht vor Änderungen, deswegen suchen viele Leute dort nach Ruhe und Beständigkeit, sind Zukunftsforscher überzeugt. Die Vergangenheit ist ein Rückzugsort für Momente, in denen die Geschwindigkeit des Alltags nicht mehr auszuhalten ist.

Und warum gerade die Zuflucht in die Swing-Ara?

„Lindy Hop ist ein lustiger Tanz, der mir so viel Freiheit lässt“, sagt Irra aus Essen. Sie tanzt Swing seit fast einem Jahr, und die Begeisterung hat kein bisschen nachgelassen. Irra kommt jeden Dienstag mit einer Kollegin in das Tanzstudio von Peter Bieniossek in Essen. Ein wichtiger Grund, der den Lindy Hop für

die große Stadt bühnenreif macht, ist die Tatsache, dass man im Gegensatz zu den Standardtänzen keinen festen Partner braucht. Im Zeitalter der Singlehaushalte ist das Gold wert. Zudem müssen die Tänzer, um auf der Party swingen zu können, nicht monatelang vor dem Spiegel geübt haben.

Es gibt wenige achttaktige Grundschnitte, die schnell zu erlernen sind, der Rest ist Improvisation. Beim Lindy Hop kann man – ein gewisses Taktgefühl vorausgesetzt – einfach nicht viel falsch machen. „Mich fasziniert die Bewegung, die Lebendigkeit. Mein Vater hat früher auch Swing getanzt. Jetzt erkenne ich viele Schritte wieder. Er war sehr gut, hat an Wettbewerben teilgenommen und damit sein Studium finanziert“, erzählt Irra in einer kurzen Pause, in der sie Luft schnappt. Sie sagt lachend: „Ja, okay, er hat auch Kaffee geschmuggelt, aber tanzen konnte er wirklich gut!“ Ob sie auch an Wettbewerben teilnehmen würde? Definitiv nicht, für sie ist Tanzen nur ein Spaß.

Der Berliner Tobias kommt ebenfalls allein ins Studio. Er ist wegen seines Jobs vor einem knappen Jahr nach Essen gezogen und hat sofort den Kurs gebucht. Schon in Berlin hatte Tobias angefangen zu swingen. „Irgendwann bin ich auf ein Video gestoßen und fand das gleich interessant. Zufällig habe ich kurz danach einen Aushang von einem Mädchen gesehen, das einen Tanzpartner suchte – und das war's: Es hat direkt eingeschlagen!“ Seitdem tanzt Tobias drei Mal in der Woche.

Neben dem Sentiment für die Nostalgie reizt ihn vor allem der sportliche Aspekt: „Ich bewege mich drei Stunden. So viel Gymnastik würde ich nie machen.“ Weil der Tanz sehr offen ist, bleibt viel Raum für Interpretation. „So kann man auch spontan bleiben“, sagt der Berliner. Selbstverständlich packt



Wiedergeburt einer Legende

LINDY HOP gilt als die Urform des Rock'n'Roll. Über die Namensgebung kursieren verschiedene Legenden, die alle mit einem Ereignis zu tun haben: Charles Lindberghs Nonstop-Soloflug über den Atlantik von New York nach Paris im Jahre 1927. Die Presse betitelte seinen Erfolg damals mit der Schlagzeile „Lucky Lindy Hops the Atlantic“ während die Bürger von New York das Ereignis tagelang feierten. Die größten Partys fanden damals im berühmten Savoy Ballroom statt. Einer der bekanntesten Tänzer der Zeit, George Snowden, improvisierte vor den Gästen ein paar ungewöhnliche Schritte. Auf die Frage, was er denn da für Bewegungen mache, antwortete er: „I'm doin' the Hop, ... the Lindy Hop!“ Anderslautende Geschichten besagen, dass der Tanz bis 1927 Hop hieß und das „Lindy“ zum Gedenken an Lindberghs Flug hinzukam.

LINDY HOP entwickelte sich in den 20er-Jahren als eine Mischung aus Charleston, Jazztanz, Foxtrott, Texas Tommy und diversen anderen Tänzen. Lindy Hop tanzte man zunächst nur in New York. Der Tanz war das Aushängeschild des bestens Tanzladens in der Stadt, des besagten Savoy Ballroom. Dessen Floor Manager engagierte die besten farbigen Tänzer, die Crème de la Crème der Lindy Hoppers. Er nannte das Team „Whitey's Lindy Hoppers“, und unter diesem Namen wurden sie in der ganzen Welt bekannt, in New York waren sie echte Stars. Und der Lindy Hop schaffte es, die Rassentrennung aufzuweichen: Im Savoy tanzten Farbige und Weiße nebeneinander.



Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der Geschichte des Lindy Hop ist Frank Manning. Der Choreograf der „Whitey's Lindy Hoppers“ war selbst ein außergewöhnlich begabter Tänzer. 1936 erfand er die sogenannten „Air Steps“. Lindy Hop wurde akrobatischer und damit ein Vorreiter des

Rock'n'Roll. Schnell bekannt in Europa wurde der neue Tanz dank der Filmindustrie. Eine der bekanntesten Tanzszenen aller Zeiten ist ein Kunststück von Frank Manning in dem Film „Hellzapoppin“ („In der Hölle ist der Teufel los!“) von 1941. Zum ersten Mal sahen Millionen von Zuschauern diese Tanzschritte, die viel mehr mit Akrobatik als mit klassischem Paar- oder Balletttanz zu tun hatten – eine echte Revolution!

LINDY HOP beherrschte die Tanzflächen, bis Elvis kam. Der Rock'n'Roll verdrängte ihn, danach kamen Twist, Disco ... die Welt drehte sich immer schneller. Manning und seine „Whitey's Lindy Hoppers“ gerieten in Vergessenheit. Der Choreograf wurde Briefträger. In den 80er-Jahren erlebte die Musik ein Comeback in den USA und in Schweden. Schwedische Fans entdeckten Manning wieder und luden ihn nach Herräng ein, wo sie eine Tanzveranstaltung organisiert hatten. Das Festival war so erfolgreich, dass es seitdem jedes Jahr stattfindet. Frank Manning arbeitete bis zu seinem Tod im Jahre 2009 als Choreograf und Tanzlehrer in Schweden und verhalf dem Lindy Hop zur erfolgreichen Wiedergeburt.



ihn auch manchmal der Geist der Vergangenheit, und er taucht gern ein in die Anfänge des 20. Jahrhunderts. Für Partys macht er sich schick, trägt stets ein weißes Hemd.

Swing- und Lindy Hop-Tanzabende sehen auch für Außenstehende recht spektakulär aus. Eine beliebte Location ist der Jazzclub „domicil“ in Dortmund. Nicht nur DJs legen dort die großen Hits wie „Boogie Woogie Sugar Blues“ oder „Minnie The Moocher“ auf. Auch bekannte Ensembles oder Big Bands, die auf Tour sind, verpassen nie die Möglichkeit, im „domicil“ zu swingen. Auf dem Parkett tanzen Amateure neben Profis. Und gleich, wie viele Schritte die Tänzer beherrschen, lässt die Musik keinen kalt.

Frauen in 20er-Jahre-Kleidern mit dunkelroten Lippen und Spangen, Reifen oder Flapperbändern in den Haaren, Männer in Knickerbockern und mit Schiebermützen auf dem Kopf zeigen, was sie können: Keine Sekunde stehen die Füße still, Beine und Rocksäume fliegen in die Höhe, und bei den akrobatischen Figuren stemmen die Herren die Damen behände in die Luft. Das Ganze erinnert ein wenig an „The Great Gatsby“ und man wäre kaum überrascht, wenn Fred Astaire

und Ginger Rogers die Tanzfläche stürmten. Aber auch ohne sie ist die Laune bei einer Swingparty stets hervorragend, weil es einfach keine schlecht gelaunte Swingmusik gibt. „Mein Hintern wackelt von allein, wenn ich Lindy Hop höre“, sagt Tobias strahlend.

Kommunikativ ist Swing zudem. Der Neuessener von der Spree kennt schon nach ein paar Monaten in der neuen Heimat Dutzende von Menschen. „Tanzen ist eine Form von Kommunikation ohne Worte. Man schaut, wie der andere sich bewegt, und findet eine Ebene.“ Der kommunikative Charakter vom Lindy Hop hat auch aus der Amerikanerin Lucy ein echtes Ruhrpottkind gemacht. Sie genießt ihr Leben in Dortmund und kennt schon fast alle, die etwas mit der Swingszene in der Region zu tun haben. Sie verkauft nicht nur Mode, sie unterrichtet auch Tanzen. „Wenn man alle zusammenzählt, die hier Workshops ge-



DER HINTERGRUND: Swing ist ein Rhythmus, der sich in den USA aus schwarzen Afrophryhtmen der Sklaven und weißer Marschmusik der europäischen Einwanderer entwickelte.

DIE FAMILIE: Swing bezeichnet eine ganze Familie von unterschiedlichen Tänzen. Dazu gehören Lindy Hop, Charleston, Balboa und Shag.

DIE SCHRITTE: Der Swing wird meist auf acht (eight-count, vor allem Lindy Hop, Charleston, Cakewalk, Big Apple etc.), manchmal aber auch auf sechs (six-count, vor allem East-Coast-Swing) Zählzeiten getanzt. In den meisten Swingrichtungen sind sowohl Six-count- als auch Eight-count-Schritte möglich.

DIE TREFFEN: Lindy Exchanges sind mehrtägige Treffen von Swingtänzern. Typischerweise dauert ein Lindy Exchange ein Wochenende, beginnend mit einer Party am Freitag. Die Teilnehmer kommen aus verschiedenen Städten oder Ländern. Zum Programm gehört immer Livemusik zum Swingtanzen, meistens mindestens einen Abend mit Big-Band-Begleitung. Seit 2004 steigt in München immer am ersten Oktoberfestwochenende der „Munich Lindy Exchange“. 2009 fand in Hamburg der erste „Hamburg Lindy Exchange“ statt, der seitdem am jeweils letzten Augustwochenende Tänzer aus aller Welt anzieht.



macht haben, gibt es bestimmt etwa 700 oder 800 Menschen, die sich für Lindy Hop begeistern“, sagt sie.

Die größte Szene in Deutschland swingt aber in Berlin. In Hamburg, München, Köln und Heidelberg ist der Swing ebenfalls in Mode. Die Lindy-Hop-Freunde reisen gerne von Party zu Party und von Workshop zu Workshop. Die Veranstaltung schlechthin findet in Schweden statt, in dem Dorf Herräng, 100 Kilometer nördlich von Stockholm gelegen. Das weltweit größte Lindy-Hop-Festival findet in diesem 500-Seelen-Ort alljährlich im Sommer statt. Tausende Tänzer aus der ganzen Welt stürmen Herräng für mehrere Wochen. Lucy gehört auch zu den regelmäßigen Besuchern. Dieses Jahr aber kann sie nicht hin, da sie ihren Laden schmeißen muss. Diesen Sommer wird Lucy in der Stadt swingen. ●

Online tanzen lernen unter: <http://lindyhopmoves.com>

Musiktipps: www.lindy-town.de/musik.html



KAPKA TODOROVA ist langjährige Korrespondentin der größten bulgarischen Tageszeitung *24 Tschassa* und des Bulgarischen Nationalen Radios (BNR). Außer über Politik und Wirtschaft berichtet sie auch über Modetrends in der City-Landschaft der europäischen Länder. redaktion@libmag.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Tel.: 030/28 87 78 59, Fax: 030/28 87 78 49

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst)

Redaktion corps: Wilfried Lültsdorf (Chefredakteur), Mirko Hackmann (Redaktionsleitung)

Autoren dieser Ausgabe: Ivo Bozic, Julie Cantalou, Wolfgang Drechsler, Marc Etzold, Alexander Grau, Karsten Dustin Hoffmann, Ralf Kalscheur, Katharina Lotter, Christine Mattauch, Sandro Mattioli, Michael Miersch, Marlen Pelny, Fritz J. Raddatz, Axel vom Schemm, Antje Schippmann, André Slob, Kapka Todorova

Grafik: Ernst Merheim, Sabine Kühn (corps)

Bildredaktion: Achim Meissner (corps)

Titelbild: André Slob

Gesamtherstellung:
corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:
Holger Löwe, Wilfried Lültsdorf

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigenleitung: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/542 27-662,
ralf.zawatzky@corps-verlag.de

Anzeigenmarketing: Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de

Anzeigendisposition: Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,
tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnementpreis jährlich 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Ermäßigtes Abo jährlich 28 Euro (Inlandspreis inklusive Porto und Verpackung) gegen Nachweis an: abo@libmag.de. Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres.

Die Abonnementrechnung ist jeweils am Ende des ersten Quartals zur Zahlung fällig. Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2013.

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

liberal im Abonnement: siehe Seiten 71 und 99



WOLFGANG GERHARDT TRIFFT ...

... DIESMAL: NICOLA BEER

Zwei Hessen analysieren die Lage der FDP und die Chancen für liberale Politik: **Wolfgang Gerhardt**, Herausgeber von *liberal*, Ende der 80er-Jahre hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst, sowie **Nicola Beer**, neue Generalsekretärin der FDP, bis Januar 2014 hessische Kultusministerin. // FOTOS // **REGINA SABLTONY**

GERHARDT: Die FDP hat im vergangenen Herbst eine empfindliche Niederlage erlitten. Die Stimmung unter den Mitgliedern, beim interessierten Publikum und selbst in den Medien scheint sich allmählich aber zu verbessern. Die neu gewählte Führungsspitze wird positiv aufgenommen. Durchhaltefähigkeit ist jetzt besonders gefragt.

BEER: Was bis 2017 vor uns liegt, ist in der Tat eine Marathonstrecke, versehen mit einigen Zwischensprints wie Europawahl, Kommunalwahlen, Landtagswahlen. Deshalb bin ich sehr froh, dass eine positive Stimmung von der Parteibasis ausgeht. Ein „Jetzt erst recht“-Gefühl ist ebenso deutlich spürbar wie die Aufbruchstimmung, die das neue Führungsteam entfachen konnte. Wir wollen mit vielen Menschen in Deutschland ins Gespräch kommen. Dabei ist diese Grundstimmung sehr hilfreich. Nur so können wir zeigen, wie viele Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenshintergründen für die FDP und hinter der FDP stehen: Menschen, für die Freiheit und Verantwortung einen herausgehobenen Stellenwert hat. Und ein paar Monate nach der Bundestagswahl spüren inzwischen selbst FDP-Kritiker, dass es im Bundestag an einer wirklichen Opposition fehlt.

GERHARDT: Das Parlament erweckt in seiner neuen Zusammensetzung den Eindruck, dass CDU/CSU und SPD nur noch zu sich selbst sprechen. Ihrem Selbstverständnis nach scheinen sich die Oppositionsparteien nicht als politische Alternative zu sehen, sondern ein „Weiter so auf dem falschen Weg“ zu propagieren. Dennoch ist es offenbar so, dass viele eine gewaltige gedankliche Hürde zu überwinden hätten, bevor sie wieder FDP wählen könnten.

BEER: Genau über diese Hürde müssen wir ihnen hinweghelfen. Die Menschen spüren, dass der Bundestag ein oppositionsfreier Raum geworden ist. Deshalb müssen wir die

Stimme der Opposition sein. Dass Menschen sich in Freiheit besser entfalten können als in einem Staat, der für sie vordenkt, ist ein wichtiges Argument. Viele resignieren ob des Gefühls, die Welt sei zu schnell und komplex für sie geworden. Nicht wenige scheinen eine Angst zu verspüren, sich bei Wahlfreiheit falsch zu entscheiden. Die Große Koalition spielt unterschwellig mit dieser Angst. Ja, sie bedient diese Angst geradezu, um ihre Projekte der Bevormundung ohne Widerstand durchzusetzen. An diesem Punkt müssen wir als Liberale einhalten und gemeinsam mit den mündigen Bürgern sagen: Dieser Weg führt in keine gute Zukunft. Er kostet unsere Gesellschaft nicht nur Geld, sondern vor allem Entscheidungsspielräume. Er beraubt uns der Möglichkeiten, selbst zu gestalten. Wir stehen auf Seite derer, die selbst entscheiden und gestalten wollen. Das kann im Übrigen jeder – unabhängig von Alter und Ausbildung. Und es ist jeder Einzelne, auf den es ankommt. Das zu verdeutlichen ist unsere Aufgabe.

GERHARDT: Ein derart freiheitliches Politikangebot ist natürlich das ambitionierteste von allen politischen Angeboten. Der Wunsch, der Komplexität auszuweichen, sich durch Politik von den Mühen des Alltags entlasten zu lassen, ist weit verbreitet. Dennoch ist der Anteil jener Bürger, die wir mit unserem Freiheitsprogramm ansprechen, nicht so klein und exklusiv, wie viele vermuten. Sie als neue Generalsekretärin vertreten dieses Programm glaubwürdig. Welches Gefühl verspüren Sie nach ein paar Wochen in diesem Amt?

BEER: Es ist ein gutes Gefühl! Wenn ich Veranstaltungen besuche und innerhalb oder außerhalb der Partei ins Gespräch komme, erlebe ich sehr viel Zuspruch. Oft heißt es: „Das werden Sie packen, das müssen Sie auch packen, denn wir brauchen die FDP.“ Es gibt viel Vertrauen in das neue

Team – und ein Grundbedürfnis auf ein eigenständiges Leben. Auf der anderen Seite verspüre ich persönlich in dieser schwierigen Situation eine große Verantwortung. Erfolg ist uns nicht garantiert. Aber wir haben uns entschieden, vorneweg zu gehen, die Ärmel hochzukrempeln und zu sagen: Jetzt gilt's. Es war noch nie so wichtig wie heute, für diese Idee zu streiten. »



»INZWISCHEN SPÜREN SELBST FDP-KRITIKER, DASS ES IM BUNDESTAG AN EINER WIRKLICHEN OPPOSITION FEHLT.«

NICOLA BEER

GERHARDT: Dahrendorf hat den schönen Satz vom „Tugendkatalog der Freiheit“ geprägt. Dieser beinhaltet die Elemente persönliche Verantwortung, Wertebewusstsein und individuelle Mühe. Ebenso hat er darauf hingewiesen, dass das von ihm geforderte Bürgerrecht auf Bildung nicht vergeudet werden darf. Man muss es wahrnehmen. Sie haben in Hessen ein Ministerium geführt, das jahrzehntelang in der Schulpolitik vor allem Organisationsdebatten geführt hat ...

BEER: ... weshalb wir als FDP den Schüler in den Mittelpunkt gestellt haben. Schulformen sind nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist die Qualität des Unterrichts. Kinder müssen individuell gefördert, aber auch gefordert werden. Schule muss Kindern etwas abverlangen, damit sie die Erfahrung des Gelingens machen können. Wir haben es den Schulen ermöglicht, diese individuelle Förderung zu organisieren. Nur so ist das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft einzulösen. Wir werden jetzt sehen, ob dieser Kurs von der neuen Landesregierung eingehalten wird oder ob sie in die alten Strukturdebatten zurückfällt. Ein wichtiger Aspekt war uns auch immer, dass Schule und Elternhaus die Kinder gemeinsam motivieren.

GERHARDT: Viele Menschen sprechen der FDP große Kompetenz in wirtschaftlichen Fragen zu. Sie haben nun die Chance, die Bildungspolitik als gleichrangiges Segment einer freiheitlichen Gesellschaft zu beleben.

BEER: Was macht die FDP aus? Sie ist eine Trias aus Bildung, Bürgerrechten und sozialer Marktwirtschaft. Diese Elemente bedingen sich gegenseitig, wobei der Bildung eine besondere Rolle zukommt. Sie gilt als Voraussetzung dafür, Bürgerrechte einzufordern und die Chancen der sozialen Marktwirtschaft für sich und das eigene Umfeld zu nutzen. Uns ging es - anders als anderen - nie darum, den Menschen in eine bestimmte Richtung zu erziehen.



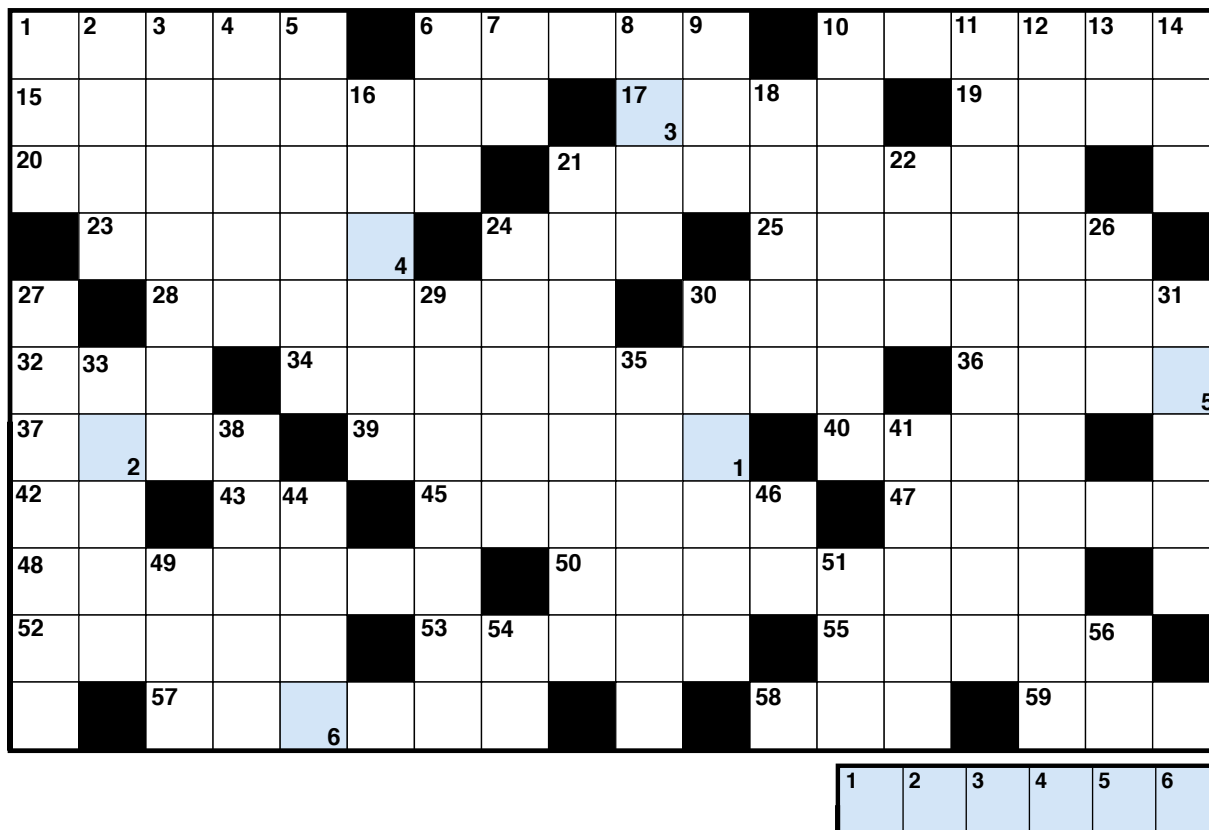
»DEN LIBERALISMUS NEU ZU
VERMESSEN GEHÖRT MIT SICHERHEIT
AUCH ZU IHREN AUFGABEN.«

WOLFGANG GERHARDT

GERHARDT: „Wer nichts weiß, muss alles glauben“, lautet ein geflügeltes Wort. In den meisten Briefen, die mich erreichen, lese ich: „Es muss in Deutschland eine liberale Partei geben. Das gehört zur Geschichte des Landes, der Liberalismus ist eine notwendige politische Grundströmung.“ Den Liberalismus neu zu vermessen gehört mit Sicherheit auch zu Ihren Aufgaben. Als Nächstes steht die Europawahl an, der mangels Regierungs- und Koalitionsbildung etwas Unverbindliches anhaftet und die darum für die meisten Menschen nicht den gleichen Stellenwert hat wie eine Bundestagswahl. Das macht es Populisten und Protestlern besonders leicht. Wie begegnen Sie diesen Herausforderungen?

BEER: Mit Leidenschaft für das europäische Projekt. Es ist von Vorteil, auf europäischer Ebene möglichst vieles gemeinsam zu bewältigen. Ich spreche von den großen Aufgaben, davon, einen europäischen Energiemarkt zu schaffen, Bürgerrechte durchzusetzen, von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Stärkung des Binnenmarktes

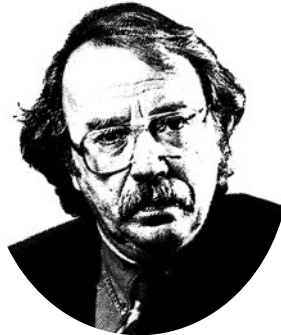
sowie ordnungspolitischer Regulierung der Finanzmärkte. Handeln und Verantwortung müssen wieder zusammengehören. Hier wollen wir uns einmischen, damit Europa sich nicht im Klein-Klein verliert, sondern sich in unseren Alltag, unsere Kultur und unsere Traditionen integriert. Dafür müssen wir Lösungen entwickeln. Die Idee der Vielfalt in Einheit ist das Unschlagbare an Europa. Viele Menschen glauben, das alles sei weit weg und es lohne sich nicht, sich damit zu befassen. Aber viele Entscheidungen in Europa wirken sich unmittelbar auf unser Leben aus. Deshalb ist es gut, wenn nicht nur ein paar Abgeordnete, sondern jeder von uns sich in europäische Debatten einschaltet. Wie attraktiv diese Idee ist, sehen wir gerade in der Ukraine. Die europäische Idee hat uns Frieden und Wohlstand gebracht. Sie ist jedoch vor allem eine Freiheitsidee. Den Freiheitsdrang, der dieser Idee zugrunde liegt, sollten wir als FDP in unserer Gesellschaft wieder entfachen, damit jeder sein Leben so leben kann, wie er es für richtig hält. ●



WAAGERECHT: 1 Er ließ schlagen eine Brücken wohl über den Donaufluss **6** Ein Strichlein weniger als 1 waagrecht ist die Kunst Bachs und des Bodenlegers **10** Auf denen führen einst schwankend die Lübecker **15** Stämmig sind sie nimmer, aber haarträchtig noch immer **17** Die ist der göttlichste Teil der Psychotherapie **19** Die ... ist der Verstand, der zu spät kommt (Sprichwort) **20** Binsenweise: Ohne das Salz in der Suppe ist alles so **21** Berühmte Worte bei Waterloo: Ich wollte, es würde Nacht oder die ... kämen **23** Mit Anne ist sie ein Herz und eine Seele **24** Oscar Wilde war's, James Joyce auch **25** Ein umgedrehtes Ei macht dieses Possessivpronomen zum Lakai **28** Una canzone d'amore ist's; mancher Sherry auch **30** Er war für gute Karten gut, der „Ptolemäus seiner Zeit“ **32** Sprichwörtlich: Viele wissen guten ..., nur der nicht, der ihn nötig hat **34** Das dröhnt übers Wasser und ragt übers Allgäu **36** Auf dem ist seit 1946 Franklin Roosevelt hinten drauf **37** Einen schönen Gürtel hast du, sagte die Null zu ihr **39** Er verriet Herkules den Ort der Äpfel der Hesperiden **40** Die Kunst des Erzählens oder Bischofsamt ohne Sopat **42** Auch eine zweibuchstäbliche Variante für GB **43** Elementar betrachtet: Mit dem Stoff wäre das Hindenburg-Drama in Lakehurst nicht passiert (Abk.) **45** Das sei ihr Geschäft, propagiert die DLRG **47** See, 18 mal der Bodensee, hat Wasser für die Nawa **48** Das Land, wo in Afrika die Sonne zuletzt untergeht **50** Die wurden schon früh von 26 senkrecht unterworfen **52** Der Nase gefällig es; il Colosseo ist schon dort **53** Im Auge spiegelt sich die Welt von außen, der Mensch von... (nach J. W. Goethe) **55** Ein Glied, aber nicht eines aus einer Kette **57** Das ... arbeitet, das Genie schafft (Robert Schumann) **58** Verstärkungswörtchen für 59 waagrecht **59** Wie oft waren die Niederlande Fußballweltmeister?

SENKRECHT: 1 Macht Sinn nach Beeren und vor Bären **2** Von seiner Höhe sieht man Europa und Asien zugleich **3** Riesiges Opfer eines glücklichen Steinwurfs im Orient **4** Mit Jucken und mit Röte bereitet es uns Nöte **5** Ernern schaut er von seiner Höhe auf London herab **6** Der hat den Turban der Osmanen abgelöst **7** Flaggen flattern vor ihrem Haus am Hudson River (Abk.) **8** ... dem Fotografen, denn er kann nichts dafür (W. Busch) **9** Das norddeutsche Gegenteil vom italienischen **56** senkrecht **10** Davor hat Lili Marleen gewartet **11** Die geben dem Tequila Sunrise erst die rechte Farbe **12** Nach dem Gentest ist die Kompetenz der Dame gefragt **13** Ihr Zeichen: Ein Dutzend Sterne auf Dunkelblau (Abk.) **14** Volksmund weiß: Was so ist, muss nicht gut sein, und was gut ist, muss nicht so sein **16** Im Lande Kierkegaards hieß und heißt nicht nur er so **18** Angela ist gern an ihm, die auf der Galeere weniger **21** Einst waren sie ehrliche Arbeiter, heute nur noch Pöbel **22** Das Wörtchen ist der Zeigefinger zum Zitat **24** In Grenoble fließt sie im anderen Elend **26** Es wollte immer herrschen, und als seine Legionen fielen, sandte es Dogmen in die Welt (H. Heine) **27** Wenn wir einmal nicht ... sind, glauben wir gleich, wir seien gut (Kurt Tucholsky) **29** Johann Friedrich ... war ein Gutmensch im Elsass, auch wenn er wie ein Verzweiflungsruf an der Spree klingt **30** Zum Nörgeln und Meckern fehlt nur noch das **31** Aufräumort; das von oben steht oft in dem von unten **33** Sprichwörtlich: Faule Bauern finden keinen guten ... **35** Ein Ulrich von ... ward erster Reichsritter genannt **38** In der Mathematik steckt eines, das zu behandeln wäre **41** Einen schönen Joker hätt' man gern beim ... **44** Es ist so gut wie einerlei, was Sie hier hinschreiben **46** Das Augenblickchen, in dem etwas erledigt sein soll **49** „... kennt kein Gebot“, sagten die Deutschen und rückten in einem Land ein ... **51** ... wo sie an dem Heilort ihr Hauptquartier einrichteten **54** Vier fromme Männer haben daran geschrieben (Abk.) **56** Kopfnick-Wörtchen im Apenninenland

AUFLÖSUNG: waagrecht: 1 Eugen, 6 Fugen, 10 Koggen, 15 Irokesen, 17 Hera, 19 Reue, 20 Salizos, 21 Preussen, 23 Liese, 24 Ire, 25 Deiner, 28 Amoroso, 30 Mercator, 32 Rat, 34 Nebel-Horn, 36 Dime, 37 Acht, 39 Nerus, 40 Epik, 42 UK, 43 HE (Helium), 45 Retten, 47 Onega, 48 Senegal, 50 Eruksker, 52 Aroma, 53 Innen, 55 Penis, 57 Talent, 58 Gar, 59 Nie, **senkrecht:** 1 Eis, 2 Ural, 3 Goliath, 4 Ekzem, 5 Nelson, 6 Fes, 7 UN, 8 Ehre, 9 Nee, 10 Kaserne, 11 Grenadinen, 12 Genetkern, 13 EU, 14 Neu, 16 Soeren, 18 Ruder, 21 Proleten, 22 Sic, 24 Isere, 26 Rom, 27 Grausam, 29 Oberlin, 30 Mosern, 31 Regal, 33 Acker, 35 Hutten, 38 Thema, 41 Poken, 44 Egal, 46 Nu, 49 Not, 51 Spa, 54 NT (Neues Testament), 56 SI **Lösungswort:** SCHEEL



„WER EINSAM IST, DER IST FREI“

WALTER KEMPOWSKI

Dieses Dictum meines verehrten Freundes Kempowski ist in dieser verknüpften Kürze auch irreführend.

Einsamkeit kann sehr wohl auch ein finsterner Kerker sein, durch dessen Gitterstäbe die Fratze der Illusion, des Vergebens grinst. Kaum ein Autor der Weltliteratur, der nicht von der Lust, aber auch von der Qual des einsamen Produzierens Klage geführt hätte.

Man muss wohl die marx'sche Frage stellen „Freiheit von was – Freiheit zu was?“

So besteht die Freiheit des Schriftstellers einerseits darin, frei zu sein von äußeren Zwängen – kreativ sein zu dürfen ohne Vorgesetzte, Sitzungen, Vorschriften. Doch schon hier muss man innehalten; selbst Hans-Magnus Enzensbergers kühner Satz „Wir sind die letzten Fürsten“ stimmt, genau genommen, nicht ganz.

Schon als es noch Fürsten gab, hatten die „Vorgesetzte“: Könige, Kaiser.

Gerade heutzutage ist das „einsam“ Produzierte durchaus „unfrei“ – abhängig von unendlich vielen Marktgesetzen, von einem Verleger (=König), der das Manuskript eventuell ablehnt; von Vertretern, die den Roman dem willigen Verleger ausreden – „keine Marktchance“; vom sogenannten Kulturbetrieb, der einen Lyrikband, ein Essaybuch, eine Erzählung schlichtweg nicht zur Kenntnis nimmt; von radikalen Kürzungsansinnen (Kempowski selber hat während der Arbeit am „Echolot“ vehement darüber geklagt) – die nicht nur

Artikel betreffen, immerhin musste schon Thomas Mann sich des Vorschlags von Samuel Fischer erwehren, die „Buddenbrooks“ um 50 Prozent zu kürzen.

Schon die Klassiker waren nicht „frei“ von Marktgesetzen – Goethe wäre ohne die Apanage des Weimarer Herzogs verhungert, Voltaire war unabhängig nicht als Autor, sondern als gut verdienender Tuchlieferant für die französischen Armeen.

Einsam ist gut für die Kunst, ihr Entstehen. Für die Freiheit braucht es Abnehmer.

Michelangelo war frei im Entwerfen jeder Figura, sogar in der Wahl des Marmors (den er allerdings bezahlen musste); doch er brauchte Kardinäle, die seine Rechnungen bezahlten. Dürer konnte einsam im Atelier seiner Fantasie ihren Lauf lassen – die Drucke verkaufte seine Frau auf den Märkten, wo oft die Fische darin eingewickelt wurden.

Lieber Walter Kempowski: einsam sind Tintenkleckser wohl alle; frei ist kaum einer von uns – nicht frei von Ängsten, nicht frei vom Selbstzweifel, kaum frei vom taedium vitae, und frei von dem schon gar nicht, was Goethe formulierte: „Am Gelde hängt, zum Golde drängt doch alles“. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



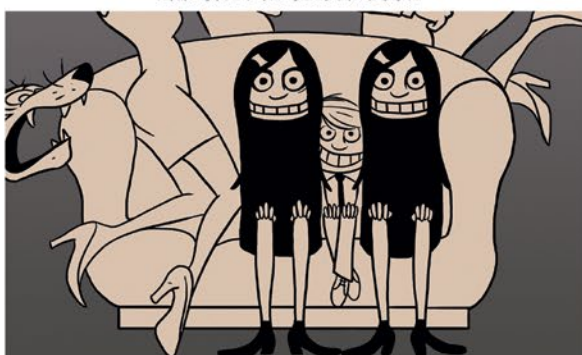
Fritz J. Raddatz, geboren 1931, ist der widersprüchlichste deutsche Intellektuelle seiner Generation: eigensinnig, geistreich, gebildet, streitbar und umstritten. Zuletzt veröffentlichte er die Sammlung „Stahlstiche“.

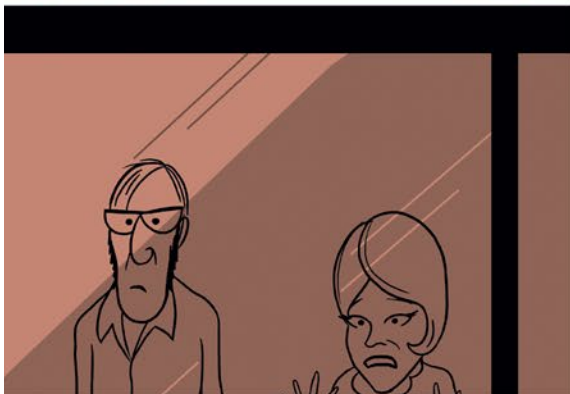
INTERNATIONALER COMIC WETTBEWERB

Animate Europe: Das Brüsseler Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat unter dem Motto „Animate Europe“ einen Comic-Wettbewerb ausgelobt. Aus 21 Konzept einsendungen aus 15 Ländern wählte eine Fachjury sieben Finalisten aus, die ihren Entwurf zu einem achtseitigen Comic ausarbeiteten. Am 3. Dezember 2013 wurde Marco Tabili's Comic „Erasmus and the Seal“ im Belgischen Comic-Museum in Brüssel prämiert. Die einzelnen Werke sind in dem Sammelband „Animate Europe“ erschienen. Wir zeigen Ihnen den Comic „Der Pool“ von André Slob (Niederlande).

Mehr Informationen unter:
tinyurl.com/p3kstq9











WAS SOLL ICH SAGEN?



WIR ALLE MACHEN MAL FEHLER.



NUR DAS ERGEBNIS ZÄHLT.

WIR FÜHLTEN UNS ZUSAMMENGEHÖRIG.



WIR ARBEITETEN GEMEINSAM AUF EIN ZIEL HIN.

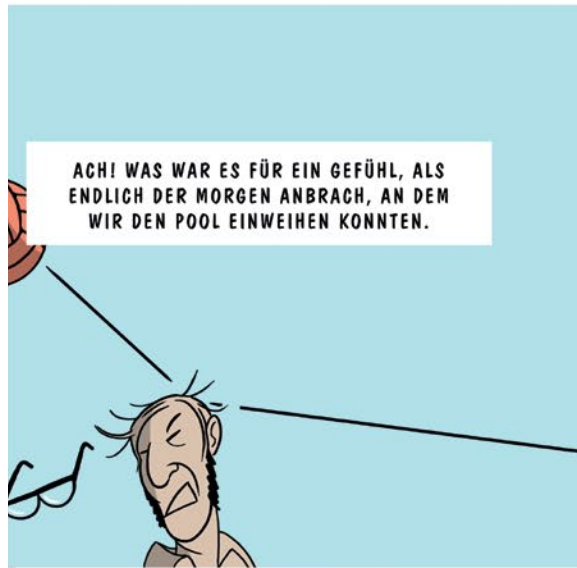


DIE NACHBARN WAREN NEIDISCH.



SIE WOLLTEN AUCH NUR ZU GERNE
INS WASSER SPRINGEN.







KAUM ZU GLAUBEN, DASS ICH DAS EINMAL
SAGEN WÜRD, ABER ICH DENKE, DIE LIEBE
HAT UNS GERETTET.



DIE LIEBE ZWISCHEN MIR, MEINER FRAU UND
UNSEREN VIER KINDERN,



VON DER MAN, WENN MAN SICH
DARAUF EINLÄSST, AUCH VIEL
LERNEN KANN.



HILF IHNEN, SICH ZU ORIENTIEREN
UND UNTERSTÜTZE SIE.



LASS SIE SPIELEN UND SEI IHNEN EIN
EINFÜHLSAMER LEHRER.



SEI FÜR SIE DA, WENN SIE
DICH BRAUCHEN.





Vom Lehrer zum Illustrator: Nachdem er ursprünglich Lehrer werden wollte, studierte Slob Grafikdesign in Rotterdam. Nach dem Diplom beschloss er, alle Brücken hinter sich abzubauen, reiste einige Jahre durch die Welt und wandte sich dem Yoga und dem Buddhismus zu. Slob arbeitete in Cafés, Restaurants und Kinos. In Norwegen bereitete er sich auf einen Einsatz als Freiwilliger im Bürgerkrieg in Angola vor. Slob gestaltete Webseiten, lebte in Ashrams und buddhistischen Klöstern in Frankreich und Nepal und kehrte zu guter Letzt zurück zu dem, was ihm immer wichtig geblieben war: Zeichnen und Comics.

Mehr Informationen:
andreslob.com



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„FÜR DIE, DIE
GLAUBEN, SCHON
ALLE ANTWORTEN
ZU HABEN, GIBT
ES GENÜGENDE ANDERE
PUBLIKATIONEN.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de/abo oder QR-Code scannen



- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)
- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ als **STUDENTEN-ABO** für 28 Euro (inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung), Immatrikulationsbescheinigung an: abo@libmag.de
- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird. Auslandspreise auf Anfrage.

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

„Kommt konstanter Erfolg nicht von konstantem Wandel?“

DR. REGINE WOLFGRAMM
General Manager Qualitätsmanagement bei Reemtsma

In den globalen und schnellen Märkten von heute kann nur der erfolgreich sein, der nach vorne denkt und offen für Veränderungen ist. Bei Reemtsma hat der Wandel Tradition. Genau genommen über 100 Jahre. Ob in der Produktentwicklung oder im Vertrieb – unsere Erfahrung stellt sicher, dass neue Ideen nachhaltig und gut sind. Im Sinne unserer Mitarbeiter, unserer Geschäftspartner und unserer Konsumenten. Für eine Zukunft, die gestaltet. www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.



REEMTSMA